

1982

Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg

Terrorismus
Linksextremismus
Rechtsextremismus
Ausländerextremismus
Spionageabwehr



Baden- Württemberg



INNENMINISTERIUM
ISSN 0720-3381



**Verfassungsschutzbericht
Baden-Württemberg 1982**

Vorwort



Prof. Dr. Roman Herzog MdL
Innenminister



Robert Ruder MdL
Staatssekretär

Den Verfassungsschutzbehörden ist durch das Grundgesetz und die Verfassungsschutzgesetze die Aufgabe zugewiesen, die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder zu schützen. Zur Kennzeichnung dieser Aufgabe hat der Gesetzgeber bewußt den Begriff Verfassungsschutz gewählt. Dieser Begriff bringt zum Ausdruck, daß sich die Bundesrepublik Deutschland als wehrhafte Demokratie versteht. Im Unterschied zur Weimarer Republik soll die freiheitliche Ordnung der Bundesrepublik ihren Gegnern nicht schutzlos preisgegeben werden.

Als Institution der wehrhaften Demokratie dient der Verfassungsschutz den Bürgern der Bundesrepublik. Die freiheitliche Ordnung ist nämlich die Voraussetzung dafür, daß sie sich frei politisch betätigen können. Die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes wissen um diesen Zusammenhang. Ihre Tätigkeit üben sie streng rechtsstaatlich und mit dem erforderlichen Augenmaß aus. Sie unterscheiden daher beispielsweise scharf zwischen neuen gesellschaftlichen Bewegungen mit vom Grundgesetz erlaubter Zielsetzung und extremistischen Gruppierungen, deren Ziel darin besteht, die Grundlagen unserer Verfassungsordnung zu beseitigen. Die Demokratie kann allerdings von den hierzu berufenen staatlichen Organen allein auf Dauer nicht erfolgreich ge-

schützt werden. Es ist vielmehr erforderlich, daß auch die Bürger die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus von links und rechts führen. Hierfür bietet der Verfassungsschutzbericht aktuelle Informationen. Er zeigt anhand der Entwicklungen des vergangenen Jahres auf, welche Gefahren der demokratischen Ordnung seitens des politisch motivierten Terrorismus und Extremismus drohen. Den Mitarbeitern des Landesamts für Verfassungsschutz gebührt für ihre schwierige und verantwortungsvolle Tätigkeit, die sich nur in begrenztem Umfange in der Öffentlichkeit darstellen läßt, Dank und Anerkennung.



Prof. Dr. Roman Herzog
Innenminister



Robert Ruder
Staatssekretär

Inhalt

	Seite
A. Rechtliche Grundlagen	
1. Grundgesetz	11
2. Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg	11
3. Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes	14
B. Verfassungsschutz durch Aufklärung	
Angebot des Innenministeriums, an Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu Themen des Verfassungsschutzes mitzuwirken	17
C. Der Bericht	
I. Linksextremistische Bestrebungen	
1. Allgemeiner Überblick	21
2. Linksextremistischer Terrorismus	24
2.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und Unterstützerbereich	24
2.1.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF)	24
2.1.2 Unterstützerbereich der RAF	29
2.2 „Revolutionäre Zellen“ (RZ)	42
3. Aktivitäten der undogmatischen „Neuen Linken“	45
4. Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“	52
4.1 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	52
4.2 „Kommunistischer Bund Westdeutschland“ (KBW)	56
4.3 „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)	57
4.4 „Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ – KPD –	59
4.5 Sonstige Organisationen der „Neuen Linken“	61
5. Organisationen der „Alten Linken“	62
5.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	62

	Seite
5.1.1 Ideologisch-politischer Standort	62
5.1.2 Organisation, Mitgliederentwicklung und Finanzierung	64
5.1.3 Publikationswesen und Schulung	68
5.1.4 Verlage und Druckereien	69
5.1.5 Beteiligung an Wahlen	71
5.1.6 Schwerpunkte der Agitation	73
5.2 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	75
5.3 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)	77
5.4 Von der DKP beeinflusste Organisationen	79
5.4.1 „Deutsche Friedens-Union“ (DFU)	80
5.4.2 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)	81
5.4.3 „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)	82
6. Linksextremistische Bestrebungen an den Hochschulen des Landes	84
6.1 „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB Spartakus)	84
6.2 „Sozialistischer Hochschulbund“ (SHB)	86
6.3 „Kommunistische Hochschulgruppen“ (KHG)	86
6.4 „Kommunistische Studentengruppen“ (KSG)	87
6.5 „Kommunistische Studenten“ (KS)	88
6.6 „Marxistisch-Reichistische Initiative“ (MRI)	88
6.7 „Marxistische Gruppen“ (MG)	88
<hr/>	
II. Rechtsextremistische Bestrebungen	89
1. Allgemeiner Überblick	89
2. Neonazistische Bestrebungen	90
2.1 Allgemeiner Überblick	90
2.2 NS-Gruppen im Bundesgebiet	93
2.3 Neonazistische Aktivitäten in Baden- Württemberg	96
2.4 Rechtsextremistische Gesetzesverletzungen	99
2.5 Maßnahmen gegen rechtsextreme Aktivisten	102
2.6 Internationale Verflechtungen des Rechtsextremismus	103
3. Nationaldemokratische Organisationen	108

	Seite
3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	108
3.2 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)	110
3.3 „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)	111
3.4 „Motor-Club National“ (MCN)	112
4. „National-Freiheitliche Rechte“	112
5. Sonstige rechtsextreme Vereinigungen	116
5.1 „Wiking-Jugend“ (WJ)	116
5.2 „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ)	118
5.3 „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP)	118
6. Rechtsextreme Publizistik	119

III. Aktivitäten politisch extremer Ausländer

1. Allgemeiner Überblick	121
2. Türken	124
2.1 Orthodox-kommunistische türkische Organisationen	124
2.2 Organisationen der türkischen „Neuen Linken“	126
2.3 Linksextreme kurdische Gruppierungen	131
2.4 Türkische rechtsextremistische und extrem nationalistische Vereinigungen	132
3. Iraner	135
4. Araber	137
5. Jugoslawen	139

IV. Zur Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung

1. Allgemeiner Überblick	142
2. Der Umfang der erkannten Tätigkeit kommunistischer Geheimdienste	145
3. Werbung von Agenten	146
3.1 Kontaktanlässe	146
3.2 Kontaktaufnahme	146
3.3 Zielpersonen	147
3.4 Werbemethoden	147
4. Die Führung von Agenten	149

	Seite
5. Einzelfälle	150
5.1 Nachrichtendienste der DDR	150
5.2 Nachrichtendienste der CSSR	151
6. Hinweise für das Verhalten	152
6.1 ... vor Antritt einer Reise in den kommunistischen Machtbereich	152
6.2 ... nach der Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland	152
7. Folgerungen	152
<hr/>	
Gruppen-, Organisations- und Publikationsregister	155

A. Rechtliche Grundlagen

1. Grundgesetz

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ... die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder ... zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) ...

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können ... Zentralstellen ... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

2. Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg

(Landesverfassungsschutzgesetz – LVSG)

vom 17. Oktober 1978 (GBl. S. 553)

§ 1

Zweck des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder.

§ 2

Zuständigkeit

(1) Die Aufgaben des Verfassungsschutzes werden vom Landesamt für Verfassungsschutz wahrgenommen. Das Amt hat seinen Sitz in Stuttgart; es untersteht dem Innenministerium und ist ausschließlich für die Wahrnehmung dieser Aufgaben zuständig.

(2) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden. Die Zuständigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz bleibt unberührt.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

§ 3

Aufgaben des Verfassungsschutzes

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes,

3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimzuhaltende Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,

3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimzuhaltenden Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte,

4. auf Anforderung der Einstellungsbehörde bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei denen der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, daß sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen.

§ 4

Befugnisse des Verfassungsschutzes

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1, ist das Landesamt für Verfassungsschutz innerhalb der durch das Recht gesetzten Schranken berechtigt, bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben die nachrichtendienstlichen Mittel anzuwenden, die nach pflichtgemäßem Ermessen erforderlich erscheinen.

(2) Dem Landesamt für Verfassungsschutz und seinen Angehörigen stehen polizeiliche Befugnisse nicht zu.

§ 5

Amtshilfe und Auskunftserteilung

(1) Die Behörden und Einrichtungen des Landes, die Gemeinden, die Gemeindeverbände, die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie die Gerichte des Landes und das Landesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich ist, von den in Absatz 1 genannten Stellen Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

(3) Die in Absatz 1 genannten Stellen unterrichten von sich aus das Landesamt für Verfassungsschutz über alle Tatsachen, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen erkennen lassen, die durch Anwendung von Gewalt oder dahin gehende Vorbereitungshandlungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind; die Polizeidienststellen und -behörden übermitteln darüber hinaus auch alle ihnen bekannten Tatsachen und Unterlagen über Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1.

§ 6

Weitergabe von Erkenntnissen an Dritte

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf seine Erkenntnisse nicht an andere als staatliche Stellen weitergeben, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokrati-

schen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist. Die Entscheidung über die Weitergabe trifft der Innenminister oder sein ständiger Vertreter.

§ 7

Parlamentarische Kontrolle

(1) Das Innenministerium unterrichtet den Ständigen Ausschuß des Landtags über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes halbjährlich sowie auf Verlangen des Ausschusses und aus besonderem Anlaß.

(2) Art und Umfang der Unterrichtung des Ständigen Ausschusses werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzuganges durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Ständigen Ausschuß bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Ständigen Ausschuß oder aus dem Landtag.

(4) Die Unterrichtung umfaßt nicht Angelegenheiten, über die das Innenministerium das Gremium nach Artikel 10 Grundgesetz zu unterrichten hat.

§ 8

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung der vorläufigen Regierung über die Errichtung eines Landesamts für Verfassungsschutz vom 10. November 1952 (GBl. S. 49) außer Kraft.

3. Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682),
geändert durch Gesetz vom 7. August
1972 (BGBl. I S. 1380)

§ 1

(1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.

(2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

(1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.

(2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

(1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.

(2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.

(3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

(1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.

(2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündigung in Kraft.

B. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Vorträge und Diskussionen zu Themen des politischen Extremismus und des Verfassungsschutzes.

*Kontaktanschrift:
Innenministerium
Baden-Württemberg –
Referat 'Verfassungsschutz' – Postfach 277
7000 Stuttgart 1
Tel.: 07 11/20 72 37 68
oder 20 72 37 43*

Der Schutz unserer Verfassungsordnung wird nicht nur dadurch erreicht, daß die Verfassungsschutzbehörden Aktivitäten verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen beobachten, auswerten und Regierung und Parlament davon unterrichten, sondern insbesondere auch dadurch, daß die Bürger selbst über Strategie und Taktik extremistischer Vereinigungen informiert werden.

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus kann auf lange Sicht wirkungsvoll nicht nur repressiv vom Staat, sie muß auch geistig-politisch von den Bürgern geführt werden. Dies setzt qualifizierte Information voraus.

Von dieser Überlegung ausgehend beschloß die Innenministerkonferenz am 9. Dezember 1974 die Konzeption „Verfassungsschutz durch Aufklärung“. Sie umfaßt Information und Aufklärung über

- die Verfassung, insbesondere über die Rechte, Pflichten und politischen Beteiligungsmöglichkeiten, die sie den Bürgern einräumt,
- extremistische Strategien und Aktionen, verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen im Sinne der Verfassungsschutzgesetze und ihre ideologischen Hintergründe,
- gesetzliche Grundlagen, Aufgaben, Organisation, Arbeitsweise und Probleme des Verfassungsschutzes.

In Baden-Württemberg werden die Aufgaben des Verfassungsschutzes durch Aufklärung vom Referat „Verfassungsschutz“ im Innenministerium wahrgenommen. Im Rahmen dieser Konzeption bietet das Innenministerium an, einen Referenten zu Vorträgen und Diskussionen über Themen des politischen Extremismus und des Verfassungsschutzes zu entsenden. Die entstehenden Kosten trägt das Innenministerium. **Das Angebot richtet sich an alle Träger der politischen Bildungsarbeit, an Lehrer, Studenten und Schüler, an Einrichtungen der Erwachsenen- und Jugendbildung, an politische Parteien, Gewerkschaften, Berufs- und Wirtschaftsverbände sowie an kirchliche Institutionen.**

Vorschläge für Vortrags- bzw. Diskussionsthemen:

- Verfassungsschutz im demokratischen Rechtsstaat
- Verfassungsschutz und die Konzeption der wehrhaften Demokratie
- Verfassungsschutz und Grundrechte

- Rechtsgrundlagen, Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise der Ämter für Verfassungsschutz
- Das Landesverfassungsschutzgesetz vom 17. Oktober 1978
- Die Befugnisse der Ämter für Verfassungsschutz und ihre politische, parlamentarische und gerichtliche Kontrolle
- Verfassungsschutz und Datenschutz
- Verfassungsschutz und Amtshilfe
- linksextremer Terrorismus
- rechtsextremer Terrorismus
- Orthodoxer Kommunismus
- K-Gruppen
- undogmatische Neue Linke
- alte Rechte
- neonazistische Gruppen
- Ausländerextremismus
- Bündnispolitik der kommunistischen Parteien und Organisationen
- Verhältnis des orthodoxen Kommunismus zum Eurokommunismus
- Analyse rechtsextremer Propaganda- und Agitationsmuster
- Verfassungstreue im öffentlichen Dienst: Rechtslage und Durchführung des Beschlusses der Landesregierung
- Spionageabwehr

Organisation,
politische
Strategien und
ideologische
Hintergründe

Interessenten für Vorträge oder Diskussionen können sich an die oben angegebene Kontaktanschrift wenden.

C. Der Bericht

C. Der Bericht

I. Linksextremistische Bestrebungen

1. Allgemeiner Überblick

Logistische und personelle Schwächung der RAF durch Festnahmen führender Kader sowie Entdeckung von Erddepots

Die stärkste Gefährdung der inneren Sicherheit geht im Bereich des Linksextremismus unverändert von den terroristischen Gruppen „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und „Revolutionäre Zellen“ (RZ) aus.

Die Festnahme dreier führender Mitglieder der RAF im November 1982 sowie die Entdeckung zahlreicher Depots, in denen sich Geld, Waffen, Munition, Ausweispapiere u. a. befanden, hat diese terroristische Vereinigung aber personell

Aktuelles Fahndungsplakat

ALBRECHT Susanne
32 Jahre,
176 bis 178 cm groß,
grünbraune Augen,
2 Leberflecke links am Kinn,
Leberfleck neben dem linken
Nasenflügel, Glimmerergossen

DÜMLEIN Christine
34 Jahre,
172 cm groß,
braune Augen,
Leberfleck an der linken
Wangenseite

FRIEDRICH Baptist-Ralf
36 Jahre,
181 cm groß,
blaue Augen,
Muttermal an linker Stirn- und
Wangenseite

HELBING Monika
29 Jahre, 170 cm groß,
blaugraue Augen,
2 Muttermale (Wärzer) ober-
halb des linken Mundwinkels,
Muttermal links vom Kehlkopf,
trägt zeitweise gebrochene Brille

KRABBE Friederike
32 Jahre,
172 cm groß,
dunkelbraune Augen,
trägt zeitweise gebrochene Brille

LOTZE Werner, Bernhard
31 Jahre,
177 bis 178 cm groß,
blaugraue Augen,
Leberfleck an der linken
Wangenseite

LOTZE Werner, Bernhard
Diese Personen sind der Begehung
schwerer Straftaten schuldig, Verdächtig sind
weiterhin 20 Hauptverdächtige. Festnahme ge-
wünscht.
Für Hinweise, die zur Festnahme eines Verdächt-
igen beitragen, wird ein Geldbetrag in Höhe von

MAIER-WITT Silke
33 Jahre,
171 cm groß,
blaue Augen,
Ohrläppchen angewachsen

**SECKENDORFF-GUDENT
Freiherr
Ekkehard von**
42 Jahre,
179 cm groß,
blaugraue Augen,
Wärze an der linken Wange
nahe dem Ohr,
Brillen Träger

SIEPMANN Ingrid
38 Jahre,
171 cm groß,
blaugraue Augen,
Leberfleck links neben der
Nase und über linker Augen-
braun, zeitweise kosmeti-
scher Fleck über der Ober-
lippe rechts

STERNBECK Sigrid
33 Jahre,
169 cm groß,
blaue Augen,
große, abstehende Ohren,
Ohrläppchen angewachsen

VIETT Inge
36 Jahre,
163 cm groß,
braune Augen,
Narbe am rechten Zeigefinger
(1 cm lang, 3 Glied, Finger-
unterseite)
zeitweise Brillenträgerin

BEER Henning
24 Jahre,
178 cm groß,
blaugraue Augen,
große abstehende Ohren,
zeitweise Brillenträger,
vermutlich Linkshänder

DUTZI Gisela
30 Jahre,
166 cm groß,
graugraue Augen,
ausgeprägte Nasen-Lippen-
furchen, 3 Glied am linken Ring-
finger verkrüppelt

ECKES Christa
33 Jahre,
171 cm groß,
braugraue Augen,
Muttermal an der linken Seite
der Nasenwurzel,
zeitweise Brillenträgerin

JAKOBSMIEIER Ingrid
29 Jahre,
165 cm groß,
blaugraue Augen,
auffallend große Zähne,
11 cm lange Narbe am rechten
Ellenbogen

POHL Helmut
39 Jahre,
173 cm groß,
blaugraue Augen,
ausgeprägter Admidsapfel, zeit-
weise Brillenträger

und logistisch spürbar geschwächt. Freilich dürfte dieser personelle Aderlaß der RAF durch die Rekrutierungen der Jahre 1980 bis 1982 zumindest quantitativ weitgehend ausgeglichen sein, so daß von einer fortdauernden Bedrohung ausgegangen werden muß. Die Hauptangriffsziele der RAF sind – wie bereits im Vorjahr – vor allem Einrichtungen und Repräsentanten des „US-Imperialismus“ im Bundesgebiet. Zwar blieben spektakuläre Anschläge der RAF im Jahre 1982 aus; indes verbreiteten die Terroristen erstmals seit langer Zeit wieder ein ideologisches Grundsatzpapier, das allerdings bis in den Unterstützerebereich hinein teils auf erhebliche Skepsis, teils auf Unverständnis gestoßen ist.

Die „**Revolutionären Zellen**“ haben ihre seit Jahren propagierte Taktik der „abgestuften Militanz“ beibehalten und im Jahre 1982 wieder zahlreiche Anschläge verübt. Diese Aktionen richteten sich in erster Linie gegen Firmen, die am Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens beteiligt sind. Betroffen waren aber auch private Unternehmen unterschiedlicher Branchen sowie öffentliche Einrichtungen. Seit längerem kam es auch in Baden-Württemberg wieder zu Anschlägen, die zweifelsfrei diesen terroristischen Gruppierungen zuzurechnen sind.

Die sogenannte neue Protestbewegung, deren politisch extremer Teil der **undogmatischen „Neuen Linken“** zuzuordnen ist, vermochte ihren Aktionismus nicht mehr mit der Intensität der Vorjahre fortzusetzen. Spektakuläre Hausbesetzungsaktionen, wie sie 1981 noch sehr häufig zu verzeichnen waren, sind wesentlich seltener geworden. Der „Häuserkampf“ verlor zumindest in Baden-Württemberg beträchtlich an Wirkung. Indes gelang es den militanten Gruppierungen dieser schwer überschaubaren „Bewegung“ auch in unserem Lande, sich auf andere „Angriffsziele“ wie „NATO-Kriegsmanöver“, den „US-Imperialismus“ und den „KKW-Bereich“ umzustellen. Zwar wurde bei diesen Kampagnen nicht mehr die Dynamik früherer Jahre erreicht; dennoch beweisen die zahlreichen Aktionen, Demonstrationen und die politisch motivierten Sachbeschädigungen die Existenz eines Gewaltpotentials, das in Baden-Württemberg etwa 500 Personen umfassen dürfte.

Die Mehrzahl der noch im Bundesgebiet tätigen Parteien und Organisationen der **dogmatischen „Neuen Linken“** mußte ihre Aktivität erheblich einschränken. Fast alle diese maoistisch, trotzkistisch und proalbanisch ausgerichteten Gruppen haben große Teile ihrer Anhängerschaft verloren und deutlich an Resonanz eingebüßt. Der früher äußerst virulente „**Kommunistische Bund Westdeutschland**“ (KBW) zählt bundesweit nur noch etwa 500 Mitglieder (1981: 900). Auch das Anhängerpotential der meisten anderen Vereinigungen der „Neuen Linken“, etwa des „**Bundes Westdeutscher Kommunisten**“ (BWK) oder des „**Kommunistischen Bundes**“ (KB), ist weiter geschrumpft. Lediglich die „Kom-

*Zahl der Gewaltaktionen
„Revolutionärer Zellen“
weiter angestiegen*

*Die undogmatische
„Neue Linke“ sucht
neue Angriffsziele*

*K-Gruppen verlieren
weiter an Resonanz*

munistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) –KPD– mit rund 500 Mitgliedern sowie die 1982 als Nachfolgerin des „**Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands**“ (KABD) gegründete „**Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands**“ (MLPD) mit etwa 900 organisierten Anhängern konnten ihren personellen Bestand erhalten. Die MLPD ist damit sowohl im gesamten Bundesgebiet als auch in Baden-Württemberg die zahlenmäßig stärkste Gruppierung der „**Neuen Linken**“.

*Die moskau-orientierte
DKP dehnt ihren Einfluß
aus*

Obwohl die „**Deutsche Kommunistische Partei**“ (DKP) die bedeutendste Vereinigung der moskauorientierten „**Alten Linken**“ geblieben ist, vermochte sie ihre Organisation nicht weiter auszubauen (im Bundesgebiet knapp 40 000, in Baden-Württemberg etwa 2750 Mitglieder). Allerdings ist sie bei der Verfolgung ihres erklärten Ziels, ein „**Aktionsbündnis aller demokratischen Kräfte**“ zustande zu bringen, weiter vorangekommen. Einen Großteil ihrer Anstrengungen kon-

Flugschrift der DKP



zentrierte die DKP im Jahre 1982 auf den sogenannten Friedenskampf: dies führte zu einer regen Teilnahme ihrer Mitglieder an überregionalen Demonstrationen und örtlichen Friedenswochen sowie zur Mitarbeit der Partei in zahlreichen Friedensinitiativen mit dem Ziel, sich an die Spitze der Friedensbewegung zu setzen.

Außerdem versuchte die DKP, die sich auch in der Bundesrepublik Deutschland schwieriger gestaltende wirtschaftliche Situation für ihre Zwecke zu nutzen in der Hoffnung, leichter als bisher „Werkstätige“ ansprechen zu können. Dabei war sie bestrebt, die Sparpolitik in Bund und Ländern einerseits und die im sogenannten NATO-Doppelbeschuß unter bestimmten Voraussetzungen vorgesehene Nachrüstung andererseits gegen die wachsende Zahl der Arbeitslosen auszuspielen. Das Motto „Gegen Rotstift und Raketen! Für Arbeitsplätze!“ verdeutlicht den agitatorischen Ansatz der DKP.

2. Linksextremistischer Terrorismus

2.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und Unterstützerebereich

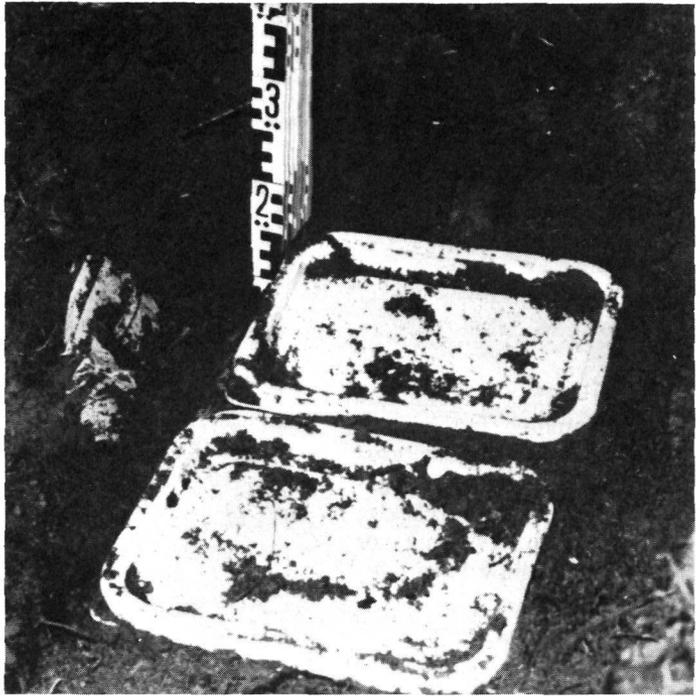
2.1.1 „Rote Armee Fraktion“

Im Jahre 1982 wurden vom sogenannten harten Kern der RAF keine neuerlichen Anschläge verübt. Die im Spätsommer 1981 eingeleitete „Offensive 81“ der RAF wurde von der illegalen Kommando-Ebene nicht wieder aufgenommen. Die erwarteten Terroranschläge, die – wie zu vermuten war – die „Niederlagen“ von Ramstein (31. August 1981) und **Heidelberg** (15. September 1981) ausgleichen sollten, blieben zunächst aus. Stattdessen gelang den Sicherheitsbehörden mit den Festnahmen von Adelheid SCHULZ, Brigitte MOHNHAUPT und Christian KLAR sowie mit der Entdeckung zahlreicher Depots der RAF ein Erfolg, wie er seit Jahren nicht mehr verzeichnet werden konnte:

Adelheid SCHULZ und Brigitte MOHNHAUPT konnten am 11. November 1982, Christian KLAR nur wenige Tage später am 16. November 1982 jeweils beim Aufsuchen eines Depots ergriffen werden. In den insgesamt 15 Depots, von denen die meisten noch in allerjüngster Vergangenheit benützt worden waren, konnten zahlreiche Beweisstücke sichergestellt werden: rund 2000 in- und ausländische Dokumente (zum Teil Blankoformulare), ca. 4 kg Sprengstoff, eine Anzahl Schußwaffen, große Mengen Munition, etwa 65 000 DM, sowie verschiedene handschriftliche Aufzeichnungen und Skizzen. Der auf 2 Depots verteilte Geldbetrag stammte aus dem Banküberfall vom 15. September 1982 auf die Stadtparkasse in Bochum. Die Täter (vermutlich drei

Festnahmen mehrerer Terroristen führen zu einer zeitweisen Schwächung der illegalen Kommando-Ebene

RAF Depot
November 1982



*Logistik der RAF durch
Entdeckung der Erd-
depots schwer getroffen*

Frauen und ein Mann), die mit hoher Wahrscheinlichkeit dem illegalen Kader-Bereich der RAF angehörten, hatten bei dieser Aktion rund 124 000 DM erbeutet.

Mit dem Auffinden all dieser Materialien und Unterlagen ist der Logistik der RAF ein empfindlicher Schlag zugefügt worden, den sie vermutlich erst mittelfristig wird ausgleichen können. Spürbare Auswirkungen auf die Schlagkraft der RAF dürften auch die Festnahmen von Brigitte MOHNHAUPT, Adelheid SCHULZ und Christian KLAR haben, die seit Jahren zu den im Untergrund erfahrensten und rücksichtslosesten Kommando-Mitgliedern der RAF zählten.

Die im Jahre 1981 auf knapp 20 Personen angestiegene Zahl der im Untergrund operierenden aktiven Mitglieder der RAF dürfte derzeit wieder auf etwa 12 bis höchstens 15 zurückgegangen sein. Dieser zahlenmäßige Rückgang ist neben den jüngsten Festnahmen auch darauf zurückzuführen, daß sich einige Personen, die in den letzten Jahren zur Kommando-Ebene zählten, vermutlich von der deutschen Terrorszene abgewandt haben und sich seit einiger Zeit außerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufhalten.

Immerhin hatte die RAF seit Sommer 1980 mindestens sechs Personen aus „legalen“ Unterstützerguppen für die Untergrundarbeit rekrutiert. Bezüglich der meisten dieser in den vergangenen zwei Jahren abgetauchten Personen konnten in den Depots Fingerabdrücke und andere Spuren gesichert oder Hinweise gefunden werden. Es handelt sich dabei um:

*Neue Rekrutierungen
gleichen zumindest
quantitativ den person-
len Aderlaß im illegalen
Kommando-Bereich aus*

Henning BEER gehörte – wie auch sein Bruder Wolfgang BEER – zum Kreis der Hamburger RAF-Unterstützer. Er hatte sich im Spätsommer 1980 dem illegalen Kommando-Bereich angeschlossen.



Wolfgang BEER, der im Juli 1980 zusammen mit Juliane PLAMBECK bei einem Verkehrsunfall im Kreis **Ludwigsburg** tödlich verunglückte, war vermutlich erst kurz vor diesem Zeitpunkt zu den Illegalen gestoßen.



Gisela DUTZI gehörte dem RAF-Unterstützerbereich **Mannheim** an. Sie tauchte im Spätsommer 1980 in den Untergrund ab. Am 1. März 1983 wurde sie festgenommen.



Christa ECKES war vor ihrem Abtauchen in der Hamburger Unterstützerszene aktiv. Sie dürfte sich etwa im Spätsommer 1981 dem Kaderbereich der RAF angeschlossen haben.





Ingrid JAKOBSMEIER gehörte dem Frankfurter Unterstützerzirkel an und stieß vermutlich im Sommer 1980 zu den illegalen Kommandos der RAF.



Helmut POHL gehörte ebenfalls dem Frankfurter Unterstützerkreis an. Er konnte seit Sommer 1980 nicht mehr festgestellt werden.

Neues „Grundsatzpapier“ der RAF soll deren gesellschaftsanalytische und strategische Überlegungen „vermitteln“

Das Abtauchen dieser Aktivisten unterstreicht die besondere Funktion der sogenannten legalen Ebene als Rekrutierungspotential für die illegalen Kommandos.

Die RAF hat in diesem Jahr mit der Datierung „Mai 1982“ unter dem Titel „Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front“ eine 20 Seiten umfassende neue konzeptionelle Schrift verbreitet. Damit liegt nach fast zehn Jahren erstmals wieder ein „Grundsatzpapier“ vor, mit dem die Kommandoebene der RAF ihre gesellschaftsanalytischen und strategischen Überlegungen „vermitteln“ will.

Wesentliche Aussagen der Schrift waren bereits in den sogenannten Strategiepapieren enthalten, die im Oktober 1980 in einer konspirativen Wohnung der RAF in **Heidelberg**, Karlsruher Straße 65, sichergestellt worden waren. Der jetzt veröffentlichte Text hält sich in der Gedankenführung eng an diese Vorlage, läßt aber eine Überarbeitung und die Anpassung an aktuelle Ereignisse erkennen.

In dieser Schrift wird erneut deutlich, welche wesentliche Bedeutung dem „legalen RAF-Unterstützerbereich“ im Rahmen der Strategie der RAF zukommt:

Danach gelte es jetzt, verstärkt auf die Bildung einer „antiimperialistischen Front“ hinzuwirken. Dazu müsse „eine Einheit des bewaffneten Kampfes aus der Illegalität und des politisch-militanten Widerstandes aus der Legalität“ hergestellt werden.

RAF strebt Bildung einer „antiimperialistischen Front“ an



*Neues Grundsatzpapier
der RAF*

GUERRILLA, WIDERSTAND UND ANTIIMPERIALISTISCHE FRONT

Die Schrift selbst ist von gewaltbereiten Gruppierungen der extremen Linken unverhohlen kritisch kommentiert worden. Vor allem die linke „tageszeitung“ (taz) wurde zum Forum teilweise massiver Angriffe gegen das Positionspapier der RAF:

„... Ob Hausbesetzer oder Friedensbewegung, Anti-Atom- oder Widerstand gegen Sozialabbau, wir müssen miteinander kämpfen und diskutieren; aber das geschieht auch längst und ohne die Bevormundung von ein paar Polit-Intellektuellen, die sich besonders revolutionär vorkommen, weil sie ein Maschinengewehr im Schrank haben.“

(aus: taz vom 9. Juli 1982)

Aufgrund der breiten Kritik an dem RAF-Papier muß bezweifelt werden, ob die RAF bei dem von ihr mit der Schrift verfolgten weiteren Zweck, über eine aktuelle Selbstdarstel-

*Breite Kritik an dem
neuen RAF-Papier
28*

geklagten wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu Freiheitsstrafen von zweieinhalb beziehungsweise drei Jahren endete.

In zahllosen Dokumentationen, Flugblättern und Plakaten versuchten die Angehörigen der Unterstützergruppen, die den Gegenstand des Verfahrens bildenden Vorwürfe als Fälschung zu disqualifizieren und die Freilassung sowohl der beiden Angeklagten als auch einer in vergleichbarem Zusammenhang in Untersuchungshaft einsitzenden dritten Person zu erreichen.

Welche herausragende Bedeutung dieses Strafverfahren auch für die Illegalen der RAF hatte, wird dadurch unterstrichen, daß bereits Mitte November 1981 der „Frankfurter Rundschau“ eine Erklärung der RAF zugegangen war, in der die Verfasser die mit dem Anschlag auf General KROESEN in Verbindung gebrachten „Legalen“ zu entlasten suchten. Einen weiteren Schwerpunkt der Agitation bildete in der er-

**AMIS
H'ÄNDE WEG
VON EL SALVADOR
DEMONSTRATION**

Sa., 13. März
11.00 Uhr Uni-Campus
Frankfurt a.M.

**STUTTGART:
NICARAGUA**
VERANSTALTUNG, Do. 4.3.82, 19.30
EMMAUS, NESENACHSTR. 52

GUATEMALA
VERANSTALTUNG, Fr,
12.3.82, 19.30 UHR
PRO. HOSPITALSTR. 26

Bundesrat: El Salvador.
Komitees
Stuttgart: Chile-
Komitee, Guatemala-
Gruppe, Evrosas
11.8.82
Uni-Campus
Frankfurt

Demonstrations-
aufruf zum Thema
El Salvador

sten Jahreshälfte 1982 das Thema „El Salvador“, das von Gruppierungen des terroristischen Umfelds gemeinsam mit anderen linksextremistischen Zirkeln aufgegriffen wurde. So wurden am 3. März 1982 in der **Stuttgarter** Innenstadt Plakate geklebt, die auf eine Großdemonstration am 13. März 1982 in Frankfurt am Main hinwiesen, zu der bundesweit unter dem Motto „Amis Hände weg von El Salvador“ aufgerufen wurde.

In diesem Zusammenhang fanden Kundgebungen auch in den Städten **Tübingen, Freiburg, Mannheim** und **Stuttgart** statt.

Auf einem mit der Parole „Solidarität gründet in der Bewegung der Revolte“ überschriebenen Flugblatt wurde ein direkter Zusammenhang zwischen dem „Befreiungskampf in El Salvador“ und dem „Kampf der Antiimperialisten“ in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt:

„... Unsere Solidarität mit dem Befreiungskampf des Volkes in El Salvador ist nicht zu trennen von unserem Kampf für Revolution hier. Dieser Kampf heißt für uns natürlich nicht, Appelle an die Bundesregierung zu richten. Appelle an die SPD bedeuten, von denen eine grundlegende Veränderung von Machtstrukturen zu erwarten, die alles daran setzen, die Interessen der USA – ihres Kapitals, ihres Militärapparates – zu stützen und auszubauen.“

Der Text endet mit der Forderung:

„Nur wenn wir auf allen Ebenen den Kampf konsequent gegen den US-Imperialismus führen, werden wir uns gemeinsam mit den Menschen in El Salvador wie in allen Ländern befreien.
KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG
SIEG FÜR DEN REV. BEFREIUNGSKAMPF DES VOLKES
IN EL SALVADOR
TOD DEM US-IMPERIALISMUS
SCHAFFT 2, 3, VIELE VIETNAM...“

„El-Salvador“ und „Startbahn West“ sind Anknüpfungspunkte für die antiamerikanische Agitation der Unterstützerszene

Die Angriffe gegen die Politik der USA fanden nicht nur in einer großen Zahl von Veranstaltungen zur Situation in El Salvador, in Nicaragua und in Guatemala ihren Niederschlag, sondern spiegelten sich auch in der besonderen Form wider, mit der gegen die NATO agitiert wurde. Dabei wurden häufig innenpolitisch umstrittene Projekte in die Anti-NATO-Kampagne einbezogen. So geriet etwa ab März 1982 der Ausbau der „Kriegs-Startbahn-West“ des Frankfurter Flughafens in den Mittelpunkt der Agitation des terroristischen Umfelds. Die Startbahn West, an der es immer wieder zu teilweise schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften kam, wurde von Unterstützerkreisen zum Symbol eines „Kriegs-Projekts

des US-Imperialismus“ hochstilisiert. In Flugblättern unter dem Motto „Keine NATO-Startbahn West“, die auch in verschiedenen Städten Baden-Württembergs verteilt wurden, hieß es dazu:

„Unser Widerstand gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen darf nicht nachlassen. Unsere Unterstützung des Kampfes einer ganzen Region gegen ein militärisch und ökologisches Wahnsinnsprojekt wie der Startbahn West richtet sich gegen die Imperialisten und ihr militärisches Instrument, die NATO.“

Ebenfalls gegen die Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet waren die Aktionen des terroristischen Umfelds anlässlich des NATO-Gipfels am 9. und 10. Juni 1982 in Bonn und des damit in Zusammenhang stehenden Besuchs des US-Präsidenten Ronald REAGAN am 11. Juni 1982 in Berlin. Im Rahmen einer sogenannten Anti-NATO-Woche fanden

Zielrichtung der Aktionen der Unterstützergruppen: Einrichtungen und Repräsentanten des NATO-Bündnisses

**Krieg dem
Imperialistischen Krieg**

- Kampf dem Nato/US-Kriegsprojekt
Startbahn-West/US Air Base
- Solidarität mit dem revolutionären Kampf
der Völker im nahen u. mittleren Osten
- Sieg dem Volk von El Salvador
- Einheit im antiimperialistischen
Widerstand

am **22. Mai** um **12⁰⁰**
in Frankfurt
Katharinenkirche an der
Hauptwache

★ **Demonstration** ★

Plakat des
RAF-Umfelds

Plakataufruf
in Stuttgart



auch in mehreren Orten Baden-Württembergs Aufzüge und Veranstaltungen statt, in deren Verlauf unter anderem Publikationen verteilt wurden, die sich gegen die Nato, ihre Repräsentanten, einzelne ihrer Mitgliedstaaten sowie gegen ihre angebliche militärische Funktion richteten.

Bereits im Februar 1982 lag der Ausgabe einer **Stuttgarter** Alternativzeitung ein Faltblatt bei, das unter der Überschrift „Krieg dem imperialistischen Krieg“ einen ganzseitigen Textbeitrag zum Thema NATO enthielt. Darin wurde zu gewalttätigen Aktionen gegen militärische Einrichtungen aufgerufen:

„Angesichts der Konsequenzen, auf die unsere Zivilisation hinausläuft, und das mit erschreckender Geschwindigkeit, ist es allerhöchste Zeit, radikal zu werden. Wir können es uns nicht leisten, irgendeine Ebene des Kampfes auszulassen“.

Die Notwendigkeit, „das imperialistische System anzugreifen“, wurde mehrfach betont:

„Es ist an der Zeit, sich Aktionen auszudenken, die der Geheimniskrämerei der Militärapparate systematisch auf den Pelz rücken. Wir alle bringen Möglichkeiten und Talente mit, die wir in eine kräftige, umstürzende Bewegung einbringen können, in jeder Form und auf allen Ebenen, das heißt bürgerlich-politischer Protest genauso wie die militante Aktion“.

Ab Juni 1982 richtete sich die Aufmerksamkeit der „Szene“ in erster Linie auf die Ereignisse im Nahen Osten. Der Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon bildete über einen relativ langen Zeitraum das vorrangige Agitationsthema linksextremistischer und terroristischer Gruppierungen. In verschiedenen Städten des Bundesgebiets, darunter in

Weiteres Schwerpunkt-
thema: Libanon

ISRAEL raus aus LIBANON !



Aufruf zur
Demonstration in
Frankfurt am Main
am 21. August 1982

**Für das Selbstbestimmungsrecht
des palästinensischen Volkes**

bundesweite Solidaritätsdemonstration

FRANKFURT, 21. 8. 82

11 Uhr, Günthersburgpark

Großveranstaltung
FFM 19.8. - 19 Uhr
VERMISCHTES CLUB-HAUS
Volksbildungsheim

Abfahrt in :
Treffpunkt :
Uhrzeit :

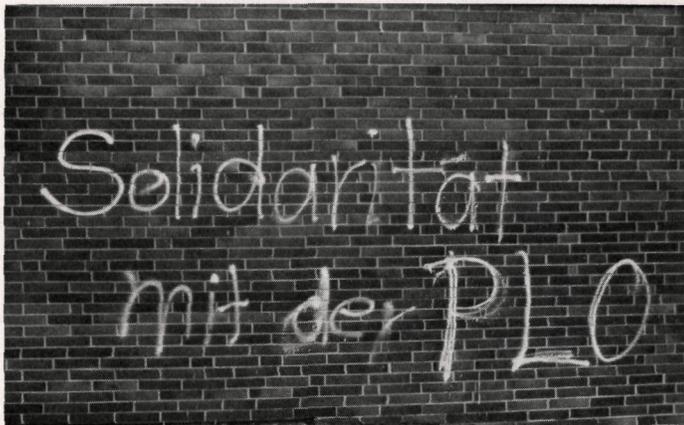
Stuttgart, Heidelberg und Mannheim, kam es zu Protestveranstaltungen, an denen sich neben Palästinensern jeweils auch Angehörige des terroristischen Unterstützerebereichs beteiligten. Auf Flugblättern, die zur Teilnahme an diesen Aktionen aufriefen, wurden die Vereinigten Staaten von Amerika und die Bundesrepublik Deutschland als „Drahtzieher“ für „die faschistischen Greuelthaten...“, die die Zionisten heute am palästinensischen Volk begehen“, bezeichnet.

Den Höhepunkt dieser Kundgebungen bildete eine gewalttätig verlaufene Großdemonstration am 21. August 1982 in Frankfurt am Main, zu der auch in Baden-Württemberg aufgerufen worden war.

Ein im nordbadischen Bereich auftretender Störsender, der sich „Radio Krieg dem imperialistischen Krieg“ nennt, schaltete sich im August 1982 in das laufende Programm von Südfunk 3 ein und griff ebenfalls das Thema „Libanon“ auf. In dieser Störsendung hieß es:

„... Aber wenn wir für uns und alle Menschen Freiheit wollen, müssen wir das System zerstören, müssen wir den Kampf gegen den US-Imperialismus, die NATO und den BRD-Staat führen – zusammen mit unseren Verbündeten: den Völkern von El Savador, Südafrika, Libanon und der ganzen Welt und dem bewaffneten Widerstand hier in Westeuropa.“

Aufkleber und Sprühparolen hatten ebenfalls den Konflikt im Nahen Osten zum Thema.



Sprühaktion

Etwa seit Juli 1982 verließen Angehörige des terroristischen Umfelds in Baden-Württemberg die Ebene des rein verbalen Protests und gingen zu eigenen militanten Aktionen über. Sie entsprachen damit einer seit Jahren innerhalb der Unterstützercirkel immer wieder erhobenen Forderungen, die

„Solidarität mit den politischen Gefangenen und mit den Befreiungsbewegungen nicht auf Flugblätter und Veranstaltungen (zu) beschränken“, sondern selbst „offensiv“ zu werden:

– Am 20. Juli 1982 wurden auf dem Gelände eines US-Tanklagers bei **Ludwigsburg** zwei Brandsätze entdeckt. Obwohl bei einer der beiden Bomben der Zündmechanismus abgelaufen war, hatte sich die brennbare Flüssigkeit in den als Mantel dienenden Plastikkanistern nicht entzündet. Am 24. Juli 1982 ging dem **Stuttgarter** Büro der „Deutschen Presseagentur“ (dpa) eine Bekennung zu dem mißglückten Anschlag zu. Die unbekanntten Verfasser, die nach Inhalt und Diktion des Schreibens dem RAF-Umfeld zuzurechnen sind, äußerten sich darin wie folgt:

„... Daß die Aktion nicht geklappt hat, ändert nichts an der Tatsache, daß es notwendig und möglich ist, militante Angriffe zu organisieren. Der Mythos der Unangreifbarkeit und die Angst vor der Gewalt der Herrschenden zerbrecen da, wo wir entschlossen – als Subjekte der anti-imperialistischen Front – anfangen, uns handlungsfähige Strukturen aufzubauen mit dem Ziel, den Feind **anzugreifen**.

Die Aktion ist Ausdruck unserer Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes und dem Hungerstreik unserer gefangenen Genossen aus der RAF – Ingrid (BARABASS), Sieglinde (HOFMANN), Bernd (RÖSSNER), Verena (BECKER) – die für ihre Zusammenlegung kämpfen...“

– Am 3. August 1982 wurden in einer amerikanischen Kaserne in **Schwäbisch Gmünd** mehrere Militärfahrzeuge in Brand gesteckt. Die Ermittlungen ergaben, daß das Feuer durch insgesamt sechs Brandsätze verursacht worden war. Die noch unbekanntten Täter waren durch einen aufgeschnittenen Maschendrahtzaun bis zu den abgestellten Jeeps vorgedrungen, hatten die Brandsätze gezündet und an der Windschutzscheibe eines Fahrzeugs ein Papier mit den Parolen „Sieg den palästinensischen und libanesischen Revolutionären, Zusammenlegung der Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand“ angebracht.

– Am frühen Morgen des 5. August 1982 wurde an einem amerikanischen Offizierskasino in **Karlsruhe** Feuer gelegt, das jedoch nur geringen Sachschaden verursachte.

– In der Nacht vom 18. auf den 19. August 1982 wurde an einer Boden-Radaranlage des US-Militärflugplatzes in **Heidelberg** ein Brand gelegt. Eine dort ebenfalls deponierte Sprengvorrichtung konnte noch rechtzeitig entfernt werden. Der Text des Bekenner Schreibens sowie die Art der Tatausführung deuten auf einen unmittelbaren Zusammenhang mit den Anschlägen der vorausgegangenen Wochen hin:

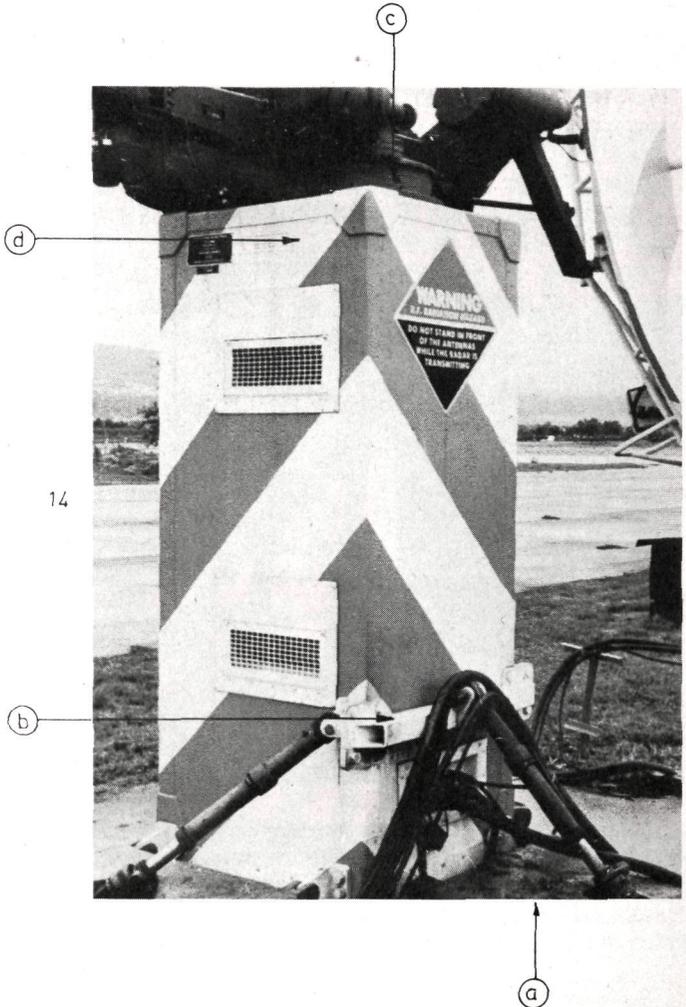
„Legale“ verlassen
Ebene des verbalen
Protests und gehen zu
eigenen militanten Ak-
tionen über

„in der nacht auf den 19. 8. haben wir mit einem brand-
satz einen teil der flugsicherungsanlage des heidelberger
us-flugplatzes lahmgelegt. in erster linie dient er der ku-
rierverbindung zwischen allen europäischen headquarters
und nato-basen. daneben ist er der sicherheitsbahnhof
für die militär- und regierungsschweine, denen das mer-
cedesfahren zu gefährlich ist. . .“

Das Bekenner schreiben schließt mit der Parole:

„NO FUTURE FÜR DIE SCHWEINE
UND ALLE HOFFNUNG FÜR UNS!“

Beschädigte
US-Boden-Radaranlage
in Heidelberg



Die später als Flugblatt verbreitete Bekennung enthielt einen nachträglich angebrachten Zusatz:

„die aktion hat leider nicht so geklappt, wie wir uns das vorgestellt haben. wir nehmen an, daß nur die zünder gezündet haben und durch den druck von den brandpäckchen weggeschleudert wurden, weil wir sie nicht fest genug daran befestigt haben.“

– Am 6. Oktober 1982 wurde auf eine Funkrelaisstelle der Bundeswehr in **Heubach** (Ostalbkreis) ein Brandanschlag verübt, bei dem hoher Sachschaden entstand. Obwohl sich zu der Tat eine angebliche „RZ“ bekannte, ist vor allem aufgrund der Diktion der Erklärung eine Täterschaft von RAF-Unterstützern anzunehmen:

„DIE ANTIIMPERIALISTISCHE FRONT AUFBAUEN!
WIR HABEN DIE LEITSTELLE DER NATO IN HEUBACH ANGEGRIFFEN.
DAS IST UNSERE ANTWORT AUF DAS AMERIKANISCH/
ISRAELISCHE MASSAKER IM LIBANON...
DEN US-IMPERIALISMUS UND SEINE STRUKTUREN
ÜBERALL AUF DER WELT ANGREIFEN!
ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS DEM
ANTIIMPERIALIST. WIDERSTAND...“



*Brandanschlag auf
Funkrelaisstelle der
Bundeswehr in Heubach
im Oktober 1982*

– In der Nacht zum 20. Oktober 1982 wurden in **Karlsruhe** an 23 Privatfahrzeugen amerikanischer Armeeangehöriger die Reifen durchstochen und an sechs Personenwagen die Parole „US-Pig“ aufgesprüht. In der Nähe wurde ein Hochhaus mit dem Text

„Solidarität mit Carlos + Helga“

beschriftet. In einem schriftlichen Bekenntnis bezeichneten die Täter ihr Vorgehen „als Ausdruck unserer Entschlos-

*Aktuelle Angriffsziele
der terroristischen
Unterstützergruppen:
Einrichtungen der Bun-
deswehr und der Ameri-
kaner*

senheit, die antiimperialistische Front hier zu entwickeln und die US-Kriegspolitik anzugreifen“.

Die Aktionen, die an die im Mai 1982 von den Illegalen der RAF erhobenen Forderung nach dem Aufbau einer „antiimperialistischen Front“ anknüpfen, sind mit größter Wahrscheinlichkeit von Angehörigen des terroristischen Umfelds geplant und durchgeführt worden. Die jeweiligen Tatbekennungen liegen ganz auf der seit einiger Zeit von der sogenannten legalen RAF verfolgten Linie, „den Widerstand auf allen Ebenen“ zu forcieren und damit den Anschein einer breiten, „gegen das Schweinesystem gerichteten Front“ zu erwecken. Vorrangiges Ziel der Gewaltakte sind – ebenso wie bei den RAF-Kommando-Aktionen – amerikanische Einrichtungen. Von dem Anschlag in **Heubach** war erstmals ein Bundeswehrojekt betroffen.

Diese Gewaltakte gegen NATO- und Bundeswehreinrichtungen liefen zeitlich parallel mit einer massiven Agitation ge-

*Plakataufruf des RAF-
Umfelds in Heidelberg*

**WELTWEIT IST
KRIEG**



**MANÖVER
SIND TEIL DAVON!**



**NICHT UNSERE ANGST WIRD KRIEGE BEENDEN -
NUR UNSER WIDERSTAND WIRD SIE UNFÜHRBAR MACHEN !**

**STÖRT DIE
NATO-HERBSTMANÖVER !**

gen die NATO-Herbstmanöver. Die Verunglimpfungskampagne gegen die NATO, die sich inzwischen zu einem Schwerpunkt der Tätigkeit des terroristischen Umfelds entwickelt hat, spiegelte sich auch in zahlreichen Farbsprüh- und Klebeaktionen in verschiedenen Städten Baden-Württembergs wider:

So wurden am 3. September 1982 in **Heidelberg** Plakate mit folgendem Aufruf zur Störung der NATO-Herbstmanöver festgestellt:

„Weltweit ist Krieg, Manöver sind Teil davon! Nicht unsere Angst wird Kriege beenden – nur unser Widerstand wird sie unführbar machen! Stört die NATO-Herbstmanöver!“

In der Nacht zum 21. September 1982 wurden auf den Autobahnen A 5 und A 8 im weiteren Bereich des Autobahndreiecks **Karlsruhe** mehrere Hinweisschilder zu amerikanischen Militärdienststellen mit Farbe überstrichen sowie sieben Schilderbrücken mit Parolen wie

„Zusammenlegung der antiimperialistischen Gefangenen“,
„Krieg dem NATO-Krieg“,
NATO-Manöver-Kriegspolitik“

besprüht. Schmierereien mit ähnlichem Inhalt waren schon Ende August 1982 an verschiedenen Brücken der Bundesstraße 36 zwischen Leopoldshafen und **Karlsruhe** sowie an mehreren Autobahnbrücken bei **Mannheim** und im **Ortenaukreis** festgestellt worden. Zuvor hatten unbekannte Täter in der Nacht zum 3. Juni 1982 26 Busse der **Stuttgarter Straßenbahnen AG** mit terroristischen, gegen die NATO gerichteten Parolen beschmiert.



„Legale“ agitieren gegen NATO-Herbstmanöver

Schmieraktion in Stuttgart im August 1982

Auffälligerweise kam es anlässlich des 5. Jahrestages des kollektiven Selbstmords von Andreas BAADER, Gudrun ENSSLIN und Jan-Carl RASPE am 18. Oktober 1982 im Gegensatz zu früheren Jahren nur zu kleineren Demonstrationen sowie zu einigen Farbschmierereien und Plakataktionen. Zumeist wurde dabei ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem am 12. Oktober 1982 abgeschlossenen Strafverfahren gegen zwei Heidelberger Aktivisten hergestellt:

– In der Nacht zum 14. Oktober 1982 wurden angeblich aus Solidarität mit den beiden Verurteilten die Schaufensterscheiben der in **Heidelberg** ansässigen Tageszeitungen eingeworfen.

– Am 16. Oktober 1982 wurden ebenfalls in **Heidelberg** drei Angehörige der „Szene“ von einem Passanten daran gehindert, ein Spruchband gegen die Verurteilung der zwei Unterstützer über eine Straße zu spannen.

– In **Mannheim** wurde in der Nacht zum 19. Oktober 1982 vermutlich von Angehörigen des dortigen „legalen“ RAF-Bereichs ein Transparent mit der Parole „Am 18. 10. 1977 in Stammheim ermordet. Der revolutionäre Geist unserer Genossen lebt in uns weiter“ angebracht.

– Am 23. Oktober 1982 demonstrierten vor der Vollzugsanstalt **Stuttgart**-Stammheim etwa 80 Personen „zum Gedenken an die in Stammheim Hingerichteten“. Unter den Demonstranten befanden sich neben Mitgliedern terroristischer Randgruppen auch zahlreiche Angehörige der militanten Hausbesetzer- und Punkerszene.

Nach der Verhaftung von Brigitte MOHNHAUPT, Adelheid SCHULZ und Christian KLAR im November 1982 kam es bundesweit zu zahlreichen Farbschmieraktionen. Auch in mehreren Städten Baden-Württembergs wurden Parolen wie „Solidarität mit der RAF“ und „Freiheit für Christian, Brigitte und Adelheid“ gesprüht. An das Gebäude der Pädagogischen Hochschule in **Karlsruhe** wurde folgender Text geschiert:

„Trotz NATO, BKA, GSG 9
Verhaftung von Heidi, Brigitte und Christian
sie pissen gegen den Wind
wir werden die antiimperialistische Front
aufbauen“.

*Häftlingsbetreuung un-
verändert Schwerpunkt
des Umfelds*

Neben der angeblich politischen Arbeit nimmt die Betreuung inhaftierter terroristischer Gewalttäter nach wie vor einen breiten Raum innerhalb der Tätigkeit der „Legalen“ ein. Durch eine verfälschte Darstellung der Haftbedingungen der Gefangenen wird unverändert versucht, Teile der Öffentlichkeit durch Schlagworte wie „Isolationsfolter“ und „Vernichtungshaft“ anzusprechen.

2.2 „Revolutionäre Zellen“ (RZ)

Die „Revolutionären Zellen“ (RZ) haben ihre seit Jahren konsequent verfolgte Taktik fortgesetzt, terroristische Anschläge aus der Legalität heraus zu begehen. Sie setzen sich damit in bewußten Gegensatz zur RAF, die seit ihren Anfängen ihre Aktionen aus der Illegalität heraus durchführt. Obwohl die Angehörigen der RZ im Grundsatz „alle Formen des bewaffneten Kampfes“ – also auch Anschläge gegen Personen – bejahen, zielten ihre Gewaltakte im Jahre 1982 vorrangig gegen Unternehmen und öffentliche Einrichtungen, wobei teilweise hoher Sachschaden entstand. Die für die RAF typische dogmatisch geprägte, oft abstrakt formulierte „Ideologie“ wird von den RZ zugunsten der Betonung eines vorgeblich „sozialen Kampfes“, der den „Widerstand auf 1000 Ebenen“ miteinschließt und der bewußt an vorhandene Protestbewegungen anknüpft, abgelehnt.

Die Angriffsrichtung der „Revolutionären Zellen“ orientierte sich auch 1982 an dem taktischen Konzept, Aktionen für jedermann „vermittelbar“ und „nachmachbar“ werden zu lassen, also umstrittene aktuelle gesellschaftliche Probleme aufzugreifen:

„... wir wollen eine ‚Populäre Guerilla‘! Eine Guerilla, deren Aktionen verstanden werden, die die Sympathie des Volkes genießt und die perspektivisch breit unterstützt wird. . .

Prinzip unserer Aktionen ist es deshalb, daß sie ausgehen von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, an denen wir beteiligt sind, daß sie an den dort geführten politischen Auseinandersetzungen anknüpfen, daß sie unter der Fragestellung ‚Bringen sie die Bewegung weiter‘ bzw. ‚Verschärfen sie die Widersprüche‘ eindeutig bestimmbar sein müssen.

(aus: „Revolutionärer Zorn – 6. Zeitung von Revolutionären Zellen – Jan. 1981“, Seite 2)

Dieses in der bisher letzten Ausgabe der „Zeitung von Revolutionären Zellen“ skizzierte Rollenverständnis wurde in der gleichen Nummer noch weiter konkretisiert:

„Wir müssen mit unseren Aktionen an der Unzufriedenheit, der Wut, der vermeintlichen Ohnmacht der Menschen ansetzen . . . Dies kann z. B. heißen, die kleinen Feinde des Volkes (Werkschützer, Meister, Ärzte, Wohnungsmakler, Hausbesitzer, Bullen, Ämterbürokraten usw.) nicht nur propagandistisch, sondern ganz persönlich anzugreifen und ihnen ihr Handwerk zu legen.

Dies heißt, nicht nur darüber zu informieren und zu lamentieren, wieviele Betriebe am Atomgeschäft beteiligt sind, sondern auch dafür zu sorgen, daß hin und wieder einer davon in Schutt und Asche fällt. Dies muß auch

RZ lehnen eine dogmatische „Ideologie“ ab und betonen stattdessen die Notwendigkeit des „sozialen Kampfes“

Anschläge der RZ zielen gegen am Bau der Startbahn West beteiligte Firmen

heißen, daß mal eine Baumaschine, ein Abrißkran, ein Kostruktionsbüro oder ein Materiallager in Flammen aufgeht. . .“

Diesen Vorgaben entsprechend richteten sich die RZ-Anschläge des Jahres 1982 vorrangig gegen Unternehmen, die am Bau der Startbahn West des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens beteiligt sind. Darüber hinaus wurden aber auch Wohnbauunternehmen und Betriebe mit Verbindung zu kerntechnischen Einrichtungen das Ziel von Terroristen. Auffällig ist, daß „Revolutionäre Zellen“ 1982 eine Serie zeitlich aufeinander abgestimmter Anschläge gegen US-Einrichtungen gerichtet haben. Offensichtlich wollen sie damit die antiamerikanischen Tendenzen in der extremen Linken nutzen und in ihr Konzept vom Massenwiderstand einbauen.

Insgesamt ist 1982 die Zahl der Anschläge, die „Revolutionären Zellen“ zuzurechnen sind, weiter angestiegen. In Baden-Württemberg gab es bei zwei Terrorakten eindeutige RZ-Bekennungen:

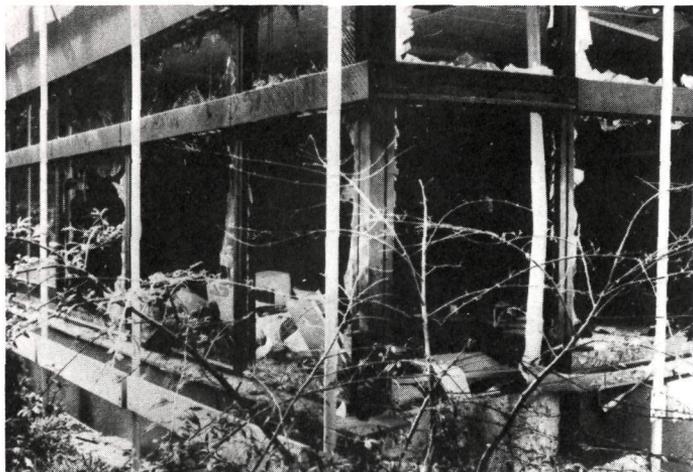
Am 3. Juni 1982 wurde in den frühen Morgenstunden ein Anschlag auf das „Deutsch-Amerikanische Institut“ (Amerika-Haus) in **Tübingen** verübt, bei dem Sachschaden in Höhe von etwa 4000,- DM entstand. In einem Bekenner schreiben wurde die Aktion wie folgt begründet:

„wir warten schon wieder nicht bis reagan kommt: weil der imperialistische krieg permanent ist, ist auch unser widerstand dagegen permanent. zum natogipfel, höhepunkt der us-kriegspolitik, an dem auch der höchste exponent der westlichen imperialisten teilnimmt, wird auch weiterhin gezeigt, was wir von militärischer erpresung halten: KRIEG dem KRIEG.

wir haben das dai angegriffen, weil es nichts anderes als eine us-werbeagentur darstellt mit der aufgabe, den größten menschenfeind, die usa, zu beschönigen.

REVOLUTIONÄRE ZELLEN“.

In der Nacht zum 19. Juli 1982 explodierte in der **Mannheimer** Niederlassung der am Bau der Startbahn West in Frankfurt beteiligten Firma BILFINGER und BERGER ein Sprengsatz, der erheblichen Sachschaden anrichtete. Wie gelegentlich schon bei vergleichbaren RZ-Aktionen geschehen, war der Anschlag wenige Minuten vor der Detonation telefonisch gegenüber einem Pfarrer angekündigt worden. Niederlassungen der Frankfurter Firma BILFINGER und BERGER waren in der Vergangenheit bereits mehrfach das Ziel von Gewaltakten der RZ gewesen. Der Name des Unternehmens war auch in einer am 15. Juni 1982 in der linken „tageszeitung“ (taz) veröffentlichten Liste von Firmen enthalten, denen vorgeworfen wurde, am Startbahnbau zu verdienen.



Sprengstoffanschlag auf die Firma BILFINGER und BERGER im Juli 1982 in Mannheim

Neben den RZ-Sprengstoffanschlägen auf das „Deutsch-Amerikanische Institut“ in **Tübingen** und auf die **Mannheimer** Baufirma BILFINGER und BERGER kam es in Baden-Württemberg 1982 aber zu weiteren Anschlägen, deren Täter sich eindeutig an dem taktischen Konzept der RZ orientieren. Dies beweist, daß das Vorgehen der „Revolutionären Zellen“ immer mehr Anklang und Nachahmer in einer zunehmend gewalttätiger werdenden Protestbewegung findet:

– Am 10. Mai 1982 versuchten unbekannte Täter, auf einer Baustelle bei Rübgarten, Kreis **Tübingen**, einen Bagger der Firma ZÜBLIN in Brand zu setzen. In einem Tatbekenntnis erklärte sich eine „Rote Zelle“ verantwortlich für die Aktion.

– Am 29. Juli 1982 kam es auf dem Bauhof der Firma ZÜBLIN in **Stuttgart** zu einem versuchten Brandanschlag, zu dem sich eine „Autonome Zelle“ bekannte.

– Am 19. August 1982 wurde versucht, ein Straßenbaufahrzeug der Firma REUSCH in der Nähe von Kirchentellinsfurt, Kreis **Tübingen**, anzuzünden. Die Tatbekennung war mit „RZ Tübingen“ unterzeichnet.

Der Personenkreis, der für diese vergleichsweise weniger folgenschweren Anschläge verantwortlich ist, dürfte in den Reihen der undogmatischen „Neuen Linken“, der militanten „autonomen Bewegung“ zu suchen sein. Diese diffuse Protestszene, die ein wesentliches Potential für „Revolutionäre Zellen“ darstellt, orientiert sich vornehmlich an einer von ihnen erhobenen Forderung, die – deutlich erkennbar – den Einstieg in die „populäre Guerilla“ erleichtern will:

„LEGAL – ILLEGAL – SCHEISSEGAL

heißt die Parole, die ein neues Bewußtsein von Recht und Unrecht auslöst. Dazu gehört Klauen, Plündern,

Vorgehen der „RZ“ findet Nachahmer in den Reihen der militanten Protestbewegung

Schwarzfahren, Häuserbesetzen, Volksstrom benutzen, Krankfeiern...“

(aus: „Revolutionärer Zorn – 6. Zeitung von Revolutionären Zellen – Jan. 1981“, Seite 2)



Sprühaktion im März
1982 in Tübingen

3. Aktivitäten der undogmatischen „Neuen Linken“

Die vielgestaltige „neue Protestbewegung“, deren politisch extremer Teil der undogmatischen „Neuen Linken“ zugeordnet wird, hat im Jahre 1982 ihre oftmals provozierende Aktivität fortgesetzt, wenngleich in Baden-Württemberg spektakuläre, mit Gewaltanwendung verbundene größere Aktionen im Ausmaß des Vorjahres die Ausnahme blieben. Dennoch ist nach wie vor auch in unserem Bundesland ein zur Gewaltanwendung bereites Potential vorhanden, das sich seit etwa 1980 in mehreren örtlichen Zirkeln und Gruppierungen gesammelt hat. Seine zahlenmäßige Stärke (für Baden-Württemberg muß insgesamt von etwa 500 „Militanten“ ausgegangen werden) hat sich nur geringfügig erhöht; weiterentwickelt wurde die Fähigkeit, neue „Angriffsziele“ flexibel nach dem Gesichtspunkt der Aktualität zu bestimmen. Zu berücksichtigen bleiben ferner weitreichende überregionale Kontakte, die dazu genutzt werden können, örtliche Gruppen innerhalb kurzer Zeit erheblich zu verstärken. Den extremen Teil der neuen Protestbewegung verbindet unverändert das Leitmotiv „Widerstand auf allen Ebenen“. Diese Position bestimmte die vielfältigen Protestaktionen dieser „Szene“, die allesamt den Zweck verfolgen, das Regierungssystem um jeden Preis lächerlich zu machen oder zu schädigen. Die Bereitschaft, dort, wo es erfolgversprechend erscheint, auch Gewalt anzuwenden, ist dabei durch-

Neue Protestbewegung
befürwortet unverändert
die Anwendung von
Gewalt

weg unumstritten. Der Kritik an unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, die in dem Motto „keinerlei Dialog mehr mit der Macht“ ihren Ausdruck findet, wurde immer häufiger die Forderung nach „Abschaffung des Staates“ schlechthin an die Seite gestellt. So äußerte ein unbekannter Verfasser in der Frankfurter Alternativzeitung „Vollautonom“ (Nr. 7/82):

„... mein ziel ist immer noch die revolution, d. h. die vollständige zerstörung und umstürzung dieses staates und systems und aller seiner symptome und ausdrucksformen ... die entwicklung einer staaten- und klassenlosen gesellschaftsform...“

Zahlreiche Beiträge und Erklärungen in einer Vielzahl von Zeitungen, Flugblättern und sonstigen Publikationen dienten dem offenkundigen Zweck, „das System anzugreifen“ und dabei mindestens zu diskreditieren.



Parolen der neuen Protestbewegung

Die radikale Ablehnung der staatlichen Ordnung zeigt, sich auch an einer Vielzahl von Sprühpaparen wie „Feuer und Flamme für diesen Staat“, „Deutschland muß sterben, damit wir leben können“ oder „Der Staat macht keine Fehler, der Staat ist der Fehler“.

Eine von vielen
Sprühpaparen



„Häuserkampf“ verliert
an Bedeutung

War noch im Jahre 1981 der „Häuserkampf“, der über Jahre hinweg als Vehikel des „Klassenkampfes“ genutzt wurde, Schwerpunkt der Aktivität der „neuen Protestbewegung“ in der Bundesrepublik Deutschland, so verlor dieses Thema 1982 in Baden-Württemberg beträchtlich an Bedeutung. Spektakuläre Hausbesetzungsaktionen, wie sie im Vorjahr zeitweise insbesondere in **Freiburg** an der Tagesordnung waren, sind zurückgegangen. Diese Entwicklung wurde von den „Mililitanten“ auch offen eingestanden:

„Unsere Wut ist groß, unser Gedächtnis lang ... Es ist ruhig geworden in Freiburg in den letzten Monaten. Keine Demos, wenig Sachschaden, alles unter Kontrolle. Stadt und Spekulation können sich die Hände reiben. Noch kein Jahr ist es her, daß es so schien, als könne unser Leben das Leben der Stadt prägen, daß es so schien, als könnten wir Druck auf die herrschende Politik der Stadtzerstörung ausüben...“

Ähnliche Aussagen über die Perspektive des „Häuserkampfes“ enthielt die Stuttgarter Alternativzeitung „s'Blättle“ (Nr. 72 vom September 1982). In einem Beitrag mit dem Titel „Eiszeit“ wurde zwar festgestellt, die „Auseinandersetzungen mit den Bullen“ hätten die „Bewegung“ anfangs beflügelt,

„aber ganz allmählich wurden unsere Hoffnungen und unsere Stärke schwankend, und die Polizeiknüppel er-

wiesen sich doch als stabiler als unsere Köpfe. . . Ohnmacht und Angst machten sich wieder breit und lähmten uns immer mehr. . .“

Es ist symptomatisch für die Flexibilität der „neuen Protestbewegung“, daß es ihr nach dem Abflauen des „Häuserkampfes“ verhältnismäßig rasch gelungen ist, sich auf andere Ziele umzustellen. Der Bau der Frankfurter Startbahn West und anderer Großprojekte, die Lage in El Salvador und im Libanon sowie der „Kampf gegen den US-Imperialismus“ und gegen das NATO-Bündnis entwickelten sich überregional zu neuen Schwerpunkten häufig eskalierender Protestaktionen. Sie unterstrichen eindringlich die unvermindert vorhandene Aggressivität dieses extremistischen Potentials.

Bereits jetzt konzentrieren militante Kräfte ihre Aufmerksamkeit auf die geplante Errichtung des Kernkraftwerks Süd in **Wyhl** und fordern zu rechtzeitigen Gegenaktionen auf. In der Nummer 65 der „Stadtzeitung für Freiburg“ vom März 1982 wurde denn auch kein Zweifel an dem zu erwartenden kompromißlosen Konfrontationskurs gelassen:

„... Wyhl steht vor der Tür. Viele Gruppen bereiten sich darauf vor, Gruppen, die nahtlos vom Häuserkampf zum Anti AKW Kampf übergehen, ihre Radikalität umsetzen wollen ... der Charakter der Auseinandersetzungen wird sich an den letzten Bürgerkriegsübungen in Frankfurt orientieren...“

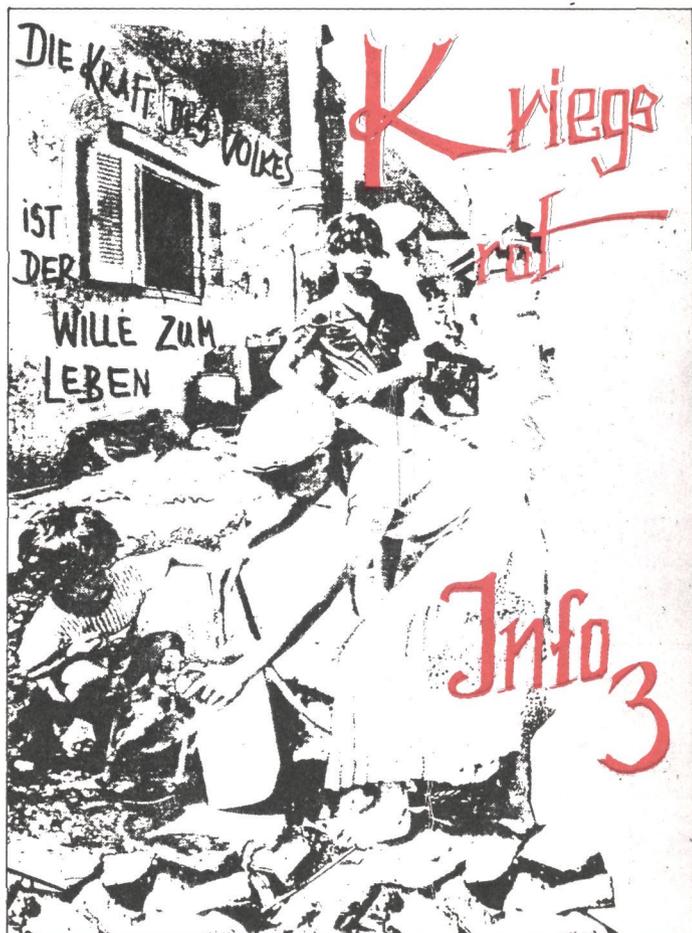
Der vielschichtige Aktionismus der neuen Protestszene vermag freilich die organisatorische Schwäche dieser „Bewegung“ nicht zu überdecken. „Widerstandsgedanke“ und „Aktion“ sind nach wie vor die einigenden Faktoren, die diesen heterogenen Personenkreis überhaupt zu einheitlichem Handeln befähigen. Der Aufbau organisatorisch verfestigter Gruppen wurde anfangs bewußt vernachlässigt, vielfach sogar abgelehnt. Im Jahre 1982 mehrten sich jedoch auch in Baden-Württemberg die Anzeichen dafür, daß auf örtlicher Ebene sich die bisherige Organisationsfeindlichkeit abschwächte und stattdessen versucht wurde, der „relativen Bewegungslosigkeit der Szene“ durch mehr Kooperation und Organisation entgegenzuwirken. So bildete sich in **Tübingen** eine „Autonome Gruppe“, die erstmals im Zusammenhang mit der Oberbürgermeisterwahl im Oktober 1982 öffentlich in Erscheinung trat. Eine ähnliche Initiative ist auch in **Karlsruhe** erkennbar, wo die seit einiger Zeit kaum mehr aktive Protestbewegung neu belebt werden soll.

Mit der Begründung, die „antagonistische Szene“ könne es sich nicht mehr leisten, „im Ghetto rumzuhocken und ihre Kleingruppe zu reproduzieren“, organisierte sich eine Gruppe, die sich „Kriegsrat“ nennt. Das Ziel soll sein, das „revolutionäre Potential in der Region“ zusammenzufassen und

Schnelle Umstellung auf neue Angriffsziele

Organisatorische Schwäche hemmt die Aktivitäten

Publikation einer örtlichen Gruppierung



es gegen das „Krisen-, Verarmungs- und Kriegsmanagement der Herrschenden“ zu mobilisieren.

Umfangreiche extremistische Aktivitäten gingen ferner von zahlreichen Kleingruppen in **Freiburg** aus, die mit dem seit 1981 bestehenden „Autonomen Zentrum“ (AZ) eine Agitationszentrale aufgebaut haben. Aggressiver als früher reagierte die nur wenig verfestigte „autonome Szene“ in **Stuttgart** auf die Räumung besetzter Häuser und auf die Nichterfüllung ihrer Forderung nach Errichtung eines „Autonomen Zentrums“.

In **Mannheim** dagegen vermochte sich die undogmatische linksextreme Protestbewegung 1982 letztlich nicht zu stabilisieren. Das erst im März 1982 gebildete „Autonome Plenum“ löste sich wenige Monate später wieder auf. Damit sei – so stellte die Mannheimer Alternativzeitung „Stadtstreicher“ (Nr. 62 vom September 1982) fest – der Versuch, die „Mannheimer undogmatische Linke zur Diskussion und zum

kontinuierlichen Handeln zusammenzubringen“, vorerst gescheitert.

In Baden-Württemberg waren 1982 erstmals auch in zunehmendem Maße Aktivitäten **anarchistischer Gruppierungen** zu beobachten. Diese losen Zusammenschlüsse haben nur *punktuell Verbindungen* zu jenen Vereinigungen der undogmatischen „Neuen Linken“, die in Teilbereichen ebenfalls eine gewisse anarchistische Orientierung erkennen lassen. In unserem Lande weisen vor allem Flugschriften und Zeitungen auf die Existenz anarchistischer Organisationen hin. Zu nennen sind insbesondere die Zeitschrift „direkte Ak-

Tätigkeit anarchistischer Gruppen nimmt zu



Anarchistische
Zeitungen

tion“ der bundesweit etwa 200 Mitglieder zählenden „**Freien Arbeiter-Union (FAU)**, die in Baden-Württemberg über eine Kontaktadresse in **Heidelberg** verfügt, sowie das unter der Verantwortung der „**Initiative Freie Arbeiter-Union (Anarcho-Syndikalisten)**“ –**IFAU**– erscheinende Organ gleichen Namens. Ferner wurde 1982 regelmäßig die anarchistische Zeitschrift „graswurzel revolution“ verbreitet, die von der seit Oktober 1980 bestehenden „**Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen**“ herausgegeben wird. Im Oktober 1982 fanden sich in **Stuttgart** rund 70 Angehörige dieser „Föderation“ zusammen, um über die weitere Arbeit zu diskutieren. Im September 1982 formierte sich durch den Zusammenschluß mehrerer anarchistischer Gruppen im Rhein-Main-Gebiet eine weitere Gruppierung, die „**Föderation Anarchistischer Initiativen**“ (**FAI**), deren „Koordinierungsstel-

le“ sich in **Karlsruhe** befindet. Daneben werden die „Anarchistische Zeitung Aktion“ sowie die einzige in Baden-Württemberg herausgegebene und in **Reutlingen** erscheinende Zeitung „schwarzer FADEN“ verbreitet.

Alle anarchistisch orientierten Gruppen verfolgen – teilweise mit einem Bekenntnis zur abgestuften Gewaltanwendung – das Ziel, die staatliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland völlig zu beseitigen, um an deren Stelle eine zumeist nicht näher definierte „herrschafts- und gewaltfreie“ Organisation unabhängiger Individuen zu setzen. Dies wird beispielsweise durch eine programmatische Veröffentlichung der 1977 gebildeten FAU verdeutlicht:

„Die Anarcho-Syndikalisten lehnen die Organisierung ihrer Interessen in zentral aufgebauten Parteien und Organisationen ab. . . Zur Durchsetzung ihrer Ziele und Forderungen dienen ihnen die Mittel der ‚direkten Aktion‘, z. B. Fabrikbesetzungen, Boykotts, Streiks etc.

. . . Das Ziel der Anarcho-Syndikalisten ist die herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung gegründete Gesellschaft.

Antistaatlichkeit, Antiparlamentarismus, Antimilitarismus, Förderalismus, direkte Demokratie (Selbstbestimmung), direkte Aktion – das sind die Prinzipien des Anarcho-Syndikalismus.“

Trotz des relativen Aufschwungs aktiver anarchistischer Zirkel im Bundesgebiet blieb deren Bedeutung innerhalb des linksextremistischen Lagers bisher gering. Es ist im übrigen nicht zu übersehen, daß ihr verstärktes öffentliches Auftreten zeitlich mit dem Aktionismus der „neuen Protestbewegung“ zusammenfällt.

4. Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“

4.1 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland“ (MLPD)

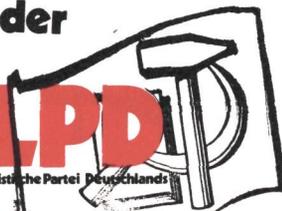
Die seit Jahren die Mehrzahl der Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“ erschütternde Krise hat den 1972 gegründeten „**Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands**“ (KABD) am wenigsten berührt. Nach einer mehr als einjährigen propagandistischen Vorbereitungsphase vollzog er 1982 die Umwandlung in die „**Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands**“ (MLPD). Auf dem unter extremer Abschottung vom 17. bis 20. Juni 1982 in Bochum durchgeführten 1. Parteitag der MLPD wählten die Delegierten die Führungsgremien der neuen Organisation und verabschiedeten das „Grundsatzprogramm“ und das Statut sowie ein

Aus dem KABD geht die MLPD hervor

Eintrittskarte DM 5.-

**Gründungs-
Veranstaltung
der**

MLPD
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands



**21. August 1982
Düsseldorf - Philipshalle
Beginn 14 Uhr**

**„Wer nicht Amboß sein will,
der muß Hammer sein!“**



*Aufruf zur
MLPD-Gründung*

besonderes „Kampfprogramm der MLPD“. Die öffentliche Bekanntgabe der Gründung der MLPD erfolgte indes erst im Rahmen einer gesonderten Veranstaltung am 21. August 1982 in Düsseldorf, an der etwa 2800 Personen teilnahmen.

Auch die MLPD versteht sich als eine kommunistische Kaderorganisation maoistischer Ausrichtung. Ihr erklärtes Ziel ist der „revolutionäre Sturz der Monopolkapitalisten und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“. Die Bereitschaft, zur Erreichung dieses Ziels auch Gewalt anzuwenden, ist wesentliches Element dieser Strategie:

„Wenn ... die Kämpfe einen revolutionären Aufschwung nehmen, muß sich die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei zum bewaffneten Aufstand erheben. Mit dem Sturz des Imperialismus und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates erreicht der Klassenkampf des Proletariats seine höchste Form.“

Wie ihre Vorläuferorganisation bekennt sich die MLPD uneingeschränkt zu den Lehren von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN und MAO ZEDONG. Ihre eindeutig maoistische Orientierung hindert sie freilich nicht daran, die politische Entwicklung der Volksrepublik China nach dem Tode MAOs massiv zu kritisieren. Die Polemik gipfelt in der Behauptung, die „Entartung“ der „Kommunistischen Partei Chinas“ nach MAOs Tod habe zur „Restaurierung des Kapitalismus“ in diesem Lande geführt. Diese angeblichen revisionistischen Tendenzen in der Volksrepublik China können nach Auffassung der MLPD nur durch eine rigorose „Verteidigung der Großen Proletarischen Kulturrevolution“ korrigiert werden. Die etwa 900 Mitglieder des ehemaligen KABD (davon entfielen auf Baden-Württemberg mindestens 350 Personen) sind geschlossen in die neue Vereinigung übergeleitet worden. Damit erlangte die MLPD die Position der mitgliederstärksten Organisation der dogmatischen „Neuen Linken“ im Bundesgebiet wie auch in unserem Lande. Im Jahre 1982 ergaben sich zudem weitere Anhaltspunkte dafür, daß sie in Baden-Württemberg zusätzlich ein relativ breiter und festgefühter Sympathisantenkreis umgibt, der das Mitgliederpotential weit übertrifft:

So beteiligten sich an sechs – vom damals noch bestehenden KABD organisierten – Kundgebungen zum 1. Mai 1982 fast 2000 Personen, davon allein 800 in **Stuttgart**.

Auch die MLPD als Nachfolgeorganisation des KABD verhält sich unverändert konspirativ. Unter anderem erscheinen nach wie vor fast alle von ihr herrührenden Publikationen mit falschem Impressum. Dies deutet darauf hin, daß sie ihrer Ankündigung, sich als „legale Partei“ der Öffentlichkeit zu stellen und dabei auch „nicht unter irgendeinem Deck-

MLPD bekennt sich zum Kommunismus und zur Diktatur des Proletariats

MLPD mitgliederstärkste Gruppe der „Neuen Linken“ im Bundesgebiet

namen, sondern als Parteiorganisation mit voller Namensnennung“ aufzutreten, aus taktischen Gründen allenfalls in begrenztem Umfang zu entsprechen gedenkt.

Die MLPD erklärt es als ihre „zentrale Aufgabe“ alle „Kräfte auf das Industrieproletariat zu konzentrieren“ und eine „systematische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ zu betreiben. Dies versucht sie durch eine aggressive Hetzkampagne gegen die „Monopole“ zu erreichen, denen sie unterstellt, sie wälzten willkürlich die aus der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung resultierenden Lasten mittels eines „umfassenden Programms der sozialen Demontage ... auf die Werktätigen, insbesondere die Arbeiterklasse“ ab.

In diesem Zusammenhang richtete die MLPD scharfe Angriffe gegen die Bundesregierung, der sie vorwirft, ein „volksfeindliches Programm“ zu vertreten und als „Geschäftsführerin der Monopole“ zu fungieren. Mit der Neuwahl des Bundestages am 6. März 1983 solle dem „bereits von den Monopolen vollzogenen Regierungswechsel im Nachhinein ein demokratischer Anstrich gegeben werden“. Im übrigen wird das „bürgerliche Parlament (als) eine Nebelwand zur Verschleierung der Alleinherrschaft der Monopole über die gesamte Gesellschaft“ bezeichnet.

Mit der massiven Kritik an der „kapitalistischen Verfassung der BRD“, der die alleinige Schuld an den aktuellen Wirtschaftsproblemen zugewiesen wird, und dem wiederholten Aufgreifen gewerkschaftlicher Forderungen wie der Einführung der 35-Stunden-Woche versucht die Organisation, ihrem taktischen Hauptanliegen näherzukommen: die Arbeiterklasse „über die Aktionseinheit in kleinen Fragen zur Einheitsfront in allen wesentlichen Fragen“ zusammenzuschließen.

Welch hohen Stellenwert die MLPD der Betriebsarbeit beimißt, ergibt sich nicht zuletzt aus der Verbreitung von immerhin 80 Betriebszeitungen im Bundesgebiet. In Baden-Württemberg erscheinen allein 30 Publikationen, die Mehrzahl davon in Betrieben der Großindustrie. Neben der Betriebsarbeit, deren Hauptzweck in der Gewinnung „werkstätiger Mitglieder“ besteht, gilt das Interesse der MLPD vor allem der Einflußnahme auf die Gewerkschaften.

Seit dem Spätsommer 1982 äußerte sich die MLPD auch verstärkt zu Problemen der Friedensbewegung. Danach will sie sich künftig vermehrt Protestaktionen gegen Rüstungsausgaben und gegen die Stationierung von „US-Raketen“ anschließen, wobei sie „Sitzblockaden gegen Stationierungsorte“ und die „Behinderung von Ausbaumaßnahmen“ zu unterstützen oder zu initiieren beabsichtigt.

Die Gründung der MLPD führte zu organisatorischen Änderungen gegenüber der bisherigen Gliederung des KABD. Anstelle der alten Landesverbände bildete die neue Organisation im Bundesgebiet bisher 11 von 23 vorgesehenen Bezirksverbänden. Diese kleineren Einheiten sind angeblich

MLPD gibt Betriebsarbeit Vorrang

Betriebszeitungen
der MLPD

PROLETARIAT-LIT. VERLAG - LEIPZIG 1982

DER ANTRIEB Dez. 82

VON GETRAG-KOLLEGEN
FÜR GETRAG-KOLLEGEN

SETZBEREITUNG DER Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands MLPD

HOCH-SPANNUNG Extra

25.6.82

WIDERDRUCK 1. Mai 82

Von Kollegen für Kollegen
der Stuttgarter Druckindustrie

Das **Sprachrohr**

„Schreiben kann man Kollegen für wie Kollegen der Arbeit“

MLPD

Das **Gegengewicht!**

Nr. 3/82, 24.10.82

Redaktionsrat der MLPD -
Kommunistische Partei Deutschlands
Postfach 101100, 10110 Berlin

DIE STOSS STANGE

Von Kollegen für Kollegen der Diener - Werkstoffe
Unternehmen, Handlungen, Meinungen, Briefe

12. Auflage

KOLBEN DRUCK

Betriebszeitung für die Kollegen bei MANAG 10. Jg. Nr.1 vom 26.01.83

Roter MLPD Stern

Gründungsorgan der MLPD

Sinkstaut

150 000 gegen
soziale Demontage und Renner
Rechtsblock!

Roter PFAFFIANER

1. Jg. 1. Nr. 1/82

150 000 gegen soziale Demontage und Renner Rechtsblock!

Beginn der Weltwirtschaftskrise

DES ROTEN BANDS 28. Sept. Nummer 4 12. Jahrg.

Geschrieben von Kollegen im Kollegen von Rager

Werksbesetzung bei Videocolor soll vor Gericht!

„für die flexiblere Führung der Kämpfe der Arbeiterklasse“ besser geeignet. In Baden-Württemberg wurden die MLPD-Bezirksverbände Baden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg geschaffen. Der weitere Ausbau der Organisation so wie das Ansteigen der öffentlichen Aktivitäten erforderten im Jahre 1982 erhebliche finanzielle Mittel. Dabei war die MLPD offenbar weitgehend auf Spenden angewiesen. Nach eigener Darstellung flossen ihr auf diese Weise von Januar bis September 1982 fast 1,5 Millionen DM zu. Mit einem Teil dieses Geldes sollen auch weitere Buchläden eingerichtet und das Zentralorgan „Rote Fahne“ (Auflage: 8000) auf

wöchentliches Erscheinen (bisher: 14-tägig) umgestellt werden.

Zur Unterstützung und Durchsetzung ihrer politischen Ziele bedient sich die MLPD mehrerer Nebenorganisationen: des „**Revolutionären Jugendverbandes Deutschlands**“ (RJVD), der „**Kommunistischen Studentengruppen**“ (KSG) und des **Bundes Kommunistischer Intellektueller**“ (BKI). Alle diese Vereinigungen waren von der Neubildung der MLPD organisatorisch nicht berührt.

4.2 „**Kommunistischer Bund Westdeutschland**“ (KBW)

Die krisenhafte Entwicklung, die beim „**Kommunistischen Bund Westdeutschland**“ (KBW), der bis zur Abspaltung einer größeren Fraktion im September 1980 mitgliederstärksten und wirtschaftlich potentesten Organisation der dogmatischen „Neuen Linken“, etwa 1977 eingesetzt hatte, nahm ihren Fortgang. Inzwischen ist ihre politische und finanzielle Handlungsfähigkeit erheblich eingeengt, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß die Partei bundesweit lediglich noch über ein Mitgliederpotential von rund 500 Personen verfügt (1979: 2400; 1981: 900). In Baden-Württemberg ging 1982 die Zahl der Mitglieder von 130 auf 80 zurück. Der KBW räumte inzwischen auch ein, daß sein monatliches Gesamtbeitragsaufkommen sich durch die starken Mitgliederverluste auf etwa 10 000,- DM verringert hat und er sich deshalb die Beschäftigung hauptamtlicher Mitarbeiter nicht mehr leisten kann. Geldknappheit zwang ferner dazu, eine Reihe von örtlichen Parteibüros aufzulösen oder wenigstens zu verkleinern; Ende 1982 betrieb der KBW solche (zum Teil auch anderen linksextremistischen Organisationen zur Verfügung stehende) Büros in Berlin (West), Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, **Karlsruhe**, Köln und **Stuttgart**.

Mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfen auch die wirtschaftlichen Unternehmen des KBW. Der Gesamtverlust dieser Firmen erreichte bereits im ersten Halbjahr 1982 den Betrag von 136 000,- DM. Von dieser Entwicklung besonders betroffen waren der „Buchvertrieb HAGER GmbH“ und die „KÜHL KG“, die bislang unter anderem das Parteiorgan „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ) und die Monatszeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf“ (KuK) hergestellt haben. Da die verkaufte Auflage der KVZ im Jahre 1982 von 5200 auf etwa 3000, die von KuK von 3000 auf 2000 Exemplare zurückging, beschloß die Partei die Einstellung beider Publikationen zum Jahresende 1982 und die Herausgabe einer neuen Monatszeitschrift mit dem Titel „Kommune – Forum für Politik und Ökonomie“ ab 1983.

Die Krise im KBW hatte sich Mitte des Jahres 1982 derart zugespitzt, daß eine außerordentliche Delegiertenkonferenz über die von Parteimitgliedern erhobene Forderung, die Or-

KBW verliert weiter an Bedeutung

ganisation aufzulösen, beraten mußte. Dabei entschieden sich 142 der 161 stimmberechtigten Delegierten für den Fortbestand der Partei und forderten zugleich, der KBW müsse wieder zu einer „auch politisch handelnden Organisation“ werden.

Die organisatorische Gliederung des KBW in 10 Regionalverbände, die sich territorial weitgehend mit den jeweiligen Bundesländern decken, wurde ohne Änderungen beibehalten; Sitz der Organisation ist nach wie vor Frankfurt am Main. Der KBW-Regionalverband Baden-Württemberg umfaßt die Bezirksverbände

Stuttgart/Württemberg

Mannheim/Rheinland-Pfalz

Heidelberg/Neckar-Franken

Karlsruhe/Mittlerer Oberrhein-Nordschwarzwald

Freiburg/Südbaden.

Sitz der Regionalverbandsleitung ist **Stuttgart**.

Auch in Baden-Württemberg war aufgrund des desolaten Zustands der meisten Ortsgruppen und -zellen ein starker Rückgang der öffentlich sichtbaren Parteiarbeit des KBW zu beobachten. Er sah sich häufig nicht mehr in der Lage, ohne Unterstützung durch andere linksextremistische Organisationen überhaupt noch aktiv zu werden.

Die KBW-Hilfsorganisation „**Vereinigung für revolutionäre Volksbildung**“ (**VrV**) trat nur noch vereinzelt publizistisch in Erscheinung.

4.3 „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)

Dem im September 1980 durch Abspaltung vom „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ (KBW) entstandenen „**Bund Westdeutscher Kommunisten**“ (**BWK**) gelang es bisher nicht, sich organisatorisch zu festigen. Bundesweit gehören dem **BWK**, der sich zum Marxismus-Leninismus maoistischer Prägung und zur Gewaltanwendung als Mittel zur Errichtung der „proletarischen Diktatur“ bekennt, derzeit etwa 500 Personen (1981: 570) an. Im Landesverband Baden-Württemberg waren Ende 1982 noch etwa 130 Mitglieder (1981: 150) aktiv.

Trotz einer unverkennbaren Stagnation verzichtete die Organisation nicht gänzlich auf öffentliche Aktivitäten. So beteiligte sie sich als einzige Gruppierung der dogmatischen „Neuen Linken“ mit eigenen Kandidaten an den Landtagswahlen in Niedersachsen und Bayern. Der erzielte Stimmenanteil lag jedoch in beiden Bundesländern erwartungsgemäß unter 0,1 %.

Im Rahmen seiner bereits 1981 begonnenen Bündnispolitik bemühte sich der **BWK** intensiv um eine Verbesserung der Beziehungen zur „Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ – **KPD** – und zu deren Unterorganisation „**VOLKSFRONT** gegen Reaktion, Faschismus und

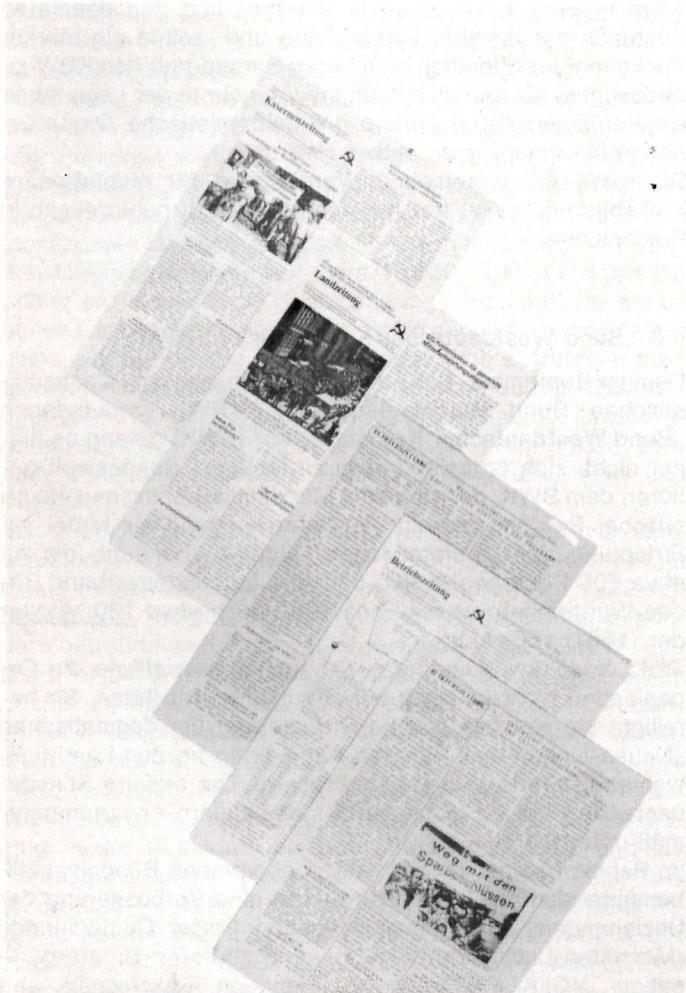
*Tätigkeit des BWK
stagniert*

Krieg“ (VOLKSFRONT). Ein erster sichtbarer Erfolg der sich verstärkenden Zusammenarbeit dieser Organisationen zeigte sich im Juni 1982 in der Unterstützung der „Offenen Liste der KPD zur Hamburger Bürgerschaftswahl“ durch den BWK.

BWK knüpft Kontakte zur KPD

Zu den Agitationsschwerpunkten der Organisation im Jahre 1982 zählte insbesondere eine breit angelegte „Antifaschismuskampagne“; ferner nahm sie sich stärker der Themen „Häuserkampf“ und „Friedensbewegung“ an. Allerdings mußte sie sich dabei im wesentlichen auf Publikationen beschränken.

Die Auflage des von der BWK-eigenen „Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft mbH“ (GNN) vertriebenen und vom „Zentralen Komitee“ (ZK) herausgegebenen Organs „Politische Berichte“ sank freilich von 3000 Exemplaren im Jahre 1981 auf derzeit etwa 1600 Exemplare.



Publikationen des BWK

Daneben verbreitete der BWK weiterhin eine Vielzahl von Branchen- und Betriebszeitungen.

Strukturelle Änderungen an der Organisation wurden 1982 nicht vorgenommen. Der Landesverband Baden-Württemberg mit Sitz in **Mannheim** und einer (zusätzlichen) Geschäftsstelle in **Freiburg** gliedert sich nach wie vor in die 5 Bezirksverbände

Mannheim/Nordbaden-Rheinpfalz

Heilbronn/Neckar-Franken

Freiburg/Südbaden

Ulm/Südwestfalen

Stuttgart/Mittlerer Neckar.

Von den Hilfs- und Nebenorganisationen des BWK machte 1982 nur noch die „**Kommunistische Hochschulgruppe**“ (**KHG**) gelegentlich auf sich aufmerksam, während die „**Ver- einigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Re- servisten**“ (**VRV-SR**) ihre Tätigkeit inzwischen offensichtlich eingestellt hat.

4.4 „**Kommunistische Partei Deutschlands** (**Marxisten-Leninisten**)“ – **KPD** –

*KPD eine der stabilsten
Gruppen*

Die proalbanisch orientierte „**Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)**“ –**KPD** – ist die älteste und – neben der **MLPD** – stabilste Gruppierung der dogmatischen „Neuen Linken“. Sie hat sich verhältnismäßig resistent gegenüber der krisenhaften Entwicklung, von der die Mehrzahl der sogenannten K-Gruppen seit Jahren betroffen ist, erwiesen.

Die Partei bekennt sich zu den Lehren von **MARX**, **ENGELS**, **LENIN** und **STALIN**. Im Jahre 1978 brach sie mit den Theorien **MAO ZEDONGS**; seit dieser Zeit orientiert sie sich ausschließlich an der „Partei der Arbeit Albanien“ (**PAA**).

Wie bereits in den Vorjahren hat die **KPD** auch 1982 keinen Zweifel daran gelassen, daß sie in dem „gewaltsame(n) Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen“ die einzige Möglichkeit sieht, „die Welt des wahren Sozialismus und Kommunismus zu errichten“. In einer im September 1982 gehaltenen Rede aus Anlaß des 15jährigen Bestehens des **KPD-Zentralorgans** „**Roter Morgen**“ unterstrich der 1. Vorsitzende der Partei, **Ernst AUST**, erneut die (verfassungsfeindliche) Zielsetzung der Organisation:

„... Und deswegen sagen wir auch: Wir wollen den Sozialismus... Was wir wollen ist nicht die Herrschaft einer kleinen Minderheit von Kapitalisten, was wir erstreben ist vielmehr die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats...“

umfaßt die drei Landesverbände Nord, Mitte und Süd. Die Partei hat ihren seit Jahren nahezu konstanten Mitgliederbestand von rund 500 Personen auch im Jahre 1982 weitgehend halten können. Dem Landesverband Süd nachgeordnet ist der Landesbezirksverband Baden-Württemberg (Sitz: **Stuttgart**) mit seinen 10 Ortsgruppen und Stützpunkten, in denen unverändert rund 80 Mitglieder organisiert sind.

Zur Unterstützung ihrer Aktivitäten bedient sich die KPD mehrerer bundesweit tätiger Neben- und Hilfsorganisationen:

- „**Kommunistische Jugend Deutschlands**“ (KJD)
- „**Kommunistische Studenten**“ (KS)
- „**Rote Hilfe Deutschlands e. V.**“ (RHD)
- „**Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk**“
- „**VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg**“ (VOLKSFRONT)
- „**Revolutionäre Gewerkschaftsopposition**“ (RGO)
- „**Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e. V.**“ (DAFG)

Diesen Vereinigungen dürften – wie im Vorjahr – in Baden-Württemberg etwa 120 bis 150 Personen, im Bundesgebiet zwischen 1800 und 2300 Anhänger zuzurechnen sein, wobei der größte Teil nach wie vor in der VOLKSFRONT organisiert ist.

Agitationsschwerpunkte der KPD im Jahre 1982 waren der „**Kampf gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit**“, gegen „**Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung**“ und gegen den „**Rüstungswahnsinn**“. Ebenso wie die anderen Organi-

Ernst Aust: Sozialismus hat Zukunft – Seite 7 I H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereint Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 40 vom 8. Oktober 1982 16. Jahrgang 1 DM

Kabinett Kohl/Genscher im Amt

Widerstand gegen Offensive der Reaktion organisieren!

Durch betrügerische Machenschaften, unter völliger Mißachtung des Wähler-Votums von 1980, wurde am Freitag letzter Woche in Bonn die von CDU/CSU und dem ultrarechten Flügel der FDP gebildete Wunschregierung des Großkapitals an die Macht geholt. Und dem Betrug vom 1. Oktober soll offenkundig bald schon ein neuer Betrug folgen.

Erkennt
wöchentlich, freitags

Gegen Machterschleichung in Bonn! – Gegen Rechtskoalition

11.1980 der DEMOKRATEN



Gegen die Wunschregierung des Großkapitals —

die sich in Bonn durch den unerhörten Betrug an den Wählern durch die FDP-Minister die Regierungszustimmung erschlichen hat. Gemonstert in der vergangenen Woche in verschiedenen Gassen der Bundesrepublik viele Tausend Menschen. Sicher standen viele Demonstranten unter sozialdemokratischem Einfluß. Aber es brachen auch viele Kollegen und Gewerkschafter, die absolut keine Schein-Anhänger sind, ihren Protest gegen die politische Machtübernahme der Ultrarechts-Koalition zum Ausdruck und erklärten ihre Kampfbereitschaft gegen die sich abzeichnenden noch härteren Angriffe auf die Rechte und die Lebenslöhne der Werktätigen.

Erklärung des ZK der KPD zum Regierungswechsel in Bonn

Schlagzeilen des KPD-Zentralorgans

sationen der dogmatischen „**Neuen Linken**“ verurteilte auch die KPD in einer Erklärung ihres Zentralkomitees (ZK) den Regierungswechsel in Bonn als „**Machtantritt der schwärzesten Reaktion**“. Sie forderte daher, über „**alle Grenzen von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung hinweg**“, die

Volksfront kämpft vergeblich gegen Resignation der Mitglieder

Schaffung einer einheitlichen und breiten „Kampffront gegen die Offensive des Großkapitals und seiner Bonner Regierung!“

Die im Oktober 1979 in Dortmund gegründete „**VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg**“ (**VOLKSFRONT**) – bis Anfang 1982 unter dem Namen „**VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg**, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“ aktiv – konnte der weiter zunehmenden Stagnation in der Organisationsarbeit, die sich nach der empfindlichen Niederlage bei der Bundestagswahl 1980 breitgemacht hatte, nichts Entscheidendes entgegenzusetzen.

4.5 Sonstige Organisationen der „Neuen Linken“

Übrige Gruppen der „Neuen Linken“ bleiben weitgehend ohne Einfluß

Andere überregional tätige Gruppierungen der dogmatischen „Neuen Linken“ waren 1982 nicht in der Lage, ihre organisatorische und politische Basis in Baden-Württemberg zu verbreitern.

– Trotz erkennbarer Bemühungen gelang es dem noch etwa 500 Mitglieder (1980: 600) starken „**Kommunistischen Bund**“ (**KB**), dessen Aktivitäten sich nach wie vor auf den norddeutschen Raum konzentrieren, nicht, seinen Anhängerstamm in Baden-Württemberg zu vergrößern. Seine 20 bis 25 Mitglieder sind in den fünf Stützpunkten **Stuttgart, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe** und **Baden-Baden** organisiert. Die Aktivitäten des KB erschöpften sich weitgehend in der Verbreitung von Publikationen und in der Mitarbeit in verschiedenen Aktionsbündnissen.

– Die im Bundesgebiet nur wenige Mitglieder zählende „**Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (Neue Einheit)**“ – **KPD/ML (Neue Einheit)** – trat lediglich durch sporadisches Verteilen von Flugschriften in Erscheinung.

– Auch die Entwicklung der 1969 gegründeten trotzkistischen „**Gruppe Internationale Marxisten**“ (**GIM**) ist weiter rückläufig. Sie verfügt im Bundesgebiet nur noch über etwa 200 Mitglieder (1980: 300), davon sind rund 50 (1981: 70) in Baden-Württemberg aktiv. Die finanzielle Lage der Organisation hat sich zudem derart verschlechtert, daß die GIM sich genötigt sah, auf die Beschäftigung hauptamtlicher Mitarbeiter in ihrer Zentrale zu verzichten.

– Die übrigen Vereinigungen des organisierten Trotzkismus – die „**Trotzkistische Liga Deutschlands**“ (**TLD**), der „**Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)**“, die „**Sozialistische Arbeitergruppe**“ (**SAG**), die „**Internationale Kommunistische Partei**“ (**IKP**), die „**Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation**“ (**ISA**) sowie die „**Sozialistische Liga**“ – waren nicht in der Lage, ihre Aktivität in Baden-Württemberg auszuweiten. Die „**Kommunistische Liga**“ (**KL**) beschloß auf ihrer 3. Bun-

deskonferenz am 12. Juni 1982 in Frankfurt am Main ihre Auflösung, während der „Spartacusbund“ offensichtlich seine Aktivitäten ohne förmlichen Beschluß eingestellt hat.

5. Organisation der „Alten Linken“

5.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

5.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Der sowjetisch orientierte Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland wird von der im Jahre 1968 gegründeten „**Deutschen Kommunistischen Partei**“ (DKP) mit ihrem Geflecht von Neben-, Hilfs- und Tarnorganisationen repräsentiert. Ohne die geringsten Abstriche ordnet sie sich bedingungslos den vorgegebenen ideologischen und politischen Leitlinien der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) und der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) unter. Die DKP hat nach Äußerungen ihres Parteivorsitzenden Herbert MIES im Gegenteil

DKP ordnet sich bedingungslos der KPdSU unter

„nie ein Hehl aus ihrer prinzipiellen, in der gemeinsamen Weltanschauung und dem gemeinsamen sozialistischen Ziel begründeten Solidarität mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern ebenso wie mit den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder und den sozialistischen und antiimperialistischen Kräften der Entwicklungsländer gemacht“.

In einem Nachruf auf den am 10. November 1982 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, Leonid BRESHNEW, bekräftigte die DKP zum wiederholten Mal ihre absolute Linientreue:

„... Wir Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland versichern an der Bahre dieses großen Kämpfers und Revolutionärs, der sich um die schöpferische Weiterentwicklung der Lehren von MARX, ENGELS und LENIN durch zahlreiche Beiträge zur Theorie und Praxis der Kommunisten, zur Strategie und Taktik ihres Kampfes verdient gemacht hat: Wir werden in seinem Sinne weiterwirken, den Kampf für Frieden, Freiheit und Sozialismus fortsetzen...“

Die strenge Anbindung an die sowjetische Führungsmacht ließ innerhalb der DKP auch 1982 keinerlei Raum für eigenständige Positionen. Das Bekenntnis zum „proletarischen Internationalismus“, also die „unverrückbare“ Zugehörigkeit

DKP versteht sich als „revolutionäre Partei“

der Partei zu der von Moskau gesteuerten kommunistischen Weltbewegung, führte zwar in den vergangenen Jahren gelegentlich zu Spannungen mit einigen eurokommunistisch ausgerichteten Parteien in Westeuropa, machte aber die DKP zugleich zu einer der verlässlichsten „Bruderparteien“. Das 1978 von der DKP verabschiedete Programm ist seitdem die politische Basis für ihre langfristigen Zielvorstellungen wie auch für die aktuellen Angriffsziele. Danach versteht sie sich als „revolutionäre Partei“, deren Hauptaufgabe zunächst darin besteht, „das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte zu verändern und eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ herbeizuführen. Erst das Erreichen dieser Etappe, wofür sämtliche Propagandamittel einzusetzen sind und jedwede Chance zur Bildung sogenannter Aktions-einheiten mit gemäßigten Gruppen zu nutzen ist, schafft nach Meinung der DKP die Voraussetzungen dafür, die „revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse“ anzugehen. So zeigt sich die Partei aus taktischen Gründen zwar besorgt über die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland; in Wirklichkeit kommen ihr alle aus dieser Situation erwachsenden Probleme gelegen, da sie sich davon eine Verschlechterung der sozialen Bedingungen und damit auch ein Aufleben des nach ihrer Vorstellung unerläßlichen „harten Klassenkampfes“ verspricht, der schließlich zur „Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse“, dem eigentlichen Fernziel führen soll.

DKP-Mitglieder zeigen sich militanter

Die DKP versuchte jahrelang mit ihrem vordergründigen Bekenntnis, sie stehe „auf dem Boden des Grundgesetzes“, und der Distanzierung von militanten Aktionen der „Neuen Linken“ den Eindruck zu erwecken, sie verfolge ihre Ziele ausschließlich mit legalen Mitteln und lehne Gewaltanwendung ab. Zumindest seit 1979 zeigen sich aber Angehörige der DKP und ihrer Nebenorganisationen bei eigenen Aktionen erkennbar militanter und beteiligen sich auch vermehrt an rechtswidrigen Aktivitäten anderer Gruppen. Die Partei scheut sich inzwischen auch nicht mehr, sich zu dieser Taktikänderung offen zu bekennen und sie zu rechtfertigen. So bewertet sie rechtswidrige Handlungen bei Hausbesetzungen oder bei Aktionen gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens als notwendige und legitime Kampfformen zur Durchsetzung „demokratischer und sozialer Rechte“. Unmißverständlich vertraten führende DKP-Funktionäre wiederholt die Auffassung, daß Formen und Ausmaß der Gewaltanwendung davon abhängen, ob sie die Bewegung fördern und neue Kräfte mobilisieren oder nicht. Im Parteiorgan „UNSERE ZEIT“ (UZ) vom 31. März 1982 wurde hierzu bemerkt:

„... Für uns Marxisten bedeutet ‚Gewalt‘ einfach ‚Ausübung von Druck‘. Sie ist in diesem Sinne ein spezifi-

sches Mittel zur Durchsetzung von Klasseninteressen. Je nach Ziel und Inhalt der Gewaltausübung gibt es reaktionäre und fortschrittliche Gewalt. Zugleich gibt es friedliche und nichtfriedliche Formen der Gewalt. . .“

Der Vorsitzende der DKP, Herbert MIES, hatte bereits 1981 in einer Grundsatzrede die Bereitschaft seiner Partei, in bestimmten Situationen auch Gewalt anzuwenden, in einer bis dahin nicht gekannten Offenheit bekräftigt:

„Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Wo Macht vor Recht geht, da muß man sich gegen die Macht des Unrechts wehren. Wo praktiziertes Notstandsgesetz das Grundgesetz beugt, da sollte man in der Antwort darauf und in der Wahl demokratischer Gegenaktionen genauso wenig pingelig sein, wie es ADENAUER im Kampf gegen die Demokratie war. Da fragt man nicht lange: Darf man das? Da sollte man in der Tat Demokratie wagen.“

5.1.2 Organisation, Mitgliederentwicklung und Finanzierung

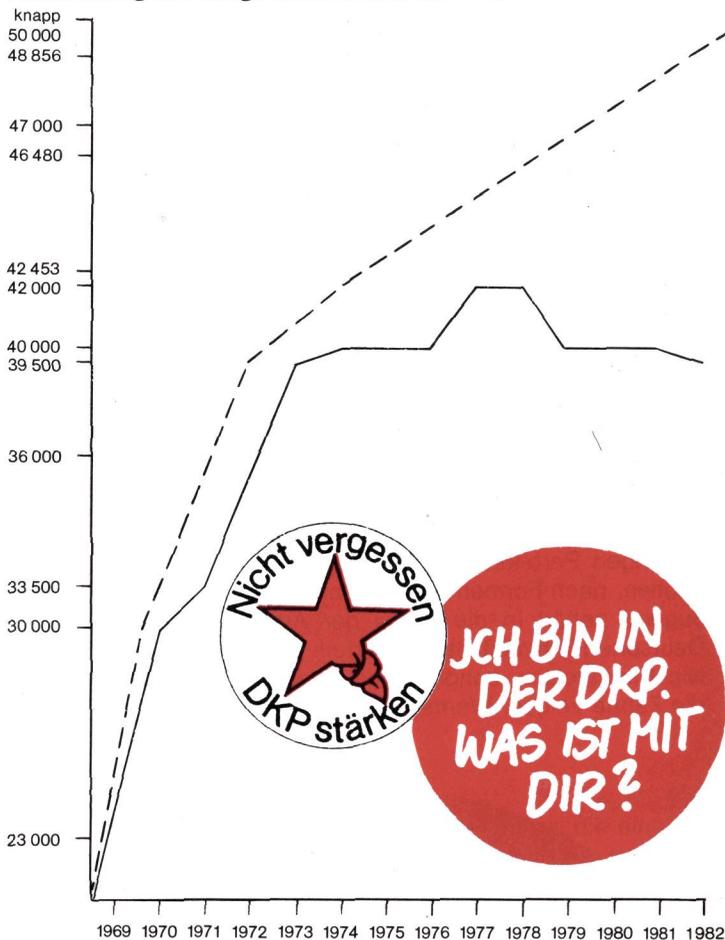
Seit ihrer „Neukonstituierung“ am 26. September 1968 in Frankfurt am Main ist die DKP bemüht, zu einer „Massenpartei“ zu werden. Zunächst vollzog sich die organisatorische Ausweitung auch außerordentlich rasch, weil sich die neue Partei auf die illegalen Kader stützen konnte, die sich nach dem Verbot der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 gebildet hatten. Die bundesweit noch bestehenden Organisationsreste bildeten den Grundstock der DKP. Dies hat dazu beigetragen, daß sich die Partei in wenigen Jahren zur stärksten linksextremistischen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte, wengleich der weiter erhoffte Mitgliederzuwachs sich seit einigen Jahren deutlich abgeschwächt hat.

Zwar behauptet die DKP-Führung noch immer, die Partei wachse stetig, doch entspricht dies nicht mehr der tatsächlichen Entwicklung (siehe grafische Darstellung).

Auch 1982 ging die Partei von dieser Darstellung nicht ab und wies einen neuerlichen Zuwachs von angeblich 1150 Mitgliedern aus. Der Parteivorsitzende Herbert MIES bezifferte im Oktober 1982 in Düsseldorf die Mitgliederstärke der DKP mit „nahezu 50 000 Kommunisten“ (im Jahre 1981 war die Gesamtzahl noch mit 48 856 Personen angegeben worden). Allein anläßlich des UZ-Pressfestes, das in der Zeit vom 18. bis 20. Juni 1982 in Duisburg veranstaltet wurde, sollen mehr als 300 neue Mitglieder gewonnen worden sein. Nach internen Informationen aus verschiedenen Parteigliederungen erfüllte aber der Ende 1982 zum Abschluß gebrachte Mitgliederwettbewerb mit Sicherheit nicht die ur-

*DKP bleibt stärkste
linksextremistische
Organisation*

Entwicklung des Mitgliederstandes der DKP



Zeichenerklärung: von den Verfassungsschutzbehörden geschätzt: —————
nach eigenen Angaben der Partei: - - - - -

sprünglichen Erwartungen der Parteiführung. Mit der Neu-
ausgabe von Mitgliedsbüchern, die im Januar 1983 beendet
sein wird, erhofft sich die DKP neue Impulse zur „politi-
schen, ideologischen und organisatorischen Stärkung der
Partei“; freilich dürfte diese Aktion – wie schon früher –
durch das Ausscheiden nicht mehr aktiver Mitglieder zu ei-
ner weiteren Bestandsminderung führen. Nach zuverlässi-
gen Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden sind die neue-
sten offiziellen Angaben über die Mitgliederzahl der DKP
denn auch deutlich überhöht: Die Partei hat 1982 insgesam-
t sogar Mitglieder verloren, so daß sie erstmals seit Jahren
wieder unter die Marke von 40 000 organisierten Angehöri-
gen abgesunken ist.

Der Mitgliederrückgang ist auch deshalb bemerkenswert,
weil die Partei seit einiger Zeit mit einer aufwendigen Propa-

*Erstmals leichter Mit-
gliederrückgang für die
Partei*

gandakampagne versucht, aus den anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der damit einhergehenden hohen Arbeitslosigkeit Nutzen zu ziehen. Gerade durch die politische Beeinflussung von Jugendlichen und Schülern verspricht sich die DKP neue Anhänger für die Partei:

„OHNE ARBEIT GEHT'S KAPUTT.

Hauptschüler beißen die Hunde.

Ausbildungsplatz Glückssache.

Abiturienten wollen die letzte Klasse dreimal machen.

Weder Ausbildungs- noch Studienplatz in Aussicht. Hat

man dennoch studiert, liegt man auf der Straße. 30 000

Lehrer zum Beispiel.

Was ist das für ein System, das die Jugend auf den Müll

wirft? Muß man dieses System bekämpfen, für ein ande-

res eintreten? Für den Sozialismus? In der DDR hat ge-

wiß nicht jeder Jugendliche seinen, aber jeder einen Aus-

bildungsplatz und Arbeitslosigkeit ist dort ein Fremdwort.

Junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten, die

das kapitalistische System satt haben, die von den kapita-

lalthörigen Parteien angeekelt sind, die nach Solidarität

suchen, nach Formen des aktiven Widerstandes – diese

Jugend gehört in die Partei der Arbeiterklasse, in die

Deutsche Kommunistische Partei!

Nicht aussteigen, sondern einsteigen und denen da oben

die Zähne zeigen. Werde Genosse in der DKP!“



Werbeparole der DKP

Die in 12 Bezirksorganisationen gegliederte DKP wird vom Parteivorstand in Düsseldorf straff geführt. Die für Baden-Württemberg zuständige DKP-Bezirksorganisation in **Stuttgart** leitet unverändert 23 Kreisorganisationen an:



Schritt- macher

... Weil
Du auch ein
Arbeiter bist –
Werde
Mitglied in der
DKP!

WETTBEWERBS-INFO DER DKP BADEN-WÜRTTEMBERG

WETTBEWERBSERGEBNISSE AUGUST '82

STAND IN DER 3. ETAPPE zusammengezeichnet:

* SPITZENREITER!! *

- * 1. ORTENAU 103,51 Punkte *
- * 2. ULM-ALB-DONAU 102,23 Punkte *
- * 3. NECKAR-FILS 89,95 Punkte *

weitere Reihenfolge der Kreise:

- 4. Heilbronn
- 5. Karlsruhe
- 6. Baden-Baden/R.
- 7. Freiburg
- 8. Ludwigsburg
- 9. Emmendingen
- 10. Stuttgart
- 11. Mannheim
- 12. Heidenheim
- 13. Tuttlingen
- 14. Bodensee-Hochrh.
- 15. Nordschwarzwald
- 16. Rottweil
- 17. Lörrach-Waldshut
- 18. Tübingen
- 19. Oberschwaben
- 20. Heide/berg
- 21. Rems-Murr
- 22. Reutlingen
- 23. Schwäbisch Hall

Übersicht über DKP-
Kreisorganisationen

Diesen 23 Parteigliederungen auf Kreisebene, die eine sehr unterschiedliche Mitgliederstärke aufweisen, sind 161 Grundeinheiten nachgeordnet:

Zahl der Grundeinheiten der DKP in Baden-Württemberg (Zahlen in Klammern: Stand 1981)

Wohngebiets- gruppen	Betriebs- gruppen	Hochschul- gruppen
110 (99)	40 (31)	11 (13)

Gegenüber 1981 konnte sich die DKP in Baden-Württemberg hiernach zwar organisatorisch weiter ausdehnen; eine Erhöhung der Mitgliederzahl war damit allerdings nicht verbunden. Bei den neuen Gruppen handelt es sich entweder um Neugründungen oder um solche, die durch Aufteilung von mitgliederstarken und flächenmäßig großen Grundeinheiten gebildet worden sind. So blieb das Mitgliederpotential der DKP in Baden-Württemberg im Vergleich zum Vorjahr mit etwa 2750 Angehörigen praktisch unverändert.

Die orthodoxen Kommunisten sind seit Jahren auf erhebliche finanzielle Zuwendungen aus der DDR angewiesen, da eine Finanzierung

- des umfangreichen Parteiapparates mit vielen hauptamtlichen Funktionären und Mitarbeitern,
- der weiter wachsenden Reisetätigkeit führender Funktionäre im Inland, in die DDR sowie ins Ausland,
- der bei keiner anderen linksextremistischen Organisation festzustellenden aufwendigen Propagandatätigkeit,
- der beträchtlichen Wahlkampfkosten, die anlässlich von Bundestags-, Landtags-, Bürgerschafts- und Kommunalwahlen entstanden,
- der zahlreichen Großveranstaltungen und zentralen Kundgebungen

aus eigenen Mitteln (1982 angeblich über 15 Millionen DM) auch nicht annähernd zu bewerkstelligen ist. Wiederholte Behauptungen der Partei, sie erhalte keinerlei Zuwendungen von dritter Seite, sind unrichtig. Vielmehr liegen zuverlässige Anhaltspunkte dafür vor, daß der DKP im Jahre 1982 teils unmittelbar, teils auf indirektem Wege finanzielle Mittel in Höhe von etwa 60 Millionen DM von der DDR zugewendet worden sind.

Weiterhin hohe finanzielle Zuwendungen aus der DDR

5.1.3 Publikationswesen und Schulung

Die DKP stützt sich auf ein über Jahre hinweg aufgebautes breitgefächertes Pressewesen. Das wichtigste Publikationsmittel ist das seit 1969 erscheinende Parteiorgan „UNSERE ZEIT“ (UZ). Trotz intensiver Werbekampagnen sanken aller-

Zahl der DKP-Kleinzeitungen in Baden-Württemberg (Zahlen in Klammern: Stand 1981)		
Orts- und Stadt- zeitungen	Betriebs- zeitungen	Hochschul- zeitungen
33 (46)	33 (28)	7 (7)

dings die UZ-Auflage seit 1980 auf nunmehr täglich etwa 25 000 (1980: ca. 30 000), die Auflage der Wochenendausgabe auf etwa 50 000 (1980: 60 000) Exemplare ab.

Ferner gibt der Parteivorstand der DKP

- die Zweimonatszeitschrift „Marxistische Blätter“
- die Zeitschrift „praxis“
- den „DKP-infodienst“ und
- die „DKP-landrevue“

heraus. Auf regionaler Ebene verbreitet der DKP-Bezirksvorstand Baden-Württemberg

- den „Schrittmacher“ - Wettbewerbs-Info der DKP Baden-Württemberg

- den „PRESSESPiegel DKP BADEN-WÜRTTEMBERG“
- das „DKP-INFO für Arbeiter und Angestellte“ und
- die Publikation „DKP – das argument“.

Die DKP legt – wie alle kommunistischen Parteien – großen Wert auf die Schulung ihrer Mitglieder und Funktionäre, um deren „politisch ideologisches Niveau“ stetig anzuheben. In dem Beschluß des Präsidiums des Parteivorstandes zum Bildungsjahr 1982/83 heißt es hierzu:

„... Stärker denn je sind wir Kommunisten gefordert, die Stimme der Wahrheit zu erheben! Schneller denn je müssen wir uns Durchblick verschaffen! Umfassender denn je müssen wir uns mit den Grundlagen gesellschaftlicher Prozesse und Entwicklungen vertraut machen...“

Die „Bildungsarbeit“ der DKP beginnt auf örtlicher Ebene mit der regelmäßigen Durchführung von Bildungsabenden. Diese eher allgemein gehaltene Schulung bezeichnet die Partei als eine „der wichtigsten organisationspolitischen Aufgaben“ der Grundeinheit. Im Jahre 1982 sind hierbei Themen wie „Grundsätze kommunistischer Bündnispolitik in demokratischen Bewegungen“ oder „Reallohnverlust, Massenarbeitslosigkeit und ihre Ursachen. Zu Fragen der marxistischen Mehrwertslehre“ behandelt worden.

Auf der Ebene der Bezirksorganisation sind zusätzlich sogenannte Zirkel zum Studium der THÄLMANN-Biographie und einjährige Kurse im Rahmen der „Marxistischen Betriebsarbeiterschulen“ eingerichtet worden. Einen Großteil der parteiinternen Bildungsarbeit übernimmt seit Jahren die überregional organisierte „Marxistische Arbeiterbildung“ (MAB). Ihre etwa hundert örtlichen Bildungsgemeinschaften vermitteln in „Abendschulen“ zahlreiche Themenkomplexe aus orthodox-kommunistischer Sicht. Besondere Aufmerksamkeit wird der Schulung bewährter Mitglieder und Funktionäre gewidmet. Ihnen werden Kurse bis zu einem Jahr Dauer an folgenden Schulungsstätten angeboten:

- „Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.“ (IMSF) in Frankfurt am Main
- „Karl-Liebknecht-Schule“ der DKP in Leverkusen
- „Friedrich-Engels-Zentrum“ in Wuppertal
- SED-Parteischule „Franz Mehring“ in Berlin-Ost
- „Institut für Gesellschaftswissenschaften“ beim Zentralkomitee der KPdSU in Moskau.

5.1.4 Verlage und Druckereien

Die DKP stützt sich seit Jahren auf eine große Zahl von Verlagen und Buchhandlungen, die ihr eng verbunden sind. Eine herausragende Rolle kommt hierbei der im Jahre 1969 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“ zu, die ihren Sitz in Hamburg hat. Ihr gehören 18 Verlage oder verlagsähnli-

DKP stützt sich auf breite Palette von Verlagen und Druckereien

Karl-Liebnecht-Schule der DKP

Am Stadtpark 68, 5090 Leverkusen 1

Telefon (02 14) 4 54 18



che Einrichtungen sowie 35 „collectiv“-Buchhandlungen an. Vorsitzender dieser Arbeitsgemeinschaft ist ein Mitglied des Parteivorstands der DKP. Die überwiegend in Hochschulen eingerichteten und von DKP-Mitgliedern geleiteten „collectiv“-Buchhandlungen leisten – so wird in der DKP-Zeitschrift „praxis“ betont – in der „ideologischen Unterstützung der praktischen Öffentlichkeits- und Massenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte einen wichtigen Beitrag“ und bieten mit ihrem breitgefächerten Angebot an Büchern, Zeitschriften, Zeitungen und Schallplatten „eine große Anzahl guter Waffen im ideologischen Kampf“.

Die Produktion der Verlage ist vorrangig auf die einzelnen „Kampffelder“ der Partei ausgerichtet und deckt diese auch weitgehend ab. Bei der „Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH“ in Neuss, die als „Hausdruckerei“ der Partei gelten kann, erscheinen das DKP-Zentralorgan „UNSERE ZEIT“ (UZ), ferner die „Deutsche Volkszeitung“ (Sprachrohr der „Deutschen Friedens-Union“ –DFU–) sowie „die tat“ (Organ der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ –VVN-BdA–). Zu nennen sind weiter der „Verlag Marxistische Blätter“ in Frankfurt am Main, bei dem das zweimonatlich erscheinende theoretische Organ der DKP „Marxistische Blätter“ (Auflage: über 7000 Exemplare) gedruckt wird, sowie der „Pahl-Rugenstein-Verlag“ in Köln, der unter anderem die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ (Auflage: 16 000) herausgibt und zahlreiche Kommunisten und Funktionäre kommunistisch beeinflusster Organisationen zu seinen Autoren zählt.

5.1.5 Beteiligung an Wahlen

Stimmenverluste der DKP bei Wahlen

Für die DKP sind Wahlen ein „unverzichtbarer Bestandteil des Kampfes um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“. Deshalb hat sich die Partei auch 1982 wieder an mehreren Landtags-, Bürgerschafts- und Bürgermeisterwahlen beteiligt. Die teilweise empfindlichen Stimmeneinbußen unterstreichen freilich den anhaltenden Resonanzverlust der DKP bei der Bevölkerung. Der Parteivorstand führt diese Mißerfolge überwiegend auf die „antikommunistische Hetze“ und ferner auf die „undemokratische Fünfprozentklausel“ zurück. Diese „Hürden“ verdecken nach Ansicht der Partei das „nicht geringe Ansehen von Mitgliedern der DKP im Betrieb und im Wohngebiet, in den Bürgerinitiativen und den demokratischen Bewegungen“.

Ergebnisse der Landtags- und Bürgerschaftswahlen im Jahre 1982

Am 21. März 1982 in Niedersachsen

Ergebnis: 11 591 Stimmen = 0,3 %
1978: 12 700 Stimmen = 0,3 %

am 6. Juni 1982 in Hamburg

Ergebnis: 5 546 Stimmen = 0,6 %
1978: 9 373 Stimmen = 1,0 %

am 26. September 1982 in Hessen

Ergebnis: 12 619 Stimmen = 0,4 %
1978: 14 531 Stimmen = 0,4 %

am 10. Oktober 1982 in Bayern

Ergebnis: 22 401 Stimmen = 0,2 %
1978: 33 182 Stimmen = 0,3 %

am 19. Dezember 1982 in Hamburg

Ergebnis: 3 888 Stimmen = 0,4 %

Mit wachsendem propagandistischem Aufwand kandidiert die DKP inzwischen häufiger bei Bürgermeisterwahlen. Hier hofft sie, besser als bei überregionalen Wahlen abzuschneiden. Bei einigen Wahlen konnte sie auch im örtlichen Bereich ihren sonstigen Stimmenanteil übertreffen:

– Bürgermeisterwahl in **Markgröningen**

am 21. März 1982

Ergebnis: 772 Stimmen = 16,7 %

– Oberbürgermeisterwahl in **Tübingen**

am 3. Oktober 1982

Ergebnis: 867 Stimmen = 3,4 %

- Oberbürgermeisterwahl in **Freiburg**
- 1. Wahlgang am 3. Oktober 1982
- Ergebnis:** 378 Stimmen = 0,5 %
- 2. Wahlgang am 17. Oktober 1982
- Ergebnis:** 285 Stimmen = 0,4 %
- Oberbürgermeisterwahl in **Stuttgart**
- am 7. November 1982
- Ergebnis:** 860 Stimmen = 0,4 %
- Oberbürgermeisterwahl in **Kirchheim /Teck**
- am 7. November 1982
- Ergebnis:** 1154 Stimmen = 8,4 %



Wahlplakat der DKP

Die Partei verweist demgemäß auch immer wieder auf ihre Mandatsgewinne auf kommunaler Ebene, die sie bis Ende 1982 erzielen konnte. Nach eigenen Angaben üben derzeit bundesweit immerhin „103 Genossinnen und Genossen“ Mandate in Gemeinde- und Stadträten sowie in Kreistagen aus. In Baden-Württemberg verfügt die DKP in drei Gemeindeparlamenten über insgesamt sechs Mandate, und zwar in

Tübingen (drei Mandate),
Heidenheim (zwei Mandate) und
Mannheim (ein Mandat);

sie nimmt außerdem in den Kreistagen **Tübingen** und **Esslingen/Neckar** je einen Sitz ein.

Die Beteiligung der DKP an den Wahlen zu Parlamenten der verschiedenen Ebenen darf freilich keineswegs als Zustimmung zu wesentlichen Elementen unserer parlamentarischen Demokratie gewertet werden. Die Partei sieht darin vielmehr eine Möglichkeit der Selbstdarstellung, die es zu nutzen gilt.

5.1.6 Schwerpunkte der Agitation

Örtliche Aktivitäten

Die DKP behauptet, auch im Jahre 1982 wieder „Organisator vieler Aktionen und Bewegungen“ gewesen zu sein. Insbesondere habe sie vielfältige Initiativen „in der Sphäre der Verteidigung sozial-, bildungs- und kommunalpolitischer sowie ökologischer Interessen“ entwickelt. In der Tat war die Partei auf lokaler Ebene, allerdings mit nur mäßigem Erfolg, bestrebt, als Vertreterin der „Gesamtinteressen der Arbeiterklasse“ tatsächliche oder vorgebliche politische, wirtschaftliche oder soziale Probleme aufzugreifen. So erhob sie Einwendungen gegen Entwürfe kommunaler Haushaltsatzungen, polemisierte gegen städtische Fahrpreiserhöhungen, kritisierte Sanierungsvorhaben, „entdeckte“ angebliche Fehlplanungen bei neuen Trassenführungen und solidarisierte sich mit Hausbesetzern.

Überregionale Aktivitäten

Kampagne gegen NATO-Doppelbeschluß im Mittelpunkt der DKP- Aktivitäten

Eindeutig im Mittelpunkt der bundesweit betriebenen Aktivitäten stand im Jahre 1982 die Kampagne gegen den sogenannten NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979. Die DKP versuchte damit vor allem, die demokratischen Kräfte in der Friedensbewegung zu beeinflussen und in entscheidenden Situationen die Führung an sich zu reißen. Wieviel der Partei daran gelegen ist, diese Infiltrationsbestrebungen voranzutreiben, zeigt einmal mehr eine Erklärung des Parteivorsitzenden MIES vom Februar 1982:

„... Deshalb setzen wir unsere ganze Kraft für die Fortsetzung der Unterschriftensammlung unter den ‚Krefelder Appell‘ und für die Verwirklichung der vom 2. Forum der Krefelder Initiative gegebenen Aktionshinweise ein. Deshalb werden wir all unsere Kraft für die Entwicklung, Festigung und Verbreitung der vielen Hunderte von örtlichen und regionalen Friedensinitiativen einsetzen und aktiv an den Initiativen und Bemühungen des ‚Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit‘ teilhaben. Deshalb werden wir in der vordersten Reihe die diesjährigen Ostermärsche vorbereiten. Und deshalb wenden wir uns nicht nur diesen Aktionen zu, sondern schauen schon jetzt auf den 1. September, kurz gesagt, auf die Friedensaktivitäten, -initiativen und -aktionen dieses Jahres...“

In Erfüllung dieses Auftrags führten die DKP und ihre Neben- und Hilfsorganisationen zahlreiche eigene „Friedensdemonstrationen“ durch oder beteiligten sich an lokalen, regionalen und bundesweiten Veranstaltungen dritter Organisationen sowie an sonstigen Friedensinitiativen und Friedenswochen. Die Partei war ersichtlich bemüht, die Dynamik

des Protestes gegen weitere Rüstungsanstrengungen unter allen Umständen zu erhalten und für sich zu nutzen. Bei der Durchführung der Ostermärsche im Jahre 1982 spielte das DKP-beeinflußte „**Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit**“ (**KFAZ**) eine wesentliche Rolle. Den kommunistischen Hintergrund vermochten freilich nur wenige unter den tausenden von engagierten Teilnehmern zu erkennen. Andererseits beteiligte sich die DKP – selbst offen auftretend – zusammen mit anderen linksextremistischen Gruppierungen an einer massiven Protestkampagne gegen den Besuch des US-Präsidenten REAGAN am 10. Juni 1982 in Bonn. An der schließlich von gemäßigten Gruppen angemeldeten Demonstration und Kundgebung nahmen auch zahlreiche Angehörige politisch extremer Vereinigungen teil. Ferner wirkte die DKP maßgeblich mit beim Zustandekommen der Großveranstaltung „Künstler für den Frieden“ am 11. September 1982 in Bochum.

Auch der DKP-Bezirksvorstand Baden-Württemberg hatte in seinem Bereich die Mitglieder aufgefordert, trotz „relativ hoher Kosten“ nach Bochum zu fahren, da eine schwache Beteiligung zu einem „gefährlichen Rückschlag für die KREFELDER INITIATIVE und damit für die Friedensbewegung“ führen könnte.

Insgesamt scheint die DKP weniger vom Ausmaß ihrer eigenen Einflußnahme auf die Friedensbewegung als vielmehr vom Verlauf des „Friedenskampfes“ im ganzen befriedigt zu sein. Die von ihr in diesem Zusammenhang angegebenen Zahlen sind allerdings überhöht, etwa wenn sie behauptet, bis Ende 1982 sei der „Krefelder Appell“ von mehr als 3 Millionen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden.



Parolen ge
NATO-Dop,

Daneben hofft die DKP – und dies stellte einen weiteren Agitationsschwerpunkt dar –, aufgrund der schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Lage leichter als bisher „Werktä-

DKP nutzt aktuelle wirtschaftliche Schwierigkeiten für ihre Agitation

Weiter Polemik gegen die Überprüfung der Verfassungstreue

SDAJ unterstützt DKP bedingungslos

gen den
pelbeschluß

tige“ ansprechen und mittels vordergründiger Parolen und Versprechungen für ihre Nahziele gewinnen zu können. Dabei versuchte sie nicht ohne ein gewisses taktisches Geschick, sowohl die staatliche Sparpolitik als auch die unter bestimmten Voraussetzungen ins Auge gefaßte NATO-Nachrüstung gegen die wachsende Zahl der Arbeitslosen auszuspielen. Das Motto „Wehrt Euch! Gegen Rotstift und Raketen! Für Arbeitsplätze!“ verdeutlicht den agitatorischen Ansatz der DKP. Nach Bildung der neuen Bundesregierung verstärkte die Partei die Kampagne gegen den angeblichen „sozialpolitischen Kahlschlag“ und forderte dazu auf, die „antisozialen Kräfte, die die einseitige Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten betreiben“, zu bekämpfen.

Die von der DKP und vor allem von der „**Deutschen Friedens-Union**“ (DFU) seit 1972 betriebene Kampagne gegen die sogenannten Berufsverbote wurde im Jahre 1982 unvermindert fortgesetzt. Verunglimpfungen von Mitgliedern der Landesregierung sowie von Bediensteten einzelner Oberschulämter waren mehr oder weniger an der Tagesordnung. Im Mittelpunkt der kommunistischen Agitation im Lande stand die Entlassung eines **Nagolder** Lehrers aus dem Schuldienst, die vom Disziplinarsenat beim Disziplinarhof Baden-Württemberg am 25. November 1982 bestätigt wurde.

5.2 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Die überaus eng mit der DKP verflochtene „**Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend**“ (SDAJ) betrachtet es unverändert als ihr Hauptziel, unter der Führung der „Partei der Arbeiterklasse“ die „sozialistische Bundesrepublik Deutschland“ zu schaffen. Die „freundschaftliche Verbundenheit“ mit der DKP sowohl in programmatischer als auch in personeller Hinsicht wurde auf dem VII. Bundeskongreß der SDAJ im März 1982 in Düsseldorf erneut bekräftigt. Die Delegierten bestätigten Werner STÜRMANN, der Mitglied des DKP-Parteivorstands ist, als Bundesvorsitzenden. STÜRMANN erklärte in seinem Rechenschaftsbericht:

„... Die SDAJ ist ein revolutionärer Arbeiterjugendverband... Wir wollen, daß das Nein zu dem, was ist und was droht, gefestigt wird und ein Ja zur einzig möglichen Alternative, zum Sozialismus wird. Das genau ist unsere Aufgabe als marxistischer Arbeiterjugendverband. Nur wenn wir die Ideen von MARX, ENGELS und LENIN in die Bewegung tragen, gewinnen sie die Sprengkraft, die zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung notwendig ist...“

An dem Kongreß nahmen – wie schon in früheren Jahren – auch Delegationen aus der UdSSR und der DDR teil; die DKP und der MSB Spartakus waren durch Abordnungen vertreten.

Die SDAJ mußte bundesweit im Jahre 1982 (ähnlich wie die DKP) leichte Mitgliederverluste hinnehmen: in der Organisation arbeiten gegenwärtig noch knapp 15 000 Jugendliche (in Baden-Württemberg: unverändert etwa 1000) mit. Sie selbst gibt die Zahl ihrer örtlichen Gruppen in Baden-Württemberg mit etwa 100 an, die der SDAJ-Kreisverbände, die diesen lokalen Zellen übergeordnet sind, mit 14 (1981: 11).

Diese organisatorische Ausweitung der SDAJ in unserem Lande ist vor allem auf die Spaltung einzelner großflächiger oder mitgliederstärkerer Kreisverbände zurückzuführen, ohne daß sich daraus nennenswerte Änderungen in der Mitgliederzahl ergaben.

Eindeutige Agitationsschwerpunkte der SDAJ bildeten 1982 die aktuellen Themen „Jugendarbeitslosigkeit“ und „Friedenspolitik“.



Zeitung der SDAJ

Mit besonderem Nachdruck versuchte die SDAJ, die wachsende Jugendarbeitslosigkeit agitatorisch zu nutzen. Mit den Parolen „RANDALE GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT“ und „LEHRSTELLEN HER, SONST GEBEN WIR KEINE RUHE MEHR!“ organisierte sie zahlreiche Protestaktionen vor Arbeitsämtern und Betrieben. Die Bemühungen, arbeitslose

Jugendliche in sogenannten Arbeitslosenkomitees zusammenzufassen, blieben allerdings weitgehend ohne Resonanz.

Ferner versuchte die SDAJ immer wieder, angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland die angeblich stabile Lage in der DDR anzupreisen. Um dies zu unterstreichen, führte sie mehrere Veranstaltungen unter dem Motto „So lebt die Jugend in der DDR“ durch. Bundesweit beteiligten sich hieran Funktionäre der kommunistischen „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR als Referenten.

Erhebliche Anstrengungen konzentrierte die SDAJ auch darauf, den „Friedenskampf“ der DKP zu unterstützen. So veranstaltete sie im Mai 1982 in **Stuttgart** ein regionales „Friedensfestival“, dessen Programm aus einer geschickten Mischung von unpolitischer Unterhaltung und ideologischer Indoktrination bestand.

Bei all ihren Aktionen machte die SDAJ kein Hehl daraus, daß diese im wesentlichen dem Fernziel, der „Überwindung“ der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, dienen sollen:

„... Die SDAJ kämpft nicht nur für Tagesforderungen. Sie will eine andere Gesellschaft, eine sozialistische Bundesrepublik...“

Bei ihrem fortdauernden Bemühen, in weitere Kreis- und Stadtjugendringe aufgenommen zu werden, kam die SDAJ nicht weiter voran. So fand etwa ihr Antrag, in den Stadtjugendring **Ulm** aufgenommen zu werden, wiederum keine Mehrheit. Besonders enttäuscht zeigte sie sich indes über die erneute Ablehnung ihres Antrags auf Mitgliedschaft im „Deutschen Bundesjugendring“ (DBJR), dessen Vollversammlung Ende Oktober 1982 das Begehren der SDAJ wie in den Vorjahren ablehnte.

In offensichtlicher Übereinstimmung mit der DKP intensivier- te die SDAJ ihren Einfluß auf den 1978 in Dortmund gegründeten „**Motorradclub Kuhle Wampe**“ (MC Kuhle Wampe). Auch in Baden-Württemberg sind in einigen örtlichen Gruppierungen dieses Clubs Personen führend tätig, die gleichzeitig der SDAJ als Mitglied angehören.

5.3 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)

Die DKP sieht in der intensiven Förderung der ihr eng verbundenen Vereinigung „**Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation**“ (JP) ein wichtiges Feld kommunistischer Nachwuchspolitik. Dementsprechend wurde die sehr aufwendige Werbung neuer Mitglieder in der Altersgruppe

der Sechs- bis Vierzehnjährigen mindestens teilweise gemeinsam mit der DKP und der SDAJ betrieben. Ein umfangreiches Freizeitangebot und organisierte Gruppenarbeit, die überwiegend aus Spiel- und Singnachmittagen besteht, dienen zunächst der Kontaktaufnahme mit Kindern und deren



Flugschrift der JP

Eltern und schließlich der allmählichen Heranführung an das „sozialistische Gedankengut“. Hierfür werden die Pionierleiter, die zumeist bewährte Mitglieder der DKP oder der SDAJ sind, besonders geschult. Ein JP-Funktionär umschrieb seinen Auftrag in einem Bericht, der in der DKP-Zeitschrift „praxis“ Nr. 2/1982 veröffentlicht wurde, wie folgt:

„Es gibt genügend Beispiele, in denen Eltern über ihre Kinder und die Kinderferienaktion zur DKP gekommen sind. Beispiele, daß über die systematische Arbeit mit Kindern und Eltern auch Wähler für die Politik der Partei gewonnen wurden. . . Es ist völlig richtig, die öffentliche Werbung für die Kinderferien mit der Darstellung unserer gesamten Politik, für Frieden, Arbeit und Bildung, mit einer systematischen Elternarbeit und der Orientierung auf die Stärkung der Partei, der Jungen Pioniere und der SDAJ zu verbinden. . .“

Es war deshalb nur folgerichtig, daß Funktionäre der JP bemüht waren, die Organisation im Rahmen der kommunistischen Bündnispolitik auch in den „Friedenskampf“ einzube-

ziehen: Die Bundesleitung der „Jungen Pioniere“ legte im Juli 1982 „Vorschläge zur Friedenserziehung“ vor, in denen die Eltern aufgefordert werden, ihren Kindern zu erklären, wer den Frieden bedrohe. Wen die JP dabei als „Friedensstörer“ betrachten, wird durch die Feststellung, zwischen der „Erhaltung des Friedens“ und der Abwehr der „neuen US-Atomraketen“ bestehe ein direkter Zusammenhang, unmißverständlich ausgesprochen.

Den „Jungen Pionieren“ gehören bundesweit nach wie vor etwa 3500 Kinder an. In Baden-Württemberg ist die Zahl der Mitglieder auf etwa 150 zurückgegangen (1981: 200). Wichtigstes Publikationsorgan blieb die von der JP-Bundesleitung herausgegebene Zeitschrift „Willibald“. Die regelmäßige Verbreitung örtlicher oder regionaler Informationsblätter ist in Baden-Württemberg bisher nicht gelungen.

5.4 Von der DKP beeinflusste Organisationen

Die DKP bemüht sich getreu den Grundsätzen ihrer Bündnispolitik, ihren Einfluß über den eigenen Mitglieder- und Anhängerkreis hinaus auszudehnen. Ihr vorrangiges Ziel ist es dabei, ein „Aktionsbündnis aller demokratischen Kräfte“ zustandezubringen, auf das sie vermöge ihrer eindeutigen Zielvorstellungen und der von ihr erzwungenen strikten Parteidisziplin auch bei zahlenmäßig geringer eigener Präsenz einen beträchtlichen Einfluß ausüben kann. Die DKP wird hierbei seit Jahren von mehreren überregional tätigen Organisationen unterstützt, die in unterschiedlichem Ausmaß von ihr beeinflusst oder gesteuert werden.

Hierzu zählen insbesondere:

- die „**Deutsche Friedens-Union**“ (DFU),
- die „**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten**“ (VVN-BdA),
- die „**Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner**“ (DFG-VK) und
- das „**Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit**“ (KFAZ).

Einige dieser Organisationen sind von DKP-Angehörigen auf Veranlassung der Parteiführung gegründet worden, andere haben sich zwar ohne ihre direkte Mitwirkung gebildet, sind jedoch später Ziel kommunistischer Unterwanderungsbemühungen geworden. Das Ausmaß des Einflusses der DKP in den einzelnen Vereinigungen ist weiterhin unterschiedlich: in einigen Organisationen können noch immer wesentliche Entscheidungen nicht gegen den Willen der DKP getroffen werden, während in anderen – trotz der kommunistischen Präsenz – noch Raum für eigenes politisches Handeln bleibt.

5.4.1 „Deutsche Friedens-Union“ (DFU)

Die „**Deutsche Friedens-Union**“ (DFU) ist nach wie vor eine der aktivsten Organisationen im Rahmen kommunistischer Bündnispolitik. Von den sieben Mitgliedern des Direktoriums und den 58 Mitgliedern des Bundesvorstands der DFU sind etwa ein Viertel Kommunisten, etwa ein Drittel gehört anderen kommunistisch beeinflussten Organisationen an. In der Praxis führt diese enge Verflechtung mit der DKP zu zahlreichen gemeinsam getragenen Veranstaltungen und zu taktischen Absprachen. So verzichtete die DKP bei der Landtagswahl in Niedersachsen am 21. März 1982 in einigen Wahlkreisen zugunsten der DFU auf die Nominierung eigener Bewerber. In Baden-Württemberg führen beide Parteien in regelmäßigen Abständen gemeinsame Beratungen durch: beispielsweise trafen sich am 18. Oktober 1982 Vertreter des DFU-Landesverbandes mit Mitgliedern des Bezirksse-

*DFU spricht sich mit der
DKP ab*



Flugblattaktion der DFU

kretariats der DKP Baden-Württemberg, um – wie es in einer Erklärung hieß – über die „aktuelle politische Situation Meinungen auszutauschen und über gemeinsame Schlußfolgerungen zu beraten“.

Die Aktivität der DFU erstreckt sich fast ausschließlich auf Bereiche, in denen zwar auch die DKP agiert, sich dabei aber aus taktischen Gründen eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Seit einiger Zeit konzentriert die DFU all ihre Kräfte auf die Kampagne gegen die „Stationierung der Neutronenbombe und neuer Atomraketen“. In diesem Zusammenhang setzt sie sich nachdrücklich für den kommunistisch initiierten „Krefelder Appell“ ein. Die seit Jahren in Übereinstimmung mit der DKP bundesweit betriebene Kampagne gegen die sogenannten Berufsverbote bildet einen weiteren Agitationsschwerpunkt der DFU.

In Baden-Württemberg wird dieser vor allem von dem „Koordinierungsausschuß der Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote Baden-Württemberg“ abgedeckt, der mit zahlreichen örtlich tätigen „Komitees“ und „Initiativen“ zusammenarbeitet. In Publikationen des „Koordinierungsausschusses“ zeichnen regelmäßig Mitglieder der DFU verantwortlich. Bundesweit wird diese Kampagne von der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ (Sitz: Hamburg) gesteuert, für die ein Direktoriumsmitglied der DFU verantwortlich zeichnet.

5.4.2 „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)

Die im Jahre 1946 gegründete „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) ist eine der mitgliederstärksten prokommunistischen Organisationen. Sie zählt bundesweit etwa 13 000 (in Baden-Württemberg: rund 2000) Mitglieder. Auf die Entscheidungen der VVN-BdA übt die DKP einen erheblichen Einfluß aus, da zahlreiche Vorstandsmitglieder auf Bundes- und Landesebene gleichzeitig Mitglieder der DKP sind. Insgesamt gehören mehr als die Hälfte der Angehörigen des Präsidiums dieser Vereinigung der DKP oder der früheren, 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen und aufgelösten KPD an.

Die Mehrzahl der Veranstaltungen und der publizistischen Aktivitäten der VVN-BdA richtete sich im Jahre 1982 gegen die angeblich wachsenden entspannungsfeindlichen und undemokratischen Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland. Die von ihr seit Jahren geführte Kampagne gegen den – nach ihren Behauptungen – in unserem Lande wiedererstarkenden „Faschismus“ macht nicht zuletzt auch das Bestreben offenkundig, den zuständigen Behörden mangelnde Bereitschaft zur nachhaltigen Bekämpfung rechtsextremer Bestrebungen „nachzuweisen“ und zum Vorwurf zu machen.

**Atomraketen
Neonazismus
Rüstungswahn
Berufsverbote**



**Mach mit in der
VFN/Bund der
Antifaschisten!**

Themen-Palette
der VFN-BdA

Wie alle orthodox-kommunistisch orientierten Vereinigungen äußerte sich auch die VFN-BdA verstärkt zu Problemen des „Friedenskampfes“. Sie setzte sich in diesem Zusammenhang auch intensiv für den „Krefelder Appell“ ein:

„... Zehntausende haben diesen Krefelder Appell seit seiner Veröffentlichung bereits unterschrieben ... Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten unterstützt diese Aktion mit Nachdruck. Wir bitten Sie: Unterschreiben Sie den Appell...“

5.4.3 „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)

Die DFG-VK entstand 1974 durch den Zusammenschluß der „Deutschen Friedensgesellschaft – Internationale der

Kriegsdienstgegner“ (DFG-IdK) mit dem „Verband der Kriegsdienstverweigerer“ (VK). Ihr kommt im Bündnisbereich der DKP seit Jahren eine wesentliche Rolle zu. Zwar ist nach wie vor die überwiegende Mehrheit ihrer Mitglieder nicht gleichzeitig noch in linksextremistischen Vereinigungen organisiert, doch werden vor allem im Bundesvorstand (BV) der DFG-VK wichtige Funktionen weiterhin von Personen ausgeübt, die – für Außenstehende nur schwer erkennbar – der DKP oder von dieser beeinflussten Organisationen angehören. Die hieraus resultierende Sympathie des Bundesvorstands für die kommunistische Staats- und Gesellschaftsordnung wurde einmal mehr durch seine Erklärung vom Januar 1982 zu den Vorgängen in Polen verdeutlicht. Darin wurde zwar der Einsatz der Armee durch die Militärregierung kritisiert; andererseits sprach sich die Führung der DFG-VK unzweideutig für den Fortbestand des kommunistischen Systems aus:

„Die DFG-VK distanziert sich aber zugleich von allen Kräften inner- und außerhalb Polens, die die gegenwärtige Situation ausnutzen wollen, das bestehende Gesellschaftssystem zu zerstören und Polen aus seinen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bündnisbeziehungen herauszubringen...“

*DFG-VK-Landesverband
Baden-Württemberg
kritisiert Politik des Bundesvorstandes*

Im Jahre 1982 mehrten sich allerdings die Hinweise darauf, daß sich besonders innerhalb des Landesverbands Baden-Württemberg der DFG-VK die Kritik an der Arbeitsweise und der Politik des Bundesvorstands verstärkte. So heißt es in einem Diskussionspapier, das dem Arbeitskreis „Kritische Kräfte in der DFG-VK“ vorlag:

„... Es hat auch für uns vor Ort Auswirkungen, wie die Bündnisarbeit des BV aussieht, welche Aufrufe unterschrieben werden, welche Aktionen unterstützt werden, wie sich also der Vorstand nach außen darstellt...“
(aus: Südwest-Kontakte“ Nr. 2/82)

Trotz dieser internen Diskussionen gelang es jedoch den „kritischen, radikalen Kräften“ innerhalb der DFG-VK bisher nicht, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Auf dem Bundeskongreß im November 1982 in Frankfurt am Main fanden auch ihre Vorstellungen in bezug auf personelle Alternativen keine Mehrheit.

Die DFG-VK hat 1982 – dies gilt auch für den Landesverband Baden-Württemberg – ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung vermieden. Auch in dem 50 Punkte umfassenden Positionspapier der „kritischen Kräfte“, das mit „Pazifistische Thesen“ überschrieben ist, wird ein eindeutiges Ja zu den Grundprinzipien des demokratischen Systems vermieden. Ebenso ist eine offene Kritik der DFG-VK an der DKP ausgeblieben. Festzustellen

ist allenfalls, daß in Baden-Württemberg die Zusammenarbeit lokaler DFG-VK-Gruppen mit der DKP und deren Hilfs- und Nebenorganisationen sich augenscheinlich nicht mehr in dem in früheren Jahren beobachteten Ausmaß vollzieht.

6. Linksextremistische Bestrebungen an den Hochschulen des Landes

Die zumeist überregional organisierten politisch extremen Studentengruppen führten auch im zurückliegenden Jahr ihre Aktivität an den Hochschulen des Landes fort. Sie verfolgten unverändert das Ziel, durch tendenziöse Darstellung und Kommentierung aktueller Probleme Mißtrauen und Abneigung gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu erzeugen, um zumindest Teile der Studentenschaft von der angeblichen Notwendigkeit der Beseitigung der parlamentarischen Demokratie westlichen Verständnisses zu überzeugen. Das Schwergewicht der Aktivitäten konzentrierte sich 1982 auf die aktuellen innenpolitischen Probleme, vor allem auf die angekündigten Sparmaßnahmen im Hochschulbereich. Vereinzelt wurden auch Themen der internationalen Politik wie die Lage in El Salvador und im Libanon aufgegriffen. Trotz einer Welle von Flugschriften sowie zahlreicher Diskussionsveranstaltungen und Demonstrationen blieb die große Mehrzahl der Studenten unbeeindruckt von den Indoktrinationsversuchen politischer Extremisten.

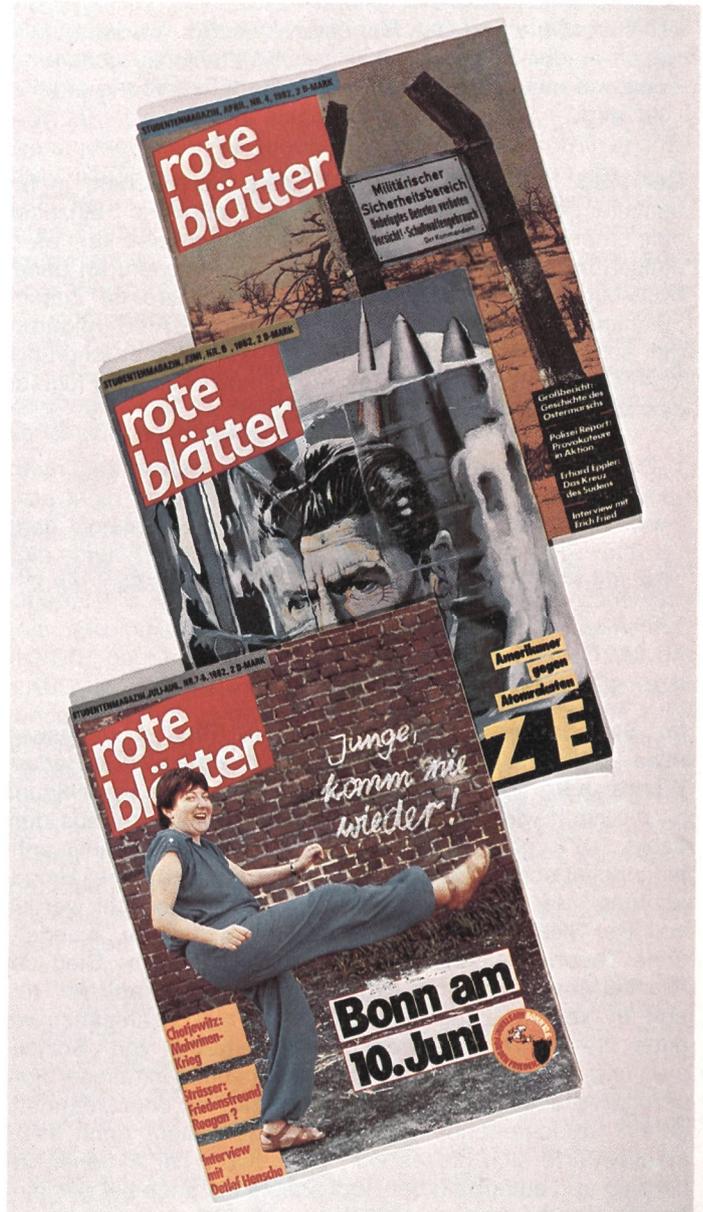
An den baden-württembergischen Hochschulen sind nach wie vor folgende linksextreme Studentenvereinigungen besonders aktiv:

Extremistische Studentengruppen sind an den Hochschulen weiterhin aktiv

6.1 „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB Spartakus)

Der orthodox-kommunistische **MSB Spartakus** ist unangefochten der stärkste überregional tätige Studentenverband, der nach eigenen Angaben sein Mitgliederpotential von rund 6000 Personen (in Baden-Württemberg: etwa 200) halten konnte. Der MSB Spartakus ist zwar formal selbständig, er hat jedoch seit seiner Gründung im Jahre 1971 immer wieder die „brüderliche Verbundenheit“ mit der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) betont. Auch in dem im April 1982 vom MSB-Bundesvorstand neu herausgegebenen Arbeitsheft „Sinnvoll leben, studieren und kämpfen! Einführung in die Politik des MSB Spartakus“ hat sich dieser erneut zum „realen Sozialismus“ sowie zur DKP als der politischen Partei bekannt, „die konsequent für den Sozialismus eintritt“. Als „marxistische Organisation“ strebt er

Publikationen des
MSB Spartakus



„das revolutionäre Ziel der Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse“ an. Unter dem Stichwort „Spartakus-Politik ist revolutionäre Politik“ wird ferner ausgeführt:

„... Der MSB Spartakus besitzt ein marxistisch begründetes Programm. Er stützt sich auf eine Analyse der Bundesrepublik und der Situation an den Hochschulen, die er auf der Grundlage der Lehre von MARX, ENGELS und LE-

NIN erarbeitet hat. Als Marxisten kämpfen wir dafür, daß auch in der Bundesrepublik der Kapitalismus überwunden und eine sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet wird.“

Der MSB Spartakus hat 1982 seine Bereitschaft, in bestimmtem Umfang auch militante „Kampfformen“ einzusetzen, erneut unter Beweis gestellt. Beispielsweise kam es zu einigen massiven Stör- und Besetzungsaktionen, an denen MSB-Mitglieder beteiligt waren. Insbesondere im Zusammenhang mit den in Aussicht genommenen BAföG-Änderungen scheint die orthodox-kommunistische Studentengruppe künftig aggressiver vorgehen zu wollen. In einem Flugblatt des MSB Spartakus heißt es hierzu:

„Der Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag muß fortgesetzt werden, damit die Rechtsregierung nicht unwidersprochen schalten und walten kann, damit das Kräfteverhältnis sich nach links entwickelt und die Rechtsregierung so schnell wie möglich abgesägt wird.“

6.2 „Sozialistischer Hochschulbund“ (SHB)

Im „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB) sind bundesweit etwa 2000 Studenten organisiert, davon rund 70 in Baden-Württemberg. Programmatische Grundlage der Vereinigung ist die nach wie vor gültige „Grundsatzerklärung“ aus dem Jahre 1972, nach der über die Zwischenstufe einer „antimonopolistischen Demokratie“ die „sozialistische Umgestaltung“ der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden soll. Der SHB zeigt sich davon überzeugt, daß die „marxistische Theorie“ einen wesentlichen Beitrag zum „Sieg der Arbeiterklasse über die Klasse des Monopolkapitals“ leistet. In diesem Zusammenhang betont die Organisation vor allem die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von „Sozialisten und Kommunisten“. In Übereinstimmung mit dieser Forderung arbeitet der SHB seit Jahren eng mit dem „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ zusammen. Auch 1982 manifestierte sich dieses Bündnis sowohl bei Aktionen innerhalb und außerhalb der Hochschule als auch bei gemeinsamen Kandidaturen anlässlich von Wahlen zu verschiedenen Hochschulgremien.

6.3 „Kommunistische Hochschulgruppen“ (KHG)

Nach der Abspaltung des „Bundes Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) vom „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ (KBW) führten beide Organisationen ihre studentischen Mitglieder zunächst in namensgleichen Studenten-

verbänden mit der Bezeichnung „**Kommunistische Hochschulgruppen**“ (**KHG**) weiter. Inzwischen hat jedoch der KBW seine Studentengruppe aufgelöst und deren Anhänger in neugebildeten „Parteizellen“, den „KBW-Hochschulzellen“, direkt der Partei eingegliedert.

Die studentischen Mitglieder des BWK, die weiterhin in örtlichen KHG-Gruppen organisiert sind, entfalteten im Jahre 1982 kaum noch eigene Aktivitäten. Um den weiterhin desolaten Zustand dieser Hochschulvereinigung zu überwinden, wurde auf Initiative der KHG des „Bundes Westdeutscher Kommunisten“ im Juli 1982 in **Mannheim** ein „Kongreß Revolutionärer Studenten“ abgehalten, auf dem Möglichkeiten eines Zusammengehens mehrerer linksextremistischer Zirkel mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen Studentenverbandes erörtert wurden. Bis zum Jahresende waren diese Bemühungen jedoch noch nicht vorangekommen.

6.4 „**Kommunistische Studentengruppen**“ (**KSG**)

Die „**Kommunistischen Studentengruppen**“ (**KSG**) waren im Jahre 1973 als Studentenverband des maoistisch orientierten „Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands“ (KABD) gegründet worden. Seitdem sich im Juni 1982 der KABD in die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) umgewandelt hat, bekennen sich die KSG uneingeschränkt zum „Kampfprogramm“ der neuen Kernorganisation: sie verstehen sich insbesondere „als Instrument der Partei und Sprachrohr der Arbeiterklasse an den Schulen und Hochschulen“. In einem Beitrag des Zentralorgans „Roter Pfeil“ (Ausgabe August 1982) zu der „Parteiorganisation“ wurde betont, daß „durch das Programm, durch die Kampforderungen der MLPD“ auch die Zielrichtung der Aktivitäten der KSG abgesteckt sei:

„... Auf der Grundlage der geschaffenen Parteidokumente kann die KSG jetzt viel besser konkrete Politik machen, muß aktiv eintreten für die Verwirklichung der Forderungen des Minimalprogramms und in diesem Rahmen auch an der Hochschule als Vertreter der Arbeiterklasse eine konkrete Taktik, weitere konkrete Forderungen entwickeln und den Kampf darum organisieren.“

Die „Kommunistischen Studentengruppen“ treten nach wie vor nur in wenigen Bundesländern in Erscheinung. In Baden-Württemberg bestehen an nahezu allen Universitäten örtliche Gruppen, die freilich im Gegensatz zu früheren Jahren nirgends mehr über einen nennenswerten Einfluß verfügen. Lediglich an der Universität **Tübingen** konnten 1982 neben gelegentlichen Flugblattverteilungen auch noch geringfügige andere Aktivitäten beobachtet werden.

6.5 „Kommunistische Studenten“ (KS)

Die Gruppe „**Kommunistische Studenten**“ (KS) wurde im Mai 1981 als organisatorisch selbständiger Studentenverband der albanisch orientierten KPD (der früheren KPD/ML) gegründet. Die KS konnten in Baden-Württemberg bisher organisatorisch nicht Fuß fassen. Im vergangenen Jahr war an keiner Hochschule des Landes ein Tätigwerden dieser Gruppe zu erkennen.

6.6 „Marxistisch-Reichistische Initiative“ (MRI)

Auch 1982 existierten an mehreren Universitäten des Landes Gruppen der „**Marxistisch-Reichistischen Initiative**“ (MRI). Sie verstehen sich als „marxistisch-leninistische Organisation“, deren Programm nach eigener Einschätzung eine „Kombination des klassischen Marxismus mit der unverwässerten Psychoanalyse“ von Sigmund FREUD und Wilhelm REICH darstellt. Die Hauptaktivitäten der durchweg nur wenige Anhänger zählenden MRI-Gruppen konzentrierten sich auf die Universitäten **Tübingen** und **Freiburg**, wo es zur Verbreitung von Flugschriften kam und verschiedene Veranstaltungen stattfanden.

6.7 „Marxistische Gruppen“ (MG)

Die seit Oktober 1977 als Nachfolgeorganisation der ehemaligen „Roten Zellen“ schwerpunktartig in Bayern operierenden „**Marxistischen Gruppen**“ (MG) vermochten ihre Tätigkeit in Baden-Württemberg nicht nennenswert auszuweiten. Ihre öffentliche Wirksamkeit beschränkt sich in unserem Lande im wesentlichen auf das Verbreiten ihrer Hochschulzeitung „MSZ“. Zahlenmäßig kleine Gruppen bestehen in **Stuttgart**, **Mannheim**, **Heidelberg**, **Tübingen** und **Konstanz**. Im Jahre 1982 wurden im Raum **Böblingen/Sindelfingen** erstmals regelmäßig Betriebszeitungen der MG verteilt, was auf die Existenz eines weiteren Stützpunktes in diesem Bereich hindeutet. Vorrangiges Thema ist hier die „Betriebsarbeit“.

Die programmatischen Aussagen der Organisation wurden 1982 nicht weiter konkretisiert. Als eindeutig an den Lehren von Karl MARX ausgerichtete Gruppe sind die MG zwar unzweifelhaft kommunistisch orientiert, andererseits stehen sie sowohl dem Kommunismus sowjetischer Prägung als auch der chinesischen Variante kritisch gegenüber. Im Vergleich zu den dogmatisch fixierten Hochschulorganisationen der „Alten“ und der „Neuen Linken“ vertreten sie eher undogmatische Positionen, ohne daß sie sich andererseits eindeutig in die neue linksextremistische Protestbewegung einreihen ließen.

II. Rechtsextremistische Bestrebungen

1. Allgemeiner Überblick

Ausländerfeindlichkeit bei rechtsextremistischen Organisationen stark ausgeprägt

Die Aktivitäten nahezu aller rechtsextremistischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland waren im Jahre 1982 von einer zunehmenden Ausländerfeindlichkeit geprägt. Die schwieriger gewordene wirtschaftliche Situation bot sowohl den „**nationaldemokratischen**“ und **nationalfreiheitlichen**“ Organisationen als auch den **neonazistischen Gruppen** einen willkommenen Ansatzpunkt für eine immer stärker werdende Agitation. Ausländerfreundliche Initiativen verschiedener Gruppen lösten vor allem bei Neonazis Reaktionen aus, die von brieflichen Schmähungen bis hin zu Morddrohungen reichten. Der „Deutsche Anzeiger“ (DA), das Organ der „Deutschen Volksunion“ prophezeite für den Fall verstärkter Ausländerintegration sogar bürgerkriegsähnliche Zustände in der Bundesrepublik Deutschland. Im militanten neonazistischen Bereich erreichte die Ausländerhetze am 24. Juni 1982 mit dem Mordanschlag von Nürnberg, bei dem drei Ausländer getötet und drei weitere schwer verletzt wurden, einen Höhepunkt. Dieses Verbrechen beweist, daß unter aktiven Neonazis die Bereitschaft zur Gewaltanwendung trotz rasch und gezielt einsetzender Ermittlungen und Zugriffe der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden ungebrochen ist. Eine gewisse, freilich nicht alle Aspekte berücksichtigende Erklärung findet diese bedrohliche Entwicklung in der weiter vorangetriebenen Selbstabschottung neonazistischer Kleinstgruppen, von denen der Boden für die häufig unberechenbaren Ausschreitungen rechtsextremistischer Fanatiker bereitet wird. Wachsenden Rückhalt finden die militanten deutschen Neonazis bei zahlreichen ausländischen Gesinnungsgenossen. Wichtige Schaltstellen für diese internationalen Verbindungen befinden sich in der Schweiz, in Österreich, Frankreich, Belgien, Großbritannien und in den USA.

In Baden-Württemberg ist im Jahre 1982 die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Organisationen ebenso wie die ihrer Mitglieder leicht angestiegen: Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der in unserem Lande agierenden Rechtsextremisten von etwa 2550 auf rund 2700. Ursächlich für diese Entwicklung war zum einen das verstärkte Auftreten von Motorrad- und Rockergruppen mit rechtsextremistischen Zielvorstellungen, zum anderen ein geringfügiger Mitgliederanstieg bei der „**Nationaldemokratischen Partei Deutschlands**“ (NPD) und bei den vom Herausgeber der

Bereitschaft zur Gewaltanwendung bei Neonazis ungebrochen

Gesamtzahl der Rechtsextremisten in Baden-Württemberg leicht angestiegen

„Deutschen National-Zeitung“ (DNZ), Dr. Gerhard FREY, München, geführten „national-freiheitlichen“ Organisationen.

Gesamtzahlen der rechtsextremistischen Organisationen und ihrer Mitglieder 1979–1982				
	1979	1980	1981	1982
1. Bundesrepublik Deutschland				
a) Organisationen (ohne Verlage u. Buchdienste)	69	75	71	74
b) Mitglieder/ Anhänger	17 300	19 800	20 300	19 000
2. Baden-Württemberg				
a) Organisationen, Verlage und Buchdienste	30	32	31	33
b) Mitglieder/ Anhänger	2 300	2 450	2 550	2 700

2. Neonazistische Bestrebungen

2.1 Allgemeiner Überblick

Das in den zurückliegenden Jahren im gesamten Bundesgebiet zu beobachtende Anwachsen des Anhängerpotentials neonazistischer Gruppen und Zirkel ist im Jahre 1982 im wesentlichen zum Stillstand gekommen. Obwohl die Zahl der bundesweit operierenden NS-Gruppen von 16 auf nunmehr 22 anstieg, blieb die Gesamtzahl der darin organisierten Aktivisten mit 850 Personen unverändert. Der Anteil der NS-Einzelaktivisten ohne feste Gruppenbindung ging sogar von rund 600 Personen im Jahre 1981 auf etwa 250 zurück; auch das Potential bekannt gewordener Spender, die zum Teil durch erhebliche finanzielle Zuwendungen neonazistische Gruppen zu fördern pflegen, verringerte sich von rund 400 im Jahre 1981 auf rund 200.

Innerhalb dieses Aktivistenkreises muß denjenigen Personen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, die bereits politisch motivierte Gewalttaten verübt haben oder diese nachdrücklich befürworten: deren Zahl stieg von rund 230 Rechtsextremisten im Jahre 1981 auf etwa 285 Ende 1982 an.

*Personeller Zuwachs
neonazistischer Zirkel
stagniert bundesweit*

Insgesamt ist zwar im Jahre 1982 das Anhängerpotential der im Bundesgebiet operierenden NS-Gruppen auf etwa 1300 Personen (1981: rund 1850) zurückgegangen, der Grad der Fanatisierung des militanten Kerns dürfte aber weiter angestiegen sein.

NS-Gruppen und NS-Aktivisten im Bundesgebiet		
	1981	1982
Anzahl der NS-Gruppen	16	22
Anzahl der organisierten NS-Aktivisten	850	850
Anzahl der namhaften Spender an NS-Gruppen	400	200
NS-Einzelaktivisten ohne feste Gruppenbindung	600	250
Gesamtzahl der NS-Aktivisten im Bundesgebiet	1850	1300

In Baden-Württemberg ist 1982 die Gesamtzahl der Neonazis leicht angestiegen, wenn sie auch nicht in dem oben dargestellten Rahmen (vgl. Schaubild) aufgeschlüsselt werden kann: sie betrug zum Jahresende etwa 80 NS-Aktivisten (1981: rund 70), zu denen ein Unterstützerpotential von etwa 90 (1981: rund 80) Personen hinzugezählt werden muß.

Die politischen Vorstellungen der Angehörigen neonazistischer Gruppen orientieren sich kritiklos an den Ideologie-Elementen des Nationalsozialismus, deren wesentliche Merkmale (übersteigter Nationalismus, völkischer Kollektivismus, Antiparlamentarismus und Rassenhaß) die zumeist jugendlichen Neonazis sich mit großem Fanatismus zu eigen machen. Die Repräsentanten des NS-Regimes werden verherrlicht, die im Namen der HITLER-Diktatur begangenen Verbrechen verharmlost oder häufig schlechthin geleugnet. Neben die strikte Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes tritt immer stärker eine betont feindselige Haltung gegenüber den im Bundesgebiet lebenden Ausländern und den Angehörigen der hier stationierten NATO-Streitkräfte. Vor allem die USA sind häufig das Ziel haßerfüllter Angriffe neonazistischer Gruppen. Im Dezember 1982 verübte eine neonazistische Gruppe in Butzbach, Frankfurt und Darmstadt Sprengstoffanschläge gegen Pkw's von US-Soldaten. Bei diesen Anschlägen wurden zwei US-Soldaten schwer verletzt. Fünf Mitglieder die-

*Neonazis orientieren
sich an NS-Ideologie*

ser Gruppierung konnten zwischenzeitlich festgenommen werden.

Die seit langem erkennbaren Bemühungen maßgeblicher Aktivisten, die im Bundesgebiet existenten NS-Gruppen in einer straff geführten einheitlichen Organisation zu sammeln oder zumindest einen stärkeren Zusammenhalt und eine möglichst umfassende Koordinierung ihrer Aktionen zu erreichen, blieben bisher erfolglos. Ursächlich hierfür sind vor allem das übersteigerte Geltungsbedürfnis und das ausgeprägte Sendungsbewußtsein vieler neonazistischer Funktionäre, die in der Vergangenheit eine mögliche Einigung auf eine gemeinsame „Führerpersönlichkeit“ immer wieder verhindert haben. Nicht zuletzt trugen aber auch die frühzeitig einsetzenden Maßnahmen der Sicherheits- und der Strafverfolgungsbehörden dazu bei, Versuche zur Bildung organisatorisch verfestigter NS-Gruppen bereits im Vorbereitungsstadium zu vereiteln.

Trotz intensiver Bemühungen dieser Behörden hat sich im Jahr 1982 freilich erneut gezeigt, daß Gewaltakte neonazistischer Fanatiker nicht in jedem Falle verhindert werden können:

In der Nacht vom 24. auf 25. Juni 1982 erschöß der sechsundzwanzigjährige Rechtsextremist Helmut OXNER in Nürnberg drei Ausländer, verletzte drei weitere schwer und nahm sich anschließend selbst das Leben.



NS KAMPFRUF

KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI AUSLANDS – UND AUFBAUORGANISATION

NUMMER 48

SOMMER 1982 (93)

Wieviele Deutsche werden noch sterben bis zum Abzug der Besatzungstruppen?

Erneuter Opfertod eines jungen NS-Aktivisten

*Kampfbblatt der
NSDAP-AO verherrlicht
Mord an Ausländern*

Allerdings hat sich die seit Ende der siebziger Jahre zu beobachtende Eskalation rechtsterroristischer Gewalt im Jahre 1982 nicht in dem zunächst befürchteten Ausmaß fortgesetzt. Baden-Württemberg blieb 1982 von rechtsterroristischen Anschlägen verschont. Dennoch stellen die neonazistischen Kleingruppen und „Einzelkämpfer“ auch weiterhin eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit und

1982 keine rechtsterroristischen Anschläge in Baden-Württemberg

Ordnung dar. Das Bemühen entschlossener Neonazis, sich größere Mengen von Waffen, Munition und Sprengstoff sowie ausreichende Geldmittel zu beschaffen, läßt zudem befürchten, daß auch künftig rechtsextreme Gewalttäter versuchen werden, Terroranschläge zu verüben.

2.2 NS-Gruppen im Bundesgebiet

Bis zu ihrem Verbot durch den Bundesminister des Innern am 27. Januar 1982 nahm die „**Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit**“ (VSBD/PdA) zusammen mit ihrer Jugendorganisation „**Junge Front**“ (JF) eine führende Position unter den neonazistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland ein. Seitdem entwickelte sich die bereits 1979 gegründete „**Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.**“ (HNG) mit Sitz in Frankfurt a. M. zum eigentlichen Sammelbecken von Neonazis und zugleich zur derzeit wichtigsten NS-Gruppe im Bundesgebiet. Die Organisation sieht ihre Aufgabe insbesondere darin, inhaftierte Gesinnungsge-

HNG wichtigste NS-Gruppe im Bundesgebiet

INFORMATION DER

*Zweimonatsschrift für
Mitglieder der HNG*



nossen und deren Angehörige zu unterstützen. In dem monatlich erscheinenden Mitteilungsblatt „Information der HNG“ werden unter Nennung der Anschriften inhaftierter Rechtsextremisten die Mitglieder der HNG aufgefordert, mit den Inhaftierten Kontakt aufzunehmen.

Als Treffpunkt führender Neonazis hat auch die „**NS-Gruppe Curt MÜLLER**“ in Mainz-Gonsenheim inzwischen bundesweite Bedeutung erlangt. Dieser kleine, bereits 1974 als loser Zusammenschluß um die Familie des Gärtnermeisters Curt MÜLLER gegründete Aktionskreis veranstaltet regelmäßig an bestimmten Terminen wie dem „Tag der Machtübernahme“ (30. Januar), dem Geburtstag Adolf HITLERS (20. April), dem Jahrestag des Marsches zur Feldherrnhalle in München (9. November 1923) und der „Reichskristallnacht“ (9. November 1938) sowie anlässlich der Sommer- und Wintersonnenwende überregionale Zusammenkünfte, an denen jeweils Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet teilnehmen.

Die neonazistische „**Deutsche Bürgerinitiative e. V.**“ (DBI) mußte seit der Inhaftierung ihres Leiters, des ehemaligen Rechtsanwalts Manfred ROEDER, am 1. September 1980, insbesondere aber seit dessen Verurteilung am 28. Juni 1982 (vgl. Abschnitt „Maßnahmen gegen rechtsextreme Aktivisten“) empfindliche Mitgliederverluste hinnehmen. Um den Fortbestand der DBI – und den Lebensunterhalt der Familie – zu sichern, veranstaltet die Ehefrau ROEDERs weiterhin Treffen auf ihrem Anwesen in Schwarzenborn/Hessen. Bei diesen Treffen wird ebenso wie in den unregelmäßig erscheinenden „Rundbriefen“ der DBI zu Geldspenden für den inhaftierten ROEDER und dessen Familie aufgerufen.

Manfred ROEDER hat auch nach seiner Verurteilung zu 13 Jahren Freiheitsstrafe kein Hehl daraus gemacht, daß er an seinen Zielvorstellungen festhalten will. So erklärte er im Juni 1982 in einem seiner „Rundbriefe“:

„... **An meiner Überzeugung hat sich nichts geändert** und wird sich auch durch kein Urteil etwas ändern! Denn wir, unsere Familie und engsten Freunde, sind immer nur für die höchsten Ideale eingetreten, für Volkstum und Naturerhaltung, für Freiheit, Recht und Ehre, wie es sich in unseren Fackeln ausdrückt (Anm.: drei gekreuzte Fackeln sind das Symbol der DBI), und wir gedenken weiterhin bis zum letzten Atemzug dafür zu kämpfen, ganz gleich, ob in Freiheit oder unter Verfolgung...“

ROEDER leugnet nach wie vor jegliche Schuld an den 1980 verübten Sprengstoff- und Brandanschlägen der „**Deutschen Aktionsgruppen**“ und bezeichnet das gegen ihn ergangene Urteil als „eine einzige himmelschreiende Ungeerechtigkeit“:

„**NS-Gruppe MÜLLER**“ –
Treffpunkt führender
Neonazis

ROEDER agitiert weiter

„... Ja, aber wer hat denn Gerechtigkeit erwartet? Wenn es in diesem System Gerechtigkeit gäbe, hätten wir nie eine Bürgerinitiative gegründet. Unser ganzer Kampf richtete sich doch von Anfang an nur gegen die Ungerechtigkeit, die Veruntreuung deutscher Interessen, gegen Ehrlosigkeit und Unterdrückung der Freiheit. Zwar wirft man uns aus propagandistischen Gründen vor, wir wollten eine Diktatur errichten, dabei haben wir immer nur gegen Diktatur und Willkür des heutigen Systems, gegen den schnöden Ausverkauf von Grundrechten und Grundfreiheiten protestiert...“

Der Leiter der neonazistischen „Bürger- und Bauerninitiative e.V.“ (BBI), Thies CHRISTOPHERSEN, hält sich seit Herbst 1981 im westeuropäischen Ausland auf, um sich der Vollstreckung einer neunmonatigen Freiheitsstrafe zu ent-

V 21 809 F



Die Bauernschaft

FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT.

Organ der „Bürger- und Bauerninitiative e.V.“

Nr. 3/83

13. Jahrgang

September 1982

Vierteljahresschrift der
neonazistischen BBI

Ewiges Bauerntum



Heinrich Brauner:
**Die mikrobiologische Revolution in Agrarwirtschaft
und Heilkunde – die große Chance des Bauerntums**

Nietzsche prägte einmal das Wort, daß große Ideen, welche die Welt bewege zuerst ganz leise, „mit Taubenfüßen“ in die Welt einträten. Das gilt auch für große wissenschaftliche Neuerungen, z. B. für die Mikrobiologie. Sie hat in den letzten Jahrzehnten eine ungeahnte Entwicklung durchgemacht, die unser bisheriges Weltbild verändert hat und unsere kommenden landwirtschaftlichen und medizinischen Verfahren noch grundlegend ändern wird. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sei darüber ein kurzer Überblick gegeben.

1. Die Einheit der biochemischen Vorgänge in allen Zellen

Gleich, ob es sich um primitive Einzeller oder um die Zellen der komplizierten menschlichen Organe handelt, die biochemischen Vorgänge sind überall die gleichen. Die Träger des Lebens, die Eiweißstoffe, setzen sich aus 20 Grundamino-säuren in unzähligen Variationen und Kombinationen zusammen. Manche Aminosäuren, Vitamine, Wirkstoffe, Spurenelemente, wie z. B. Schwefel, Eisen, Kobalt usw. werden schon von den einzelligen Mikroorganismen herausgelöst und in die höher organisierten Pflanzen und Tiere übergeben. Manche Mikroorganismen wie z. B. die Knöllchenbakterien stellen sie als Bausteine für die höher organisierten Landpflanzen zur Verfügung. Deshalb wird z. B. im organisch-biologischen Landbau für die Ernährung der Pflanzen kein mineralisches Düngemittel verwendet und die Bakterien, die in der Erde leben, stellen sie als Bausteine für die Ernährung der Pflanzen zur Verfügung. Deshalb wird z. B. im organisch-biologischen Landbau für die Ernährung der Pflanzen kein mineralisches Düngemittel verwendet und die Bakterien, die in der Erde leben, stellen sie als Bausteine für die Ernährung der Pflanzen zur Verfügung.

ziehen. Seither finden die von ihm in unregelmäßigen Abständen organisierten Zusammenkünfte überwiegend in Frankreich, Belgien und den Niederlanden statt.

Außer diesen überregional bekanntgewordenen NS-Gruppen sind im Bundesgebiet weitere 18 neonazistische Zirkel oder „Freundeskreise“ aktiv, deren Wirkungsbreite jedoch zumeist räumlich begrenzt ist.

2.3 Neonazistische Aktivitäten in Baden-Württemberg

Die neonazistischen Aktivitäten in Baden-Württemberg gingen überwiegend nicht von regionalen NS-Gruppen aus, die ihre Agitation auf unser Land beschränken. Vielmehr waren die Täter zumeist entweder „Einzelkämpfer“ oder Angehörige bundesweit operierender neonazistischer Zusammenschlüsse wie der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG). Dennoch mußte – wie bereits dargestellt – gegenüber dem Jahr 1981 ein geringfügiger Anstieg des neonazistischen Potentials festgestellt werden. Zu dieser Entwicklung haben insbesondere vermehrt auftretende militante Motorrad-Rockergruppen beigetragen, deren weithin unkritische Nachahmung äußerlicher nazistischer Verhaltensmuster Besorgnis erweckt. Wengleich den meisten Gruppen nach wie vor keine eindeutig rechtsextremistische Zielsetzung nachzuweisen ist, nehmen doch die Fälle zu, in denen Angehörige von Rockergruppen ausländerfeindliche und rechtsextremistische Parolen aufgreifen, aggressiv vertreten und ihre Aufgeschlossenheit für derartige Tendenzen und Emotionen auch durch ihr äußeres Erscheinungsbild zeigen.

Die eigenen Wertvorstellungen der Gruppenmitglieder werden vor allem durch das Recht des Stärkeren geprägt: Kampf und Härte in der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, „maskuline“ Verhaltensweisen und Attribute werden verherrlicht. Das Gebot der strikten Unterordnung innerhalb der Gruppe sowie des absoluten Gehorsams gegenüber dem Anführer („Führerprinzip“) wird widerspruchslos akzeptiert.

Im Jahre 1982 sind in Baden-Württemberg vor allem die folgenden Gruppen mit erkennbar rechtsextremistischer Einstellung in Erscheinung getreten:

– „Motorradclub ‚Stander Greif‘ “

Nach Presseäußerungen soll die Rockergruppe MC „Stander Greif“, der angeblich zeitweise 70 bis 80 Personen angehört haben, bereits 1973 im Kreis **Ludwigsburg** gegründet worden sein; öffentlich aktiv wurde sie allerdings erst Anfang der achtziger Jahre. Bei dem Motorradclub handelt es sich um einen losen Zusammenschluß Motorsportbegeisterter ohne feste Organisationsstruktur. Untergliederungen, insbesondere Ortsgruppen, sind nicht bekannt, wohl aber

Militante Motorrad-Rockergruppen zeigen nazistische Verhaltensmuster

Kontakte zu vergleichbaren Gruppen in anderen Städten. Darüber hinaus besteht Verbindung zu einer Motorradgruppe gleichen Namens in Hessen. Das Emblem des Clubs, ein rotes „H“ mit weißem Schwert, gleicht in seiner Aufmachung dem Divisionszeichen der früheren 9. SS-Panzerdivision „Hohenstaufen“.

Zeichen der
9. SS-Panzerdivision
Hohenstaufen



Clubabzeichen des
MC „Stander Greif“



Angehörige des MC
„Stander Greif“ traten
durch Gewalttätigkeiten
in Erscheinung 97

Angehörige des MC „Stander Greif“ sind in den vergangenen Jahren wiederholt durch Wirtshaus-Schlägereien und andere Gewalttätigkeiten in Erscheinung getreten: Gegen

einzelne Mitglieder sind in diesem Zusammenhang mehrfach Ermittlungsverfahren, unter anderem wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs, der gefährlichen Körperverletzung und anderer Delikte, anhängig gewesen. Bei einer Massenschlägerei unter Beteiligung von Mitgliedern des MC „Stander Greif“ am 31. Dezember 1981 in **Gündelbach** bei Vaihingen/Enz erlitt ein türkischer Staatsangehöriger tödliche Verletzungen. In dem hierzu am 14. September 1982 ergangenen Urteil der Jugendstrafkammer des Landgerichts **Heilbronn** wurde der 20jährige Hauptangeklagte zu drei Jahren und sechs Monaten Jugendstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung machte der Vorsitzende Richter den Angehörigen des Motorradclubs unter anderem „Rechtsdrall und Ausländerfeindlichkeit“ zum Vorwurf.

Interne Auseinandersetzungen über die Ausrichtung des Clubs führten Ende 1982 zum Ausschluß von Mitgliedern, die in der Vergangenheit zweifelsfrei rechtsextremistisches Gedankengut vertreten hatten.

– „Motorradfreunde ‚Werwolf‘ Tuttlingen e. V.“

Den „Motorradfreunden ‚Werwolf‘ **Tuttlingen** e. V.“ gehören etwa 50 Personen an. Die Gruppe machte durch das Tragen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und durch tätliche Auseinandersetzungen mit türkischen Staatsangehörigen auf sich aufmerksam. So waren bereits im Mai 1981 zwei Mitglieder der „Werwölfe“ mit „Heil-HITLER-Rufen“ in ein türkisches Lokal eingedrungen, während andere im Sprechchor riefen: „HITLER verbrannte die Juden, wir verbrennen die Türken!“

Zwar haben die „Motorradfreunde“ diese Vorwürfe entschieden zurückgewiesen, zugleich jedoch eingeräumt, daß es in der Vergangenheit „politische Probleme“ gegeben habe. Angeblich gehört der betroffene Personenkreis der Gruppe inzwischen nicht mehr an.

Neben diesen, offenbar auf Provokationen ausgehenden Motorrad-Rockergruppen, bei denen häufig nur Ansätze einer ideologischen Prägung zu erkennen sind, gibt es erste Anzeichen dafür, daß auch in unserem Lande sich erneut kleine, organisatorisch noch wenig verfestigte NS-Zirkel zusammenfinden könnten:

Im Raum **Nagold** ist Ende des Jahres 1982 eine etwa 5 bis 10 Personen umfassende neonazistische Gruppe bekannt geworden, die unter der Bezeichnung „**Nationale Aktivist**en“ **Nagold** – auftritt und enge Kontakte zu zwei gleichnamigen Gruppen in Fulda und Frankfurt am Main unterhält. Eine weitere derartige Gruppe ist am 27. Februar 1983 in Karlsruhe in Erscheinung getreten.

Besorgniserregend ist vor allem der Umstand, daß es sich bei der Mehrzahl der Gruppenmitglieder um sehr junge Menschen handelt, die mit großem Fanatismus neonazistisches Gedankengut vertreten.

Aufkleber der
„Nationalen
Aktivisten“



NATIONALE AKTIVISTEN

2.4 Rechtsextremistische Gesetzesverletzungen

Im Jahre 1982 waren wiederum rechtsextremistische Gesetzesverletzungen zu verzeichnen. Die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in anderen Bundesländern bewiesen erneut, daß die kriminelle Energie und die Brutalität, die zumindest einen Teil der rechtsextremen Aktivisten kennzeichnen, weiter gestiegen ist. Eine exakte Lagebeurteilung wird allerdings dadurch erschwert, daß Gewaltakte neonazistischer Einzeltäter sehr häufig einem spontanen Entschluß entspringen und infolgedessen kaum vorherzusehen und zu verhindern sind.

In Baden-Württemberg wurde 1982 eine Person verurteilt, die zumindest einige der ihr nachgewiesenen 30 Straftaten aus politisch extremen Beweggründen begangen hat:

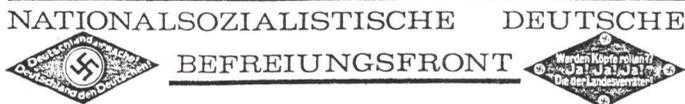
Ein heute 32jähriger Molkereifachgehilfe aus **Rottweil**, der am 20. September 1982 wegen Mordes sowie 14 Fällen des Mordversuchs zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 15 Jahren und anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt wurde, hatte sich in der Zeit von Mai bis Oktober 1981 in mindestens 29 Fällen als „Hecken-

*Gewaltakte neonazisti-
scher Einzeltäter kaum
vorhersehbar*

schütze“ betätigt. Am 19. Juli 1981 erschöß er in einer Waldhütte bei **Freudenstadt** einen 62jährigen Rentner, den er als „Landstreicher“ und „Parasiten“ bezeichnete. In den übrigen Fällen schoß der Täter aus dem Hinterhalt auf die Insassen sowohl deutscher als auch ausländischer Kraftfahrzeuge. Bei diesen Mordanschlägen benutzte er ein großkalibriges Repetiergewehr, dessen Lauf und Schaft abgesägt waren, damit die Waffe unauffällig transportiert werden konnte. Nach eigenen Angaben wollte der Täter mit seinen Schüssen auf Ausländer, die er als Feinde Deutschlands ansah, diese Personengruppe in Panik versetzen und ihr „einheizen“, weil Deutschland nur überleben könne, wenn es seine Feinde vernichte. Ausländer seien seiner Überzeugung nach durchweg „minderwertige Batschacken“, die Deutschen dagegen ein „Elitevolk“.

Bei der Mehrzahl der 1982 bekannt gewordenen, mutmaßlich von Rechtsextremisten begangenen Gesetzesverletzungen handelt es sich um neonazistisch ausgerichtete Schmier- und Klebeaktionen, konspiratives Verbreiten von NS-Propagandamaterial sowie um das Versenden von Droh- und Erpresserbriefen. Besondere Aufmerksamkeit erregte in diesem Zusammenhang eine über mehrere Monate sich hinziehende Drohbrieferie einer „Aktionsgruppe Albert Leo SCHLAGETER“, mit der versucht wurde, im Großraum **Stuttgart** ansässige Baufirmen und Brauereien zur Zahlung größerer Geldsummen und zur Entlassung ausländischer Arbeitnehmer zu zwingen. Für den Weigerungsfall wurden Anschläge auf diese Firmen angedroht. Trotz nachhaltiger Bemühungen aller zuständigen Behörden gelang es bisher nicht, die Hintermänner dieser „Aktionsgruppe“ zu ermitteln.

Eine weitere, bislang ebenfalls anonym gebliebene „Gruppe“, die ähnliche Ziele verfolgte, nannte sich „**Nationalsozialistische Deutsche Befreiungsfront**“ (**NSDBF**). Auf einem der bundesweit verschickten Drohbriefer wurde **Breisach** als angeblicher Sitz der Organisation angegeben.



Briefkopf der NSDBF

Einen Überblick über die 1982 bekannt gewordenen Gesetzesverletzungen vermutlich rechtsextremen Ursprungs vermittelt die nachfolgende zahlenmäßige Übersicht (vgl. Seite 101).

Rechtsextremistische Gesetzesverletzungen in Baden-Württemberg

Regierungs- bezirk	Anzahl der Gesetzes- verletzungen			Schmier- und Klebeaktionen			Aktionen gegen jüdische Einrichtun- gen und Mitbürger			Sonstige Vorkomm- nisse (Versand von Drohbriefen, NS-Schriften u. a.)			Rechts- extremistisch motivierte Gewalttaten		
	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982	1980	1981	1982
Freiburg	10	14 (21)	18	3	9	10	1	2	3	5	3	5	1	-(21)	-
Karlsruhe	15	10 (5)	21	7	7	11	2	1	5	6	2	5	-	-(5)	-
Stuttgart	18	11 (-)	33	8	6	17	2	2	3	5	3	13	3	-(-)	-
Tübingen	8	10 (3)	19	2	5	19	1	2	4	5	3	6	-	-(3)	-
Baden- Württemberg	51	45 (29)	91	20	27	47	6	7	15	21	11	28	4	-(29)	-

Anmerkung:

Zu 1981:

Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf insgesamt 29 Gewalttaten eines Einzeltäters, die bereits 1981 verübt, aber erst im Jahre 1982 bekannt geworden sind (vgl. S. 99 f.).

Zu 1982:

Die überdurchschnittliche Zunahme rechtsextremistischer Gesetzesverletzungen im Regierungsbezirk **Stuttgart** ist vor allem auf die Drohbriefaktion der „Aktionsgruppe Albert Leo SCHLAGETER“ (vgl. S. 100) sowie die Verbreitung von NS-Propagandamaterial durch einen Einzelaktivisten im Raum **Göppingen** zurückzuführen.

2.5 Maßnahmen gegen rechtsextreme Aktivisten

Die bundesweit festzustellende Zunahme von Ermittlungsverfahren gegen Angehörige rechtsextremistischer Gruppen sowie gegen neonazistische „Einzelkämpfer“ beweist, daß einerseits rechtsextrem motivierte Gesetzesverletzungen weiter anhalten, deutet jedoch andererseits auch auf eine zunehmende Sensibilisierung der Öffentlichkeit hin, die vermehrt zu sachdienlichen Hinweisen aus der Bevölkerung führt.

In Baden-Württemberg wurden im Jahre 1982 insgesamt 112 Fälle bekannt, in denen die Strafverfolgungsbehörden jeweils Ermittlungsverfahren gegen einen oder mehrere Beschuldigte wegen Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund eingeleitet haben. Ein Großteil dieser Verfahren mußte wegen Nichtermittlung der Täter eingestellt werden; dies traf vor allem auf Schmier- und Klebeaktionen sowie das anonyme Versenden von Drohbriefen und Propagandamaterial zu.

Gesteigerte Aufmerksamkeit erregten 1982 die Hauptverhandlungen gegen Mitglieder und Anhänger der im Jahre 1980 zerschlagenen rechtsterroristischen „**Deutschen Aktionsgruppen**“ (vgl. Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1980, Seite 81 ff.):

Am 18. Januar 1982 begann vor dem Oberlandesgericht **Stuttgart** der Prozeß gegen den „harten Kern“ der „Deutschen Aktionsgruppen“. Angeklagt waren der ehemalige Rechtsanwalt Manfred ROEDER, Schwarzenborn/Hessen, die medizinisch-technische Radiologieassistentin Sibylle VORDERBRÜGGE, Hannoversch Münden, der Werkmeister Raymund HÖRNLE, **Kirchheim** – Jesingen, und der Facharzt Dr. Heinz COLDITZ, **Dettingen**, unter anderem wegen Rädelführerschaft bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, wegen Mordes, Mordversuchs, der Herbeiführung von Sprengstoffexplosionen und anderer schwerer Straftaten. Nach über 40 Verhandlungstagen wurden die vier Angeklagten am 28. Juni 1982 zu 6 Jahren (Dr. COLDITZ), 13 Jahren (ROEDER) bzw. zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe (HÖRNLE und VORDERBRÜGGE) verurteilt.

Ein weiteres Strafverfahren war gegen den Schwiegersohn Raymund HÖRNLEs, Wolfgang WÖRNER, anhängig. Dieser wurde vom Landgericht **Stuttgart** am 16. November 1982 wegen seiner Beteiligung an dem Sprengstoffanschlag auf das Landratsamt **Esslingen**, begangen am 21. Februar 1980, zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Schließlich fand in der Zeit vom 2. November bis 15. Dezember 1982 vor dem Oberlandesgericht **Stuttgart** die Hauptverhandlung gegen sechs weitere Anhänger der „Deutschen Aktionsgruppen“ statt, denen unter anderem Sprengstoffdelikte sowie Beihilfe zu gefährlichen Körperverletzung und zur schweren Brandstiftung vorgeworfen wurde. Am 15. De-

Anhänger der „Deutschen Aktionsgruppen“ zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt

zember 1982 verhängte das Gericht nach 14 Verhandlungstagen Freiheitsstrafen zwischen 10 und 21 Monaten. Sämtliche Freiheitsstrafen wurden auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt und den Angeklagten die Zahlung von Geldbeträgen zwischen DM 5000,- und DM 12 000,- auferlegt.

2.6 Internationale Verflechtung des Rechtsextremismus

Unverminderte Zusammenarbeit mit ausländischen Neonazi-Gruppen

Das Bestreben deutscher und ausländischer Neonazis, die seit Jahren erkennbare Zusammenarbeit weiter zu verstärken und nach Möglichkeit gemeinsame Aktionen zu koordinieren, hält unvermindert an. Im Rahmen von Veranstaltungen, die der Festigung alter und der Schaffung neuer organisationsbezogener Kontakte dienen, sind vielfach auch persönliche Beziehungen vertieft oder neu geknüpft worden.

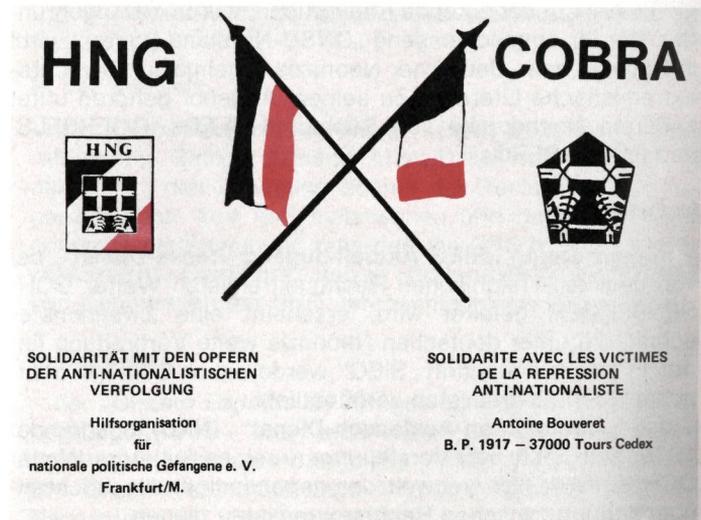
Hauptträger der internationalen Zusammenarbeit in Westeuropa sind:

In Frankreich

– die „**Faisceaux Nationalistes Européens**“ (F.N.E.), die als die Nachfolgeorganisation der am 3. September 1980 durch Beschluß des französischen Ministerrats verbotenen „**Fédération d'Action Nationale et Européenne**“ (F.A.N.E.) zu betrachten ist. Die F.N.E. tritt für die Schaffung eines unter nationalsozialistischer Herrschaft stehenden Europas ein.

– das „**Comité Objectif entraide et solidarité avec les victimes de la Répression Antinationaliste**“ (COBRA). COBRA wurde Anfang 1982 nach dem Vorbild der deutschen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e. V.“ (HNG) geschaffen. Zwischen beiden Organisationen bestehen enge Verbindungen, was auch durch einen gemeinsamen Aufkleber dokumentiert wird:

Gemeinsamer Aufkleber von HNG und COBRA



– die **Nouvelle Droite**“ (Neue Rechte). In dieser Bewegung haben sich verschiedene Gruppen und Publizisten rechtsextremer Prägung gesammelt. Einer ihrer führenden Vertreter ist Alain de BENOIST, der seit vielen Jahren enge Kontakte zu deutschen Rechtsextremisten unterhält.

In Großbritannien

– die „**National Front**“ (**NF**), die bereits 1967 durch den Zusammenschluß mehrerer rechtsextremistischer Gruppen entstanden ist. Die als Partei organisierte Vereinigung ist in jüngster Zeit mehrfach mit Ausschreitungen und Krawallen gegen Ausländer in Zusammenhang gebracht worden.

– das „**British Nationalist and Socialist Movement**“ (**B.N.S.M.**) war bis Anfang 1982 unter der Bezeichnung „British Movement“ aktiv. Seine Mitglieder traten wiederholt durch gewalttätige Aktionen hervor.

– die „**Column 88**“ (**C 88**) ist erstmal 1970 bekannt geworden; sie besitzt keine feste Organisationsstruktur. In den Jahren 1978 bis 1980 erklärten sich in England Aktivisten von C 88 für zahlreiche Briefbombenanschläge auf Gewerkschafter und andere politische Gegner verantwortlich.

In Belgien

– der „**Vlaamse Militanten Orde**“ (**VMO**), der bereits 1949 gegründet wurde, entwickelte sich seit Anfang der siebziger Jahre zur bekanntesten neonazistischen Gruppe in Belgien. Bei öffentlichen Veranstaltungen, die vor allem der ausländerfeindlichen Agitation dienen, treten die Mitglieder des VMO meist in uniformähnlicher Kleidung auf.

In Dänemark

– die „**Danmarks Nationalsocialistiske Ungdom**“ (**DNSU**), eine relativ unbedeutende Kleingruppe, wurde 1970 gegründet. Der ihr angeschlossene „DNSU-Nordland-Forlag“ wirbt in Publikationen deutscher Neonazis regelmäßig für rechtsextremistische Literatur. Zu seinem Angebot gehören unter anderem Nachdrucke von Büchern HITLERS, GOEBBELS' und ROSENBERGS.

In Österreich

– in dem Verlag „**SIEG Aktuell-Jugend-Presse-Dienst**“, der von dem österreichischen Rechtsextremisten Walter OCHSENBERGER geleitet wird, erscheint eine Zweimonatschrift, die unter deutschen Neonazis weite Verbreitung findet. In dieser Zeitschrift „SIEG“ werden auch Beiträge deutscher Rechtsextremisten veröffentlicht.

– der „**Nachrichten-Austausch-Dienst**“ (**NAD**), gegründet 1979, soll nach den Vorstellungen seines Initiators Walter OCHSENBERGER weltweit der gegenseitigen Nachrichtenübermittlung zwischen Rechtsextremisten dienen.

In Österreich gedruckte
neonazistische
Zeitschrift

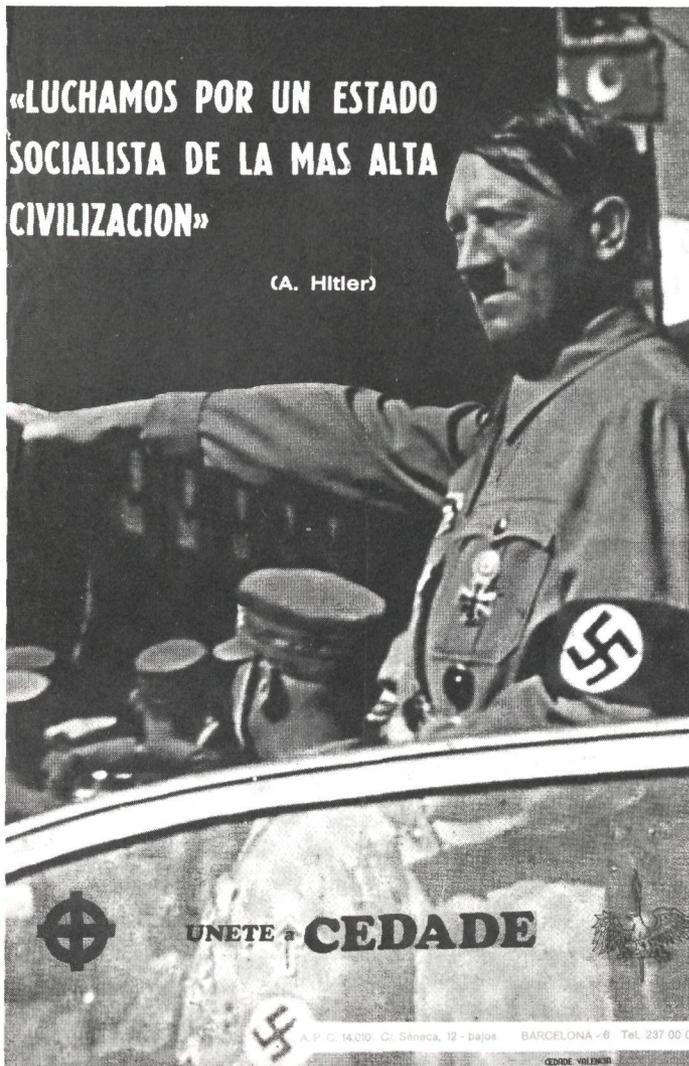


In der Schweiz

– die „Europäische Neuordnung“ (ENO) unter ihrem Generalsekretär Gaston Armand AMAUDRUZ bemüht sich seit Jahren um den Zusammenschluß der Rechtsextremisten in ganz Europa. Ihre nationalistischen und betont antisemitischen Zielvorstellungen publiziert die ENO in der Zeitschrift „Courier du Continent“ und in „Erklärungen“, die anlässlich von Kongressen der ENO verabschiedet werden.

In Spanien

– der „Circulo Español de Amigos de Europa“ (CEDADE) – gegründet 1965 – setzt sich unverblümt für die Wiedererrichtung des Nationalsozialismus HITLERscher Prägung ein. Die Gruppe unterhält enge Verbindungen zu deutschen Neonazis.



Plakat der CEDADE

Die vom CEDADE zumeist in spanischer Sprache herausgegebenen Schriften und sonstigen Propagandamaterialien finden auch im Bundesgebiet Verbreitung.

– die „Fuerza Nueva“ (FN), eine um 1970 gegründete spanische Partei, verfolgte eindeutig faschistische Ziele. Bis zu ihrer Selbstauflösung im November 1982 bestanden vielfältige Kontakte zu Gesinnungsgenossen in der Bundesrepublik Deutschland.

In Kanada

– der Verlag „Samisdat Publishers Ltd.“ in Toronto wird von dem aus Wildbad –Calmbach stammenden Ernst Christof Friedrich ZÜNDEL geleitet, der in mehreren Büchern und

zahlreichen Rundbriefen ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus abgelegt hat. Seit der bundesweiten Durchsuchungsaktion bei Beziehern seiner Schriften am 24. März 1981 hat ZÜNDEL zahlreiche Anhänger verloren.

In den Vereinigten Staaten von Amerika

– der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO) in Lincoln, Nebraska/USA, kommt seit Jahren eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für den Zusammenhalt der deutschen Neonazis zu. Ihr „Organisations- und Propagandaleiter“, Gary Rex LAUCK, schleust große Mengen von Hakenkreuz-Aufklebern und -plakaten in das Bundesgebiet ein. Mit ihrem Publikationsorgan „NS-KAMPFRUF“, in dem auch deutsche Gesinnungsgenossen zu Wort kommen, verfügt die NSDAP-AO über ein Agitationsinstrument, das unter Neonazis weite Verbreitung findet. In dem vierteljährlich erscheinenden Blatt wird offen zur Gewaltanwendung aufgerufen und die „Aufhebung des NS-Verbots“ gefordert.



NS KAMPFRUF

KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN
ARBEITERPARTEI AUSLANDS – UND AUFBAUORGANISATION

NUMMER 46

WINTER 1982 (93)

*Illegal aus den USA
eingeschleuste neo-
nazistische Zeitung*

Zwei junge Nationalsozialisten brutal ermordet

Zerschlagt diesen Staat!

– in den Verlagen „White Power Publications“ und „Liberty Bell Publications“ in Reedy und Liverpool, West Virginia/USA, werden neonazistische Propagandaschriften wie „Der Schulungsbrief“ oder „The Liberty Bell“ hergestellt. Der Inhaber dieser Verlage, der deutschstämmige Georg P. DIETZ, verherrlicht in seinen Schriften das nationalsozialistische Regime Adolf HITLERS und übernimmt dessen antijüdische Hetze.

3. Nationaldemokratische Organisationen

3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Die von der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) etwa seit 1981 unternommenen Anstrengungen, mit Hilfe der von Parteiaktivisten gegründeten und gesteuerten „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) neue Mitglieder zu gewinnen und die eigenen Wahlchancen zu verbessern, hatten auch nicht näherungsweise den erhofften Erfolg. Die Rechnung der NPD, durch ausländerfeindliche Parolen und Zielsetzungen ihr Potential vergrößern zu können ging nicht auf. Auch unter den Arbeitslosen, die von den Nationaldemokraten in sehr vordergründiger Absicht als Zielgruppe angesprochen wurden, fand die Partei mit ihrer Polemik in der Ausländerfrage nur wenig Anklang. In einer sich speziell diesem Thema widmenden Publikation mit dem Titel „Deutsche Zukunft“ wurde massive Kritik an

NPD-gesteuerte „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ blieb ohne den erhofften Erfolg

DEUTSCHE ZUKUNFT

Ausgabe Nr. 1 / 1982

Zeitschrift der BI Ausländerstopp

MITMACHEN BEIM VOLKSBEGEHREN

Das neue Volksbegehren der BI Ausländerstopp rollt. Nur anderthalb Wochen: und schon waren die erforderlichen 3000 Unterschriften zusammen. Presse, Funk und Fernsehen berichten. „Man rechnet damit, daß die BI Ausländerstopp mit dem neuen Volksbegehren an die Adressen von 400000 bis 500000 Sympathisanten kommt“, meinte kürzlich der Kommentator vom ZDF.

Worum geht es? Die Bürgerinitiative Ausländerstopp will, daß ausländische Schüler in Zukunft eigene Klassen bekommen. Zusammen mit Deutschen, das funktioniert nicht: die deutschen Kinder lernen in Klassen mit vielen Ausländern schlechter Schreiben, Lesen und Rechnen. Eigene Klassen für Ausländer auch deshalb, damit die Rückkehrbereitschaft der Ausländer gefördert wird. Die Ausländerkinder, die hier sind, sollen auf die Rückkehr vorbereitet werden. Denn wir wollen kein Einwanderungsland sein! Schluß mit der Benachteiligung deutscher Kinder, Rückkehrförderung der Ausländer. **Deshalb: Unterstützen Sie das neue Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen.**

Was Sie tun können, lesen Sie auf Seite 2!



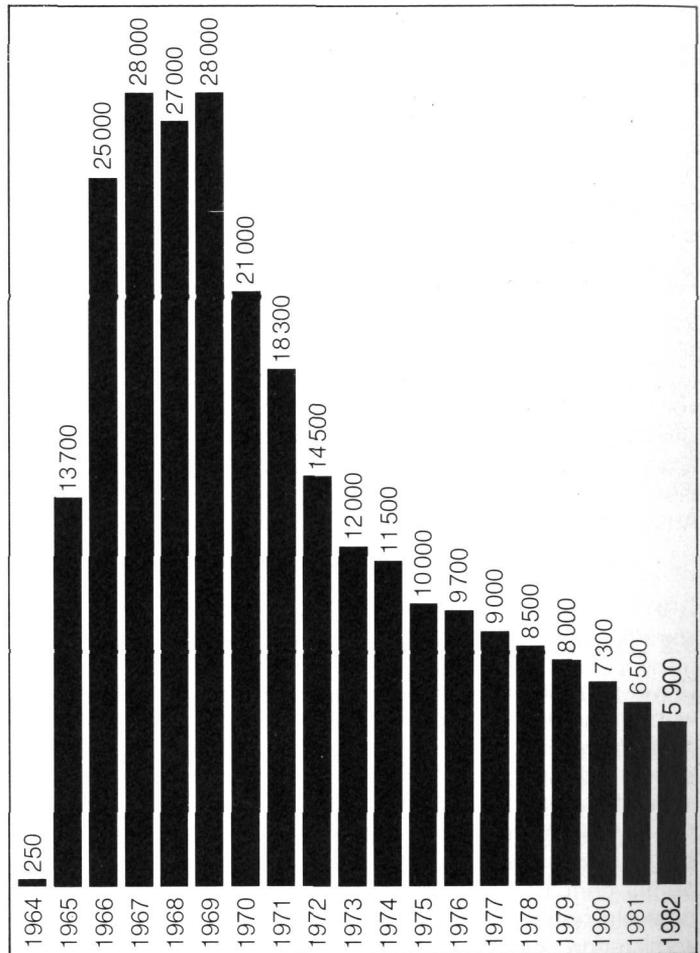
*Publikation der
„BI Ausländerstopp“*

den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländern und den „herrschenden Integrations- und Einwanderungspolitiker(n)“ geübt.

In Nordrhein-Westfalen scheiterten zwei Versuche der von der NPD gesteuerten „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, die Rückführung der Ausländer in ihre Heimatländer durch ein Volksbegehren zu erzwingen. Auch alle anderen, bundesweit betriebenen Propagandakampagnen der Parteiführung zu diesem Thema blieben ohne die erwartete Resonanz.

Selbst innerhalb der eigenen Organisation stellte sich der beschworene Neubeginn nicht ein: im Bundesdurchschnitt überstieg die Zahl der Austritte wie schon seit Jahren die der Neuzugänge. Dies hatte zur Folge, daß das personelle

Mitgliederstärke der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) im Bundesgebiet 1964–1982



Potential der NPD von 6500 Mitgliedern im Jahre 1981 auf 5900 Ende 1982 zurückging. Im Gegensatz zu diesem bundesweiten Trend gelang es der Partei allerdings in Baden-Württemberg, aufgrund der Tätigkeit einiger engagierter Funktionäre ihren Mitgliederbestand von 900 Personen im Jahre 1981 auf nunmehr knapp 950 zu vergrößern.

Häufige Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner zwangen die NPD, ihr Auftreten in der Öffentlichkeit weiter einzuschränken. So wurden 1982 nur noch wenige Großveranstaltungen der Nationaldemokraten durchgeführt. Selbst bei der Vorbereitung ihrer Landes- und Bundesparteitage sah sich die NPD unter dem Eindruck von Gegenkundgebungen mehr und mehr genötigt, die jeweiligen Veranstaltungsorte möglichst lange geheim zu halten, um größeren Protestaktionen zu entgehen.

Der 17. ordentliche Landesparteitag der NPD Baden-Württembergs, der unter dem Motto „Kampf den Verfassungsfeinden“ stand und auf dem der bisherige Landesvorsitzende Jürgen SCHÜTZINGER aus **Villingen-Schwenningen** wiedergewählt wurde, konnte erst nach längeren Bemühungen am 24. April 1982 in **Stuttgart** –Steinhaldenfeld stattfinden. Für den wegen der vorgezogenen Bundestagswahl am 6. März 1983 notwendig gewordenen außerordentlichen Landesparteitag, auf dem die Kandidaten für die NPD-Landesliste nominiert wurden, gelang schließlich nach mehreren ergebnislosen Versuchen die Anmietung eines Tagungsraums in **Schwetzingen**.

Beide Parteiveranstaltungen verliefen im Gegensatz zum 16. ordentlichen Bundesparteitag der NPD am 26. und 27. Juni 1982 in Germersheim (Rheinland-Pfalz), bei dem eine direkte Konfrontation mit den in großer Zahl erschienenen politischen Gegnern nur durch starken Polizeieinsatz verhindert werden konnte, ohne nennenswerte Störungen. Die Delegierten des Bundesparteitags in Germersheim verabschiedeten „Nationaldemokratische Leitlinien“, mit denen die NPD unter dem Motto „Deutschland den Deutschen – Ausländerstopp!“ in den Bundestagswahlkampf ziehen will.

3.2 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Die in den vergangenen Jahren wesentlich aggressiver gewordene Jugendorganisation der NPD, die „**Jungen Nationaldemokraten**“ (JN), ist ihrer organisatorischen Schwierigkeiten bislang nicht Herr geworden. Immerhin hat sich vor allem der JN-Landesverband Baden-Württemberg bemüht, den 1981 erkennbar gewordenen Zerfallserscheinungen entgegenzuwirken. Als erster Schritt auf diesem Wege wurde auf dem 12. Landeskongreß am 27. März 1982 in **Karlsruhe** ein neuer Landesvorstand gewählt. Der NPD-Landesvorsitzende Jürgen SCHÜTZINGER forderte während des

JN wirken Zerfallerscheinungen entgegen

Kongresses die JN dazu auf, zusammen mit der Mutterpartei die „günstige Lage“ zu nutzen, um aus dem „Ghetto der Isolation durch das Medien- und Parteienkartell“ auszubrechen. Daß dies möglich sei, beweise die – nach der Behauptung SCHÜTZINGERS – positive Reaktion der Bevölkerung auf die NPD-Kampagne „Ausländerstopp“.

Um die Arbeit der JN in Baden-Württemberg wieder zu aktivieren und zu koordinieren, gibt der Landesverband seit Anfang 1982 das Informationsblatt „JN-intern“ heraus, von dem inzwischen sechs Ausgaben erschienen sind.

Daß die von aktiven Mitgliedern und Funktionsträgern erhoffte bundesweite Neubelebung der JN nicht erreicht wurde, zeigt die weiterhin rückläufige oder stagnierende Mitgliederentwicklung: bundesweit ging die Zahl der JN-Angehörigen von 750 im Jahre 1981 auf nunmehr 500 zurück; in Baden-Württemberg blieb sie mit etwa 80 Personen konstant.

Aufkleber der JN



3.3 „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB)

Der 1967 in **Tübingen** als Studentenvereinigung der NPD gegründete „**Nationaldemokratische Hochschulbund**“ (NHB) blieb 1982 in Baden-Württemberg nahezu inaktiv. An den Hochschulen des Landes ist er – von der Präsenz weniger Einzelmitglieder abgesehen – nicht mehr vertreten.

Neue Impulse für den Gesamtverband erhoffen sich die etwa 50 aktiven Mitglieder von dem auf der „19. Bundesversammlung“ 1982 in München zum Vorsitzenden gewählten Studenten Peter MARX aus Saarbrücken, der bis Ende Oktober 1982 stellvertretender Bundesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) war, dort aber für seine politischen und organisatorischen Vorstellungen nicht die nötige Unterstützung gefunden hatte.

3.4 „Motor-Club National“ (MCN)

Der „MC-National“ wurde im März 1981 auf Initiative und mit Unterstützung von NPD-Funktionären in **Mannheim** gegründet. Ihm gehörten zeitweise über 50 Jugendliche an. Der MCN, der sich den Wahlspruch der ehemaligen SS „Unsere Ehre heißt Treue“ gegeben hat, möchte nach seiner Satzung ein „Zusammenschluß all jener motorsportbegeisterten Deutschen (sein), die ihr Vaterland und die Freiheit“ lieben. Darüber hinaus versteht er sich als strikt antikommunistisch und bezeichnet sich als erklärten Gegner all derer, „die unser Land und Volk unterdrücken und vernichten wollen“.

Obwohl der „MC National“ aufgrund seiner bisherigen Aktivitäten eher der „Polit-Rocker-Szene“ zuzuordnen ist, wird er wegen seiner Nähe zur NPD und der in seiner Satzung festgelegten Ziele und Grundsätze zumindest als rechtsextremistisch beeinflusst gelten müssen.



Clubabzeichen des MCN

4. „National-Freiheitliche Rechte“

Die 1971 von dem Verleger und Publizisten Dr. Gerhard FREY, München, gegründete „**Deutsche Volksunion**“ (DVU) bildet den eigentlichen organisatorischen Kern für alle in der „National-Freiheitlichen Rechten“ zusammengeschlossenen Vereinigungen.

Aufkleber der DVU



*DVU zahlenmäßig
stärkste Organisation
der extremen Rechten*

Die Bedeutung der DVU ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen, seitdem Dr. FREY sich bei der Umsetzung seiner politischen Forderungen und Thesen vermehrt der in die Vereinigung integrierten Aktionsgemeinschaften „**Aktion deutsche Einheit – AKON**“, der „**Volksbewegung für Generalamnestie**“ (VOGA), der „**Initiative für Ausländerbegrenzung**“ (I.f.A.) und der „**Aktion deutsches Radio und Fernsehen**“ (ARF) bedient. Dadurch hat die DVU sich inzwischen zur zahlenmäßig stärksten Organisation der extremen Rechten entwickelt, wenn auch der Aufwärtstrend der vergangenen Jahre erkennbar schwächer geworden ist.

Demgegenüber trat der von Dr. FREY 1972 als Funktionärs- und Koordinierungsgremium gegründete „**Freiheitliche Rat**“ (FR), dem die Repräsentanten der „Aktionsgemeinschaften“ und anderer rechtsextremer Gruppierungen angehören, immer mehr in den Hintergrund.

Der Grundtenor der politischen Agitation Dr. FREYs ist seit Jahren nahezu unverändert geblieben: er wendet sich in seiner „**Deutschen National-Zeitung**“ (DNZ) insbesondere gegen die These von der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg, leugnet oder bagatellisiert Naziverbrechen und stellt die Existenz von Gaskammern in den „Konzentra-

Für Deutschland eintreten

als Mitglied der
überparteilichen
verfassungstreuen
freiheitlichen



DEUTSCHEN VOLKSUNION

Für das Recht des deutschen Volkes
mit vereinten Kräften wirken
auch in den Aktionsgemeinschaften der DVU

*Aktionsgemeinschaften
der DVU*

AKON

Aktion deutsche Einheit
für die Wiedervereinigung Gesamt-Deutschlands
in Frieden und Freiheit



I.f.A. Initiative
für Ausländerbegrenzung
für ein deutsches Deutschland
für unser Recht auf unser eigenes Land



ARF Aktion deutsches
Radio und Fernsehen
für Beachtung der Interessen unseres Volkes
in den Medien



VOGA Volksbewegung
für Generalamnestie
für ein Ende der Strafverfolgung
von Besiegten des II. Weltkrieges



Treten Sie ein! Helfen Sie mit durch Spenden!

Spendenkonten: DVU Postscheckkonto München, Konto-Nummer 256626-808
Münchner Bank München, Konto-Nummer 60555, BLZ 70190100

tionslagern“ und damit gleichzeitig die Massenvernichtung von Juden in Frage.

Mit den oben bereits genannten Aktionsgemeinschaften sowie mit den von ihm herausgegebenen Publikationsorganen „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) und „Deutscher Anzeiger“ (DA) – dem Organ der DVU – spricht Dr. FREY eine über den organisierten Kreis von Rechtsextremisten hinausreichende Bevölkerungsgruppe an. Dabei versucht er zugleich auf vielfältige Weise, etwa durch direkte Aufrufe oder durch Leserumfragen, neue Mitglieder für die von ihm gelenkten Organisationen oder weitere Abonnenten für seine Zeitungen zu gewinnen.

Einen aktuellen Anlaß für solche Indoktrinations- und Werbeaktionen bot Dr. FREY die erneute Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“ im November 1982. Den Lesern wurden in einer Umfrage zum Gegenstand der Sendung, der als

„riesiger Schwindel“ und als „Volksverhetzung gegen Deutschland“ bezeichnet wurde, insgesamt sieben plump-suggestiv angelegte „statements“ vorgegeben, auf die mit „ja“ oder „nein“ zu reagieren war, wie etwa:

„Ich lehne das antideutsche Horrorstück ‚Holocaust‘ aus Hollywood entschieden ab und bin der ganzen Umerziehungspropaganda völlig überdrüssig.“

„Ich vermisse jede Ausgewogenheit, Objektivität und Fairneß, weil Schuldvorwürfe gegen die Besiegten des Zweiten Weltkrieges bis zum Erbrechen wiederholt, Schandtaten der Sieger aber geleugnet, minimalisiert oder verherrlicht werden.“

Auch diese, offizielle von der „Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA) getragene „Meinungsumfrage“ war gleichzeitig mit einer Mitgliederwerbung verbunden. So hieß es am Ende der Anzeige:

„Aus Protest gegen die systematische Desinformationspolitik von Fernsehen und Rundfunk beantrage ich meine Mitgliedschaft in der VOGA-Schwesterorganisation AKTION DEUTSCHES RADIO UND FERNSEHEN (ARF) – Mitgliedsbeitrag monatlich nur eine Mark –.“

Parallel zu dieser Kampagne organisierte die „Deutsche Volksunion“ (DVU) im November 1982 in zehn Städten Vortragsveranstaltungen mit dem britischen Publizisten David IRVING zu dem Thema „Der ungesühnte Holocaust – die Vertreibung der Deutschen.“

Bereits seit einiger Zeit tritt David IRVING bevorzugt als Referent bei DVU-Veranstaltungen auf und äußert sich zu Fragen wie „Der Nürnberger Prozeß“, „Die Wahrheit über den Morgenthau-Plan – wie die Deutschen vernichtet werden sollten“ und „Die Schuld am Holocaust des Luftterrors“. Im Mai 1982 verlieh ihm Dr. FREY auf der Bundesversammlung der DVU in **Stuttgart** den mit DM 10 000,- dotierten „Europäischen Freiheitspreis der Deutschen National-Zeitung“. Mit besonderer Schärfe polemisiert Dr. FREY etwa seit 1980 mit völkisch-biologischen Argumenten gegen die Ausländerintegration. Zur Organisation dieser Kampagne wurde im Dezember 1980 die „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (I.f.A.) gegründet, deren Parole „Deutschland soll deutsch bleiben!“ an das fremdenfeindliche Motto der NPD „Ausländer-Stop – Deutschland den Deutschen!“ anknüpft.

5. Sonstige rechtsextreme Vereinigungen

Neben den neonazistischen, den nationaldemokratischen und den national-freiheitlichen Gruppierungen bestehen im Bundesgebiet noch weitere rechtsextreme Organisationen, von denen in unserem Lande jedoch nur die im folgenden dargestellten eine gewisse Bedeutung haben:

5.1 „Wiking-Jugend“ (WJ)

Die „Wiking-Jugend“ (WJ) wurde bereits 1952 auf Initiative eines Funktionärs der im gleichen Jahr vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Sozialistischen Reichs-Partei“ (SRP) gegründet. Sie beging am 27. November 1982 mit einer Festveranstaltung in Wilhelmshaven ihr 30jähriges Bestehen. In diesem Zeitraum hat sich die WJ von einer Jugendorganisation, die eine eigentümliche „Nordland-Ideologie“ vertritt, zu einem wichtigen Reservoir für neonazistische Gruppen und Einzelkämpfer entwickelt. Vor allem sind die Äußerungen führender Funktionäre, insbesondere auch des Bundesvorsitzenden Wolfgang NAHRATH, mittlerweile aggressiver, die Aktivitäten der WJ insgesamt deutlich militanter geworden. Vermehrt werden aus Anlaß von Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der „Wiking-Jugend“ neonazistisches Propagandamaterial, mitunter aber auch – wie im Dezember 1982 in Berlin – große Mengen an Waffen und Munition sichergestellt. Eine nicht unerhebliche Anzahl der heute im Bundesgebiet aktiven Neonazis kam über diese Jugendorganisation erstmals in Berührung mit rechtsextremem Gedankengut.

Im Organ der WJ, dem von der Bundesführung vierteljährlich herausgegebenen „WIKINGER“, spiegelt sich die rechtsextremistische Einstellung der führenden Funktionäre und ihre Sympathie für neonazistische Bestrebungen wider. So wurde in Nr. 1-82 unter den „Gedenktagen 1982“ an den Geburtstag des Gründers des rechtsextremistischen „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes“ (DKEG), Herbert BÖHME, sowie an den Todestag des „Vorkämpfers des Rassegedankens“, Arthur Graf GOBINEAU, erinnert. In Nr. 2-82 wurde auszugsweise der Rundbrief Nr. 21 des Neonazis Manfred ROEDER abgedruckt, in dem dieser die Verweigerung des Wehrdienstes aus „nationaler Überzeugung“ befürwortet:

„... Wer sich also der Bundeswehr verweigert, verweigert sich nicht der nationalen Verteidigung, sondern er verweigert sich der internationalen Söldnertruppe der NATO, die einzig und allein von amerikanischen imperialistischen Interessen geleitet wird und Europa zum atomaren ‚Schlachtfeld‘ machen will. Und er tut damit das Minimum, um einen Holocaust an den Völkern Europas

Aktivitäten der „Wiking-Jugend“ deutlich militanter

zu verhindern. Auch der Eid der Bundeswehr ist objektiv falsch und irreführend, denn die Bundeswehr kann niemals zum Schutz deutscher Interessen eingesetzt werden. Der Soldat dient ja gar nicht der BRD oder einem nationalen Staat, sondern der amerikanischen NATO! Der Wehrpflichtige kann gar nicht ‚der Bundesrepublik treu dienen‘, weil er nur im Rahmen der NATO eingesetzt werden kann. Aber wer würde schon einen Eid auf die NATO leisten? So läßt man es beim Etikettenschwindel...“

Ein unbekannter Verfasser nahm in Nr. 3-82 des „WIKINGER“ in polemischer Weise zu dem Hauptverfahren gegen Manfred ROEDER und drei weitere Angehörige der „Deutschen Aktionsgruppen“ Stellung, wobei die Verurteilung ROEDERS als Rädelsführer einer terroristischen Vereinigung heftig kritisiert wurde. In dem Verfahren sei es nicht vorrangig um die Beurteilung von Taten gegangen, sondern vielmehr darum einen „als gefährlich betrachteten politischen Gegner, seine Familie, seine kleinen Kinder und seine Arbeit kaputtzumachen“.

Wiking - Jugend



Aufkleber der WJ

Im „Fahrtenplan 1982“ boten die Bundesführung und die einzelnen Gaue der „Wiking-Jugend“ ihren Mitgliedern wieder ein umfangreiches Programm von Wochenendschulungen, Wanderungen und Zeltlagern an. Diese Veranstaltungen schaffen den maßgeblichen Funktionären regelmä-

Big die Gelegenheit, die Jugendlichen mit dem völkisch bestimmten Gedankengut der Organisation vertraut zu machen.

5.2 „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ)

Die Führungskrise, in die der „**Bund Heimattreuer Jugend**“ (BHJ) im Jahre 1981 aufgrund tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten zwischen führenden Funktionären geraten war, bestimmte das Bild der Organisation bis weit in das Jahr 1982 hinein und führte zu weiteren Mitgliedereinbußen. Seit der Wahl einer neuen Führung auf dem Bundesjugendtag im September 1982 scheint jedoch die allmähliche Konsolidierung des BHJ fortzuschreiten.

Für seine Mitglieder veranstaltete er auch 1982 wieder zahlreiche Jugendlager. Anlässlich seines 20jährigen Bestehens führte er die „Große Deutschlandstaffel“ durch, eine „Wimpelstafette“ vom Knivsberg in Nordschleswig/Dänemark nach Salurn in Südtirol/Italien.

5.3 „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP)

Die „**Gesellschaft für freie Publizistik**“ (GfP), die seit ihrer Gründung im Jahre 1960 ein Podium für viele rechtsextrem orientierte Schriftsteller, Publizisten und Verleger war und ist, stellt trotz ihres geschwundenen Potentials von etwa 350 Mitgliedern (1981: 400) unverändert den aktivsten Zusammenschluß rechtsextremer Intellektueller dar, nachdem das „**Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes**“ (DKEG), das 1978 über 1300 Mitglieder zählte, nur noch etwa 150 Personen umfaßt.

Ihren politischen Standort hat die GfP in unmittelbarer Nähe der NPD, was – auch in Baden-Württemberg – bereits durch die Auswahl der Gastreferenten bei Veranstaltungen dokumentiert wird.

Jährlicher Höhepunkt in der Vereinsarbeit ist die Verleihung des von der GfP gestifteten und mit DM 10 000,- dotierten „Ulrich-von-Hutten-Preises“, den 1982 der 76jährige rechtsextreme Schriftsteller Erich KERNMAYER (Pseudonym Erich KERN) erhielt.

In Baden-Württemberg – hier verfügt die GfP noch über etwa 40 Mitglieder – fanden auch 1982 wieder mehrere Veranstaltungen statt, unter anderem in **Stuttgart, Balingen, Hechingen, Ulm, Schwäbisch Gmünd, und Weinheim**. Dabei trat der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD, Adolf von THADDEN, wiederholt als Redner auf.

6. Rechtsextreme Publizistik

In der Vielfalt rechtsextremistischer Publizistik hat die von Dr. Gerhard FREY, München, herausgegebene „**Deutsche National-Zeitung**“ (DNZ) zusammen mit dem Organ der DVU, dem „**Deutschen Anzeiger**“ (DA), ihre Spitzenstellung mit einer durchschnittlichen (gelegentlich auch erheblich höheren) Wochenauflage von rund 110 000 Exemplaren (1981: 100 000) weiter ausbauen können. Alle übrigen Zeitungen und Zeitschriften, deren Hauptanliegen die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts ist, liegen weit darunter.

Die „**Deutsche Wochen-Zeitung**“ (DWZ) mit den Untertiteln „**Deutsche Nachrichten**“ – „**Ost West Kurier**“ zeigt sich neuerdings, obwohl sie ursprünglich der NPD sehr nahe stand, ideologisch zurückhaltender. Trotz ihres Bemühens um parteipolitische Unabhängigkeit hat die Zeitung freilich weiter an Resonanz verloren. Ihre Wochenauflage liegt derzeit noch bei etwa 18 000 Exemplaren (1981: 20 000).

Organ der NPD mit alter
und neuer Kopfleiste



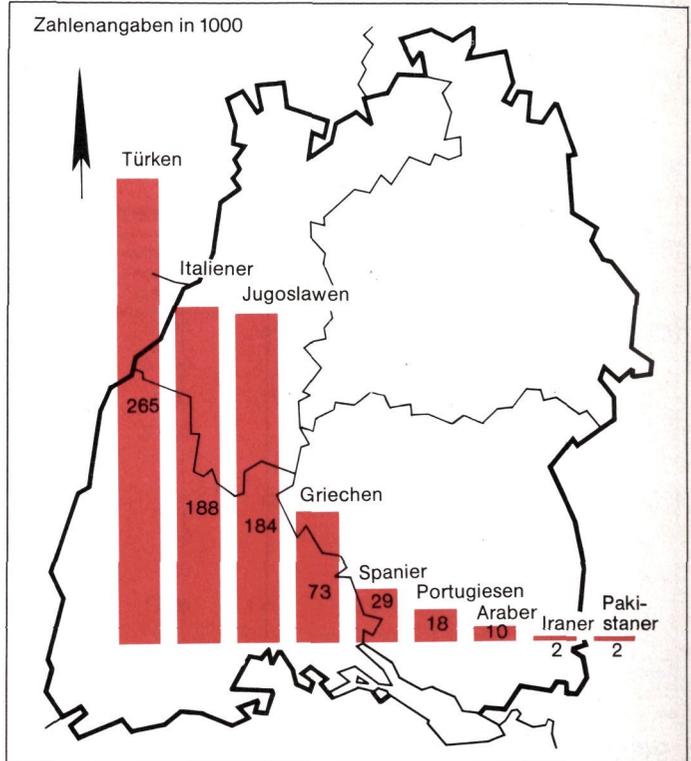
Die Auflage des offiziellen Organs der NPD, der monatlich in **Stuttgart** erscheinenden „**Deutschen Stimme**“, stagniert bei etwa 75 000 Exemplaren. Nach einem Wechsel in der Schriftleitung hat die NPD ab Mitte des Jahres 1982 zwar das äußere Erscheinungsbild der Zeitung geändert; die damit verbundene Hoffnung, alte Leser zurückzugewinnen und neue Interessenten, insbesondere Abonnenten, werben zu können, hat sich nicht erfüllt.

Dagegen haben die rechtsextremistischen Monatsschriften „**Mut**“ (Auflage: 10 000), herausgegeben von Bernhard C. WINTZEK, Asendorf, und „**NATION EUROPA**“ (Auflage: 9400), verantwortlich Peter DEHOUST, Coburg, nichts von ihrer überregionalen Bedeutung eingebüßt. Die im „Grabert Verlag“ **Tübingen** vierteljährlich in einer Auflage von 2500 Exemplaren erscheinende Zeitschrift „**Deutschland in Geschichte und Gegenwart**“ hat ihre seit einigen Jahren verstärkt erkennbare rechtsextreme Ausrichtung beibehalten.

III. Aktivitäten politisch extremer Ausländer

1. Allgemeiner Überblick

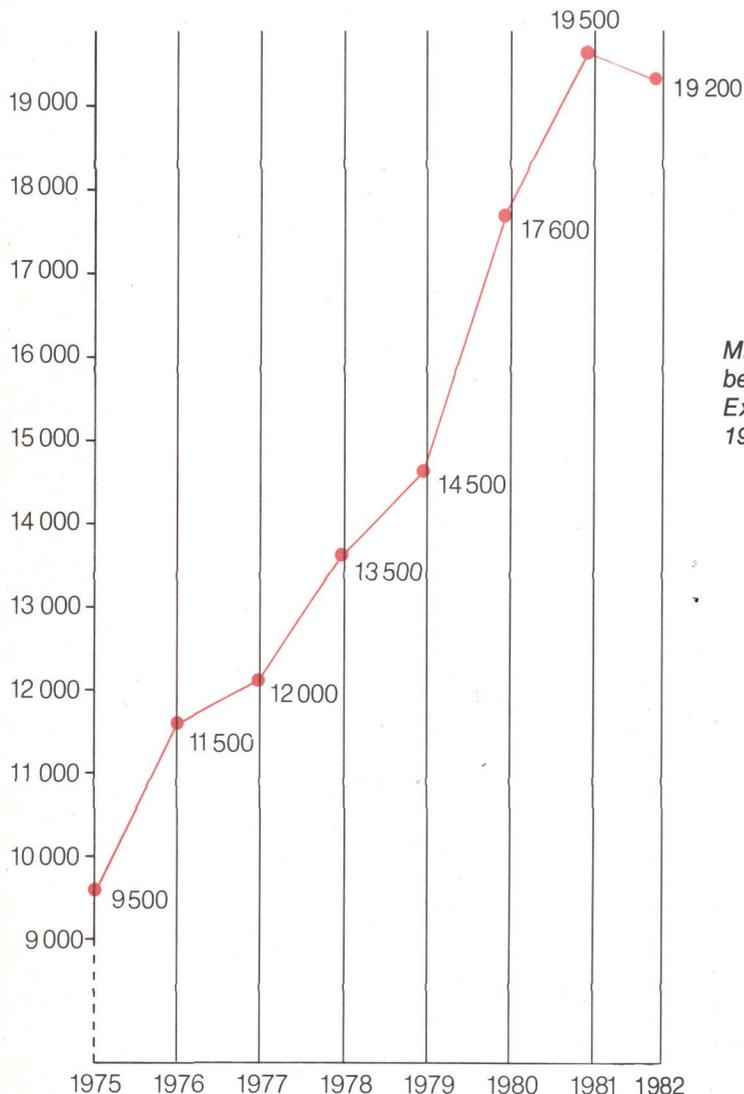
In Baden-Württemberg lebende Ausländer



Stand: 30. September 1982
Quelle: Ausländerzentralregister

Die Sicherheitslage im Bereich des Ausländerextremismus hat sich im Jahr 1982 nicht wesentlich geändert. Weiterhin bleibt die seit Jahren zutreffende Feststellung uneingeschränkt gültig, daß die weit überwiegende Mehrzahl der in Baden-Württemberg lebenden Ausländer sich gesetzzestreu verhält. Allerdings ist ein Anteil von 2,1 % – das sind rund 19 200 Personen – in Vereinigungen mit politisch extremer oder gar terroristischer Zielsetzung organisiert. Es muß dabei davon ausgegangen werden, daß nicht alle Mitglieder dieser Gruppierungen deren Zielsetzung uneingeschränkt unterstützen. Bei manchen Ausländern steht vielmehr die Kontaktaufnahme zu Landsleuten sowie die Suche nach

Mitgliederentwicklung bei den ausländischen Extremistengruppen von 1975-1982



*Mitgliederentwicklung
bei den ausländischen
Extremistengruppen
1975-1982*

Unterstützung in Alltagsfragen zumindest anfangs im Vordergrund. Das schließt jedoch nicht aus, daß sie, wenn sie erst einmal Mitglieder einer entsprechenden Vereinigung sind, als Folge des Einflusses von Funktionären deren politisch extreme Auffassungen übernehmen und schließlich selbst vertreten. Insbesondere trifft dies für die mitgliederstarken orthodox-kommunistisch und rechtsextremistisch beeinflussten türkischen, „Betreuungsorganisationen“ zu.

Insgesamt haben sich im Jahre 1982 die Anteile der großen extremen Lager innerhalb der in unserem Lande lebenden Ausländer nur geringfügig verschoben: Trotz eines Verlustes von über 500 Anhängern stellen die **orthodox-kommunistisch orientierten Organisationen** mit über zehntausend Mitgliedern nach wie vor die stärkste Kraft dar. Die **rechts-extremen Ausländervereinigungen** mußten ebenfalls Mitgliederverluste hinnehmen und verfügen noch über ein Anhängerpotential von rund 4400 Personen. Dagegen konnten die **Gruppen der ausländischen „Neuen Linken“** (1982: mehr als 3000) sowie die militanten **religiös-nationalistischen Vereinigungen** unterschiedlichster Volkszugehörigkeit (1982: etwa 1550) ihre Anhängerzahl erheblich vergrößern.

Mitgliederstärke ausländischer Extremistengruppen in Baden-Württemberg					
	orthodox- kommunistisch	Neue Linke/ sozial- revolutionär	rechts- extrem	islamisch- nationalistisch	Mitglieder 1982 (1981)
Araber	190	460			650 (650)
Griechen	5 000	50	200		5 250 (5 250)
Iraner	50	80	120	50	300 (300)
Italiener	2 500		1 000		3 500 (3 500)
Jugoslawen		20	450		470 (470)
Pakistaner		680			680 (-)
Portugiesen	150				150 (150)
Spanier	250				250 (250)
Türken	1 900	1 800	2 600	1 500	7 800 (8 300)
Sonstige					150* (650)
Insgesamt	10 040	3 090	4 370	1 550	19 200 (19 520)

* Die Differenz zur Vergleichszahl des Vorjahres ergibt sich aus der Ausgliederung der pakistanischen Extremisten, die nun in der Tabelle gesondert erfaßt werden.

Den Anstoß für Ausländer, sich politisch extrem zu betätigen, liefern nach wie vor überwiegend die politischen Verhältnisse und Konflikte in den jeweiligen Heimatstaaten. Zunehmend werden aber auch außen- und innenpolitische Entscheidungen der Bundesrepublik Deutschland zum Anlaß für aggressive Kritik genommen. Immer stärker rückt dabei das allgemeine wirtschaftlich-soziale Klima in den Mittelpunkt der Agitation ausländischer Extremisten. Allerdings, haben die Folgen des Konjunkturabschwungs der letzten Jahre zweierlei – gänzlich unterschiedliche – Reaktionen bei den in unserem Lande politisch aktiven Ausländern hervorgerufen; einerseits kam es zu einer Mobilisierung extremer Bestrebungen, teilweise ist aber auch ein gewisser Rückgang der früheren extremistischen Aktivität bei Ausländern zu erkennen, die direkte wirtschaftliche Nachteile befürchten.

Besonderer Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden bedürfen die zunehmend militanter vorgehenden türkischen, jugoslawischen und iranischen Extremistengruppen, die auch gewalttätige oder gar terroristische Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele einsetzen. Daneben geht weiterhin eine latente Bedrohung auch von kurzfristig einreisenden „Kommandos“ palästinensischer Widerstandsgruppen und armenischer „Befreiungsorganisationen“ aus.

2. Türken

Die bundesweit angespannte wirtschaftliche Lage wirkte sich sowohl auf die Aktivitäten der politisch extremen türkischen Vereinigungen als auch auf das Verhalten der Einzelmitglieder aus. Eine erkennbare Verunsicherung hatte bei den orthodox-kommunistischen und den rechtsextremistischen Gruppierungen einen Mitgliederrückgang zur Folge. Während die Entwicklung bei den Organisationen der türkischen „Neuen Linken“ uneinheitlich verlief, konnten diejenigen Organisationen weiter an Boden gewinnen, die orthodox-islamische und betont nationalistische Ziele propagieren.

Sicherheitserhebliche Aktivitäten gingen vor allem von türkischen linksextremen Organisationen aus, wobei Protestaktionen gegen die türkische Militärregierung im Mittelpunkt standen. Der alle verbindende „gemeinsame Kampf gegen die Junta“ führte zu einer weiteren Eindämmung der ideologisch bedingten Streitigkeiten unter Türken und ermöglichte häufiger als zuvor die Bildung breiter Aktionsbündnisse, an denen sich zum Teil auch andere ausländische und deutsche linksextreme Gruppen beteiligten. Weitere Agitationsschwerpunkte bildeten die Ausländerpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Militär- und Wirtschaftshilfe der Bundesregierung für den NATO-Partner Türkei. Die Konfrontation mit türkischen Rechtsextremisten, die pauschal als „Graue Wölfe“ bezeichnet werden, trat demgegenüber ein wenig in den Hintergrund. Auch der – mit hoher Wahrscheinlichkeit eine taktische Komponente enthaltende – mäßigende Einfluß, den Funktionäre der extrem-nationalistischen „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF) auf ihre Mitglieder auszuüben bestrebt waren, bewirkte ein Abklingen gewaltsamer politisch motivierter Auseinandersetzungen. Demgegenüber nahmen die immer massiver vorgetragenen Angriffe von Linksextremisten gegen türkische Diplomaten und Einrichtungen im Bundesgebiet weiter zu.

„Kampf gegen die Militärjunta“ im Mittelpunkt linksextremistischer Agitation

gen. Nach wie vor bemüht sie sich, den Anschein zu erwecken, als genieße sie die volle Unterstützung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und werde von diesem als wichtiger Bestandteil anerkannt:

„Die FIDEF und ihre Organisationen verteidigen den gemeinsamen Kampf ... der deutschen und ausländischen Arbeiter in unserer Einheitsgewerkschaft DGB.“

Eine konkurrierende Gruppe der türkischen „Neuen Linken“ charakterisierte die Taktik der FIDEF weithin treffend:

„FIDEF versucht den Eindruck zu erwecken, daß es außer ihr keine andere bedeutende Organisation aus der Türkei gebe, die sich kompetent zu den Fragen der Landsleute und der Türkei äußern könnte... Bei dieser Organisation muß man jedoch anmerken, daß sie es verstanden hat, publikumswirksam die Probleme der ‚Gastarbeiter‘ und ihrer Kinder auf die Tagesordnung zu bringen. Die FIDEF-Spezialisten sitzen in den Gewerkschaften oder als Betreuer bei den Wohlfahrtsverbänden. Hier favorisieren sie selbstverständlich systemfreundliche Konzepte, da ihre ganze Politik auf die Eroberung des Staatsapparates durch eben diese Bürokraten ausgerichtet ist (und mit dieser Art von Anpassung geht’s am einfachsten).“

In Baden-Württemberg gibt es aktive Mitgliedsorganisationen der FIDEF in **Göppingen, Karlsruhe, Mannheim, Schwäbisch Gmünd, Stuttgart, Ulm** und **Weinheim**. Bezeichnenderweise bestehen nahezu überall enge Verbindungen zu Gliederungen der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP).

2.2 Organisationen der türkischen „Neuen Linken“

Seit einiger Zeit lassen sich innerhalb der zunehmend gewalttätiger vorgehenden türkischen „Neuen Linken“ drei Großgruppen unterscheiden, die dem Einfluß entweder der „**Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten**“ (TKP/ML), der „**Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei**“ (TDKP) oder der „**Türkischen Volksbefreiungspartei-Front**“ (THKP-C) unterliegen:

2.2.1 Die *proalbanisch orientierte* TKP/ML und ihre sogenannte „Frontorganisation“, die „**Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee**“ (TIKKO), verloren große Teile ihrer Anhänger, nachdem die Partei in der Türkei fast vollständig zerschlagen wurde. Eine weitere Schwächung resultierte aus der auch im Bundesgebiet spürbar gewordenen ideologisch bedingten Spaltung der Partei in die Flügel „**PARTI-**

Schwächung der von der TKP/ML beeinflussten Organisationen

ZAN“ und „**PARTIZAN BOLSEVIK**“. Beide Fraktionen versuchten seitdem, sich ihren Einfluß sowohl in der „**Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.**“ (**ATIF**) als auch in der „**Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V.**“ (**ATÖF**) zu sichern, was dazu führte, daß auch diese Föderationen und ihre Mitgliedsvereine ideologisch zerrissen und dadurch in ihrer Wirkungskraft geschwächt sind. Dennoch haben beide Gruppierungen ihre aggressive Agitation im Bundesgebiet fortgesetzt. **ATIF (PARTIZAN)** forderte ihre Anhänger anläßlich des letzten Jahreskongresses auf, stärker als bisher „Aktionseinheiten“ mit anderen politischen Gruppen zu bilden:

„... Das bedeutet für die deutschen und ausländischen Werktätigen, auf die Spalterpolitik der westdeutschen Regierung und der DGB-Führung mit einer gemeinsamen Kampffront zu reagieren.“

Alle „Antifaschisten und Antiimperialisten“ wurden aufgefordert, sich mit „dem Kampf gegen Faschismus und westdeutschen Imperialismus zu solidarisieren“, da dieser einen „neuen Welt- bzw. Aufteilungskrieg“ vorbereite. Im **ATIF**-Publikationsorgan „Das wahre Gesicht der Türkei“ wurde behauptet, daß „die Parole der Faschisten in der BRD, ‚Ausländer-Stop-Ausländer-Raus‘ faktisch zur realen Politik“ in der Bundesrepublik Deutschland geworden sei.

Die Gruppe **ATIF (PARTIZAN BOLSEVIK)** ist zwar zahlenmäßig der anderen **ATIF**-Fraktion unterlegen, ihre Agitation betreibt sie jedoch ähnlich militant. Beispielhaft hierfür war die Sonderausgabe ihres Organs „Völker im Kampf“ zum 1. Mai 1982, in der sie ihre Landsleute zur Demonstration „für die gewaltsame Zerschlagung des westdeutschen Imperialismus“ aufrief:

„Die reaktionären, ausländerfeindlichen DGB-Führer, die sich an der Hetze des westdeutschen Imperialismus gegen die Arbeiter aus anderen Ländern beteiligen und diese Hetze in die Arbeiterklasse tragen, müssen bekämpft werden. Diese Heuchler und Schaumschläger, die am 1. Mai die Politik des westdeutschen Imperialismus propagieren, sollen nicht ungestört bleiben bei ihrer Hetze gegen die Revolution und den Kommunismus. . . Demonstrieren wir gegen den westdeutschen Imperialismus, gegen seine imperialistische Kriegspolitik, gegen seine Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker, gegen seine Militarisierung und Faschisierung im Innern, gegen die pogromartige Ausländerhetze!“

Örtliche Gruppen der beiden Fraktionen von **ATIF** und **ATÖF** in Baden-Württemberg bestehen in **Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim/Heidelberg, Pforzheim, Stuttgart** und **Ulm**.

2.2.2 Die zweite Gruppe von Organisationen der türkischen „Neuen Linken“ orientiert sich an der proalbanischen „**Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei**“ (TDKP). Zu dieser zählen insbesondere die von der TDKP kontrollierten „**HALKIN KURTULUSU**“ („**Volksbefreiung**“) und „**Föderation der Türkischen Demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V.**“ (DIDF). Die Gruppe „HALKIN KURTULUSU“, die sich neben der Ausrichtung von Protest- und Folkloreveranstaltungen vor allem auf das Verbreiten von Propagandamaterial konzentriert, besitzt in Baden-Württemberg keinen wirklichen organisatorischen Aufbau. Die Arbeit wird vorwiegend von örtlichen „Sympathisantengruppen“ geleistet, deren Angehörige meistens auch in der DIDF aktiv sind. „HALKIN KURTULUSU“ greift neben tagespolitischen Themen wie den Problemen am Arbeitsplatz vor allem Vorgänge in der Türkei auf und versucht dabei eine Verbindung zu den im Bundesgebiet in Teilbereichen aufkeimenden Vorbehalten gegen Ausländer herzustellen. So soll der „Kampf gegen die militärisch-faschistische Diktatur“ in der Türkei auch gleichzeitig den „Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit“ in der Bundesrepublik Deutschland, die zur „offiziellen Politik der Herrschenden“ erklärt worden sei, stärken. Die von der türkischen Militärregierung ausgehende „chauvinistische, reaktionäre, religiöse und faschistische Hetze“ trage dazu bei, daß die „Saat der Feindschaft zwischen den Deutschen und Menschen aus der Türkei“ aufgehe.

Die DIDF, der in Baden-Württemberg Mitgliedsvereine in **Göppingen, Karlsruhe, Stuttgart** und **Ulm** angehören, richtete ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die für Türken angeblich immer bedrohlicher werdende „Ausländerfeindlichkeit“. Die von ihr initiierte Kampagne „Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit, für Völkerverständigung und Solidarität“ setzte sich unter anderem „für die sofortige Aufhebung des reaktionären Ausländergesetzes“ und die „sofortige Rücknahme aller das Asylrecht einschränkenden Maßnahmen“ ein. In diesem Zusammenhang wurden massive Vorwürfe gegen deutsche Politiker erhoben, denen unterstellt wurde, „den Ausländerhaß (zu) schüren und die militante Arbeit durch die deutschen Nazifaschisten, denen sie freie Hand lassen, verichten (zu) lassen“.

2.2.3 Den von der terroristischen „**Türkischen Volksbefreiungspartei – Front**“ (THKP-C) beeinflussten Organisationen waren im Berichtsjahr neben einigen unbedeutenderen vor allem die sich überaus militant gebärdenden Vereinigungen „**DEVIRIMCI SOL**“ („**Revolutionäre Linke**“), „**DEVIRIMCI YOL**“ („**Revolutionärer Weg**“) und „**HALKIN YOLU**“ („**Volksweg**“) zuzurechnen. Sie konnten im Jahre 1982 ihre dominierende Position innerhalb der türkischen „Neuen Linken“ ausbauen. In Baden-Württemberg waren entsprechende örtliche Gliederungen in **Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart** und **Ulm** aktiv. Meinungsunterschiede zwischen diesen weitge-

hend konspirativ arbeitenden Gruppen waren lediglich in bezug auf die Methoden und den Weg zu einer Revolution in der Türkei zu erkennen.

Die 1982 bundesweit operierende Gruppe „DEVIRIMCI SOL“ beschränkte sich nicht mehr nur auf Flugblatt- und Schmieraktionen, sondern griff häufiger zu spektakulären, teilweise gewalttätigen Aktionen vor allem gegen türkische diplomatische Vertretungen. Sie begründete ihr Vorgehen mit der angeblichen Notwendigkeit, „den bewaffneten Kampf“ auch im Bundesgebiet weiterzuführen und kündigte an, ihre ganze Kraft „gegen die reaktionären Regierungskreise in der BRD“ und „gegen die unmenschliche Behandlung der Ausländer unbedingt (zu) vereinigen“.

Da die Tätigkeit der „DEVIRIMCI SOL“ zunehmend den Strafgesetzen zuwiderlief sowie die Innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bun-

„DEVIRIMCI SOL“
verboten

Plakat der
„HALKIN KURTULUSU“

SIYASİ TUTUKLULARLA DAYANIŞMA VE FAŞİST CUNTA'YA KARŞI MÜCADELE GECESİ



— PROGRAM —

KONUŞMA • DİA-FİLM • TİYATRO • FOLKLOR

OZANLAR

ALİ BARAN • MEHMET ERDOĞMUŞ



**HALKIN
KURTULUŞU**
TARAFTARLARI

desrepublik Deutschland gefährdete, wurde die Vereinigung vom Bundesminister des Innern mit Wirkung vom 9. Februar 1983 verboten und aufgelöst. In Vollzug des Verbots wurden in mehreren Bundesländern bei Funktionären Hausdurchsuchungen vorgenommen. In Baden-Württemberg waren von diesen Maßnahmen fünf Personen betroffen.



Plakat der
„DEVIRIMCI SOL“

Im Mai/Juni 1982 fanden in 24 Städten Europas, darunter in **Esslingen** und **Mannheim**, Hungerstreiks des „Einheitskomitees BIRKOM“ statt, mit denen auf „Massaker, Hinrichtungen und Folterungen in der Türkei und Türkei-Kurdistan“ hingewiesen werden sollte. Da dieses Vorgehen aber nicht die gewünschte Resonanz in der Öffentlichkeit fand, organisierte BIRKOM im Spätsommer 1982 gemeinsam mit Anhängern der „DEVIRIMCI SOL“ und der TKP/ML mehrere Besetzungen von Kirchen sowie von türkischen und deutschen Einrichtungen.

Die mitgliederschwächeren Gruppen „**ACILCILER**“, „**CE-PHE**“ und „**HALKIN YOLU**“ verhielten sich dagegen wesentlich konspirativer und traten nur durch vereinzelt Flugblatt- und Plakataktionen in Erscheinung.

2.3 Linksextreme kurdische Gruppierungen

Kurdische Linksextremisten haben im Jahre 1982 ihre lautstark geführte Kampagne für die Errichtung eines autonomen Kurdenstaates fortgesetzt. Teilweise betätigten sie sich auch in auf diese Problematik ausgerichteten türkischen Gruppen und unterstützten diese in ihrem „Kampf gegen die türkische Militärregierung“ und in ihrer Polemik gegen das Gastland Bundesrepublik Deutschland.

Trotz Mitgliederverlusten ist die „**Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e. V.**“ (**KOMKAR**) unverändert die stärkste kurdische orthodox-kommunistisch beeinflusste Gruppierung im Bundesgebiet. In Baden-Württemberg sind diesem Dachverband Vereine in **Konstanz**, **Mannheim** und **Stuttgart** angeschlossen. Wie diese Gruppe agitiert, verdeutlicht ein Flugblatt mit dem Titel „Aufstehn! Für den Frieden“:

„... Ein Land in dem fast zwei Millionen Menschen arbeitslos sind, in dem rassistische, neuerdings insbesondere ausländerfeindliche Umtriebe und deren geistige Grundlage, das sogenannte Heidelberger Manifest, für harmlos gehalten werden, ein Land, das die faschistischen Generäle in der Türkei mit Millionen Steuergeldern unterstützt, damit sie ihren Terrorapparat noch weiter ausbauen können, ein solches Land nimmt es mit sozialer Gerechtigkeit und den Menschenrechten anscheinend nicht sehr genau. . .

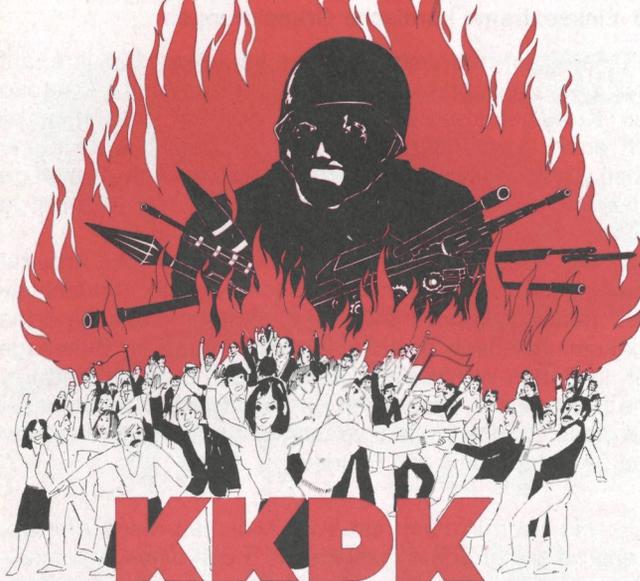
Durch neue ‚Ausländer-Raus‘-Erlasse wird die Existenzgrundlage der ausländischen Familien unmöglich gemacht und die zwangsweise Rückführung in die Wege geleitet. Türkische und kurdische Arbeiter, ihre Familienangehörigen und insbesondere politisch verfolgte Kurden und Türken sind einer regelrechten rassistischen Hetze, Überfällen der Neonazis und Verleumdungen der Politiker und der Presse ausgesetzt.“

Zunehmende Gewaltbereitschaft der PKK

Die „**Arbeiterpartei Kurdistans**“ (**PKK**) macht durch zunehmende Gewaltbereitschaft auf sich aufmerksam. In Flugschriften kündigte sie mehrfach an, ihren „Schmerz, die Wut und den Haß gegen den Feind in einen organisierten, stärkeren revolutionären Kampf umzuwandeln“ und diesen „Kampf für den Kommunismus mit unerschütterlicher Überzeugung“ führen zu wollen. Anhänger der PKK waren 1982 auch in Baden-Württemberg an mehreren Besetzungen (so etwa in **Mannheim** und **Stuttgart**) beteiligt, wie es hieß, um

NEWRÖZ

KURDISCHES NEUJAHRS-FEST



KKDK

KOMELÊN KARKERÊN DEMOQRATÊN KURDISTÂN

**SOLIDARITÄT MIT DEM BEFREIUNGS-KAMPF
DES KURDISCHEN VOLKES !**

STUTTGART

27. 2. 82

Gustav Siegle Haus
Leonhard Platz 28
7 Stuttgart 1
18** - 25**

KÖLN

6. 3. 82

Stadthalle
Jahn Wellemstr.
5 Köln-Mühlheim
18** - 24**

HANNOVER

20. 3. 82

Mach str. 28
Haus der Jugend
3 Hannover 1
16** - 22**

die deutsche Öffentlichkeit auf die „Unterdrückung des kurdischen Volkes“ aufmerksam zu machen.

Andere moskautreue Gruppierungen wie die „Kurdischen Volkshäuser“ (KVH) und der „Fortschrittlich-demokratische Arbeiterverein Kurdistans e. V.“ (KKDK) beschränkten sich im Berichtsjahr auf Flugblatt- und Plakataktionen.

2.4 Türkische rechtsextremistische und extrem nationalistische Vereinigungen

In Baden-Württemberg gehören etwa dreißig Vereine der extrem nationalistischen „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.“ (ADÜTDF) an. Dieser Dachverband wird maßgeblich von der in der Türkei verbotenen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) beeinflusst. Während die meist als „Kultur“ – oder „Idealistenvereine“ bezeichneten Mitgliedsorganisationen ihren perso-

*Aufruf der KKDK zu
Veranstaltungen anläß-
lich des kurdischen
Neujahrsfestes*

des im Mai 1982 erneut zum ersten Vorsitzenden der Föderation gewählten CELEBI aus, der am 14. Januar 1983 wegen des Verdachts der Beteiligung an Vorbereitungen zum Attentat auf Papst Johannes Paul II. an Italien ausgeliefert wurde.

Wegen des bei CELEBI anlässlich seiner Festnahme zusätzlich sichergestellten belastenden Materials leitete die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main gegen ihn und weitere Vorstandsmitglieder der ADÜTDF ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung, des Diebstahls, der Unterschlagung, der Hehlerei und der Urkundenfälschung ein.

In die von der ADÜTDF betriebene Indoktrination, die vor allem durch übersteigerten Nationalismus gekennzeichnet ist, mischen sich verstärkt auch orthodox-islamische Einflüsse: zusehends heftiger wenden sich Funktionäre gegen jegliche Anzeichen einer Annäherung ihrer Landsleute an gewisse Regularien und Gepflogenheiten des Gastlandes.

Gleichzeitig wird auf türkischsprachigen Propagandakassetten mit dem Titel „Ülkü Yolu“ (Idealistischer Weg) der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das „ruhmreiche türkische“ Volk wieder die Führung der gesamten islamischen Welt übernehme, damit dem „europäischen und vor allem dem russischen Imperialismus“ Einhalt geboten werde.

Im Gegensatz zu den in der ADÜTDF zusammengeschlossenen Vereinigungen konnten die orthodox-islamischen türkischen Gruppen in unserem Lande, welche die Zielsetzung der (in der Türkei ebenfalls verbotenen) streng theokratisch orientierten „**Nationalen Heilspartei**“ (**MSP**) vertreten, ihren personellen Bestand auf nunmehr etwa 1500 (1981: rund 1000) Mitglieder vergrößern. So gelang es etwa der „**Türkischen Union Europa e. V.**“, der „**Organisation Nationaler Standpunkt**“ (**MGT**) sowie der „**Islamischen Jugend in Europa e. V.**“ (**AIGT**), ihren Einfluß auf orthodox-islamisch ausgerichtete Vereine auszudehnen. Jene unter dem Deckmantel der religiösen Betreuung tätigen Organisationen erstreben in erster Linie die vollständige Reislamisierung des türkischen Staates und dessen Integration in eine islamische Staatengemeinschaft. Im Vordergrund der religiös-politischen Arbeit steht dabei der zum Teil fanatisch geführte Kampf gegen „dekadente westliche Einflüsse, gegen Kommunismus und Zionismus“. Diese massive Indoktrination wird verbunden mit scharfen Angriffen gegen die türkische Regierung. So wurde in einem Flugblatt, das sich gegen deren „Kopftucherlaß“ richtete (durch den Frauen untersagt wurde, in Schulen und Universitäten Kopftücher zu tragen), gegen die „sklavische Unterwerfung unter den Westen“ protestiert:

*ADÜTDF-Vorsitzender
wegen Verdachts der
Unterstützung des
Papst-Attentäters in Haft*

„... Ein derart verrottetes Zeitalter kann höchstens durch den Atem des Moslems und seinen Glauben wieder erneuert werden. Gruß der Erneuerung und ihren furchtlosen Glaubenskämpfern ... Nieder mit den Ungläubigen, Tyrannen und Gottlosen ... Es lebe unser Kampf, ein koranisches Staatswesen zu errichten ...“

Die intolerante Haltung mancher hier tätiger Hodschas und Imame trägt dazu bei, die Polarisierung zwischen den orthodox-islamischen Kräften und dem linksextremistischen Lager weiter zu verschärfen.

Vor diesem Hintergrund einer weltweiten islamischen Erneuerungsbewegung werden auch die Koranschulen, die der Religionsausübung und -vertiefung dienen sollen, zunehmend in die Agitation unterschiedlicher politischer Gruppen einbezogen. Mitursächlich hierfür ist die politisch-religiöse Identitätslehre des Islam, nach der Religion und Staat eine unauflösliche Einheit bilden. Es besteht nach alledem Grund zu der Besorgnis, daß politische Fanatiker versuchen, Einfluß auch auf die bundesweit eingerichteten Koranschulen zu gewinnen.

3. Iraner

*Auseinandersetzungen
zwischen iranischen
Extremisten halten an*

Die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und den zahlenmäßig wieder erstarkten Gegnern des Regimes des Ayatollah CHOMEINI bestimmten auch im Jahre 1982 die Aktivität der im Bundesgebiet operierenden iranischen Extremisten. Bundesweit wurden 1982 insgesamt dreißig Ausschreitungen bekannt, davon ereignete sich ein Vorfall in Baden-Württemberg.

Zu dem bisher schwersten Zusammenstoß zwischen Iranern im Bundesgebiet kam es am 24. April 1982 in Mainz, als über einhundert (aus verschiedenen Städten der Bundesrepublik Deutschland angereiste) CHOMEINI-Anhänger oppositionelle iranische Studenten in einem Wohnheim der Universität überfielen. Die Angreifer, unter ihnen viele Sympathisanten und Mitglieder der islamisch-fundamentalistischen „**Union der Islamischen Studentenvereine in Europa**“ (UISA), waren mit Schlagwerkzeugen, Messern und Tränengas bewaffnet. Es kam zu schweren Tötlichkeiten und Zerstörungen, in deren Verlauf 28 Iraner und mehrere Polizeibeamte verletzt und 86 Anhänger der derzeitigen iranisch Regierung in Haft genommen wurden. Zu den Inhaftierten gehörten auch acht in Baden-Württemberg wohnhafte Personen.

Die UISA führte nach den Ereignissen von Mainz bundesweit Aktionen zur Unterstützung der Festgenommenen durch. Dabei wurde die deutsche Polizei als „Marionette der terroristischen Gruppen“ (gemeint sind die CHOMEINI-Geg-



Plakat iranischer
Linksextremisten

ner) verunglimpft und wegen ihrer angeblichen Parteinahme für „die Gegner der islamischen Revolution im Iran für alle Folgen der ungerechten Behandlung ihrerseits an unseren Freunden und Brüdern mitverantwortlich“ gemacht.

Der UISA, die ihren Sitz in Bochum hat, gehören in Baden-Württemberg Mitgliedsvereine in **Freiburg** und **Karlsruhe** an.

Die orthodox-kommunistische „**TUDEH-Partei**“ unterstützt vornehmlich aus taktischen Gründen das Regime im Iran und arbeitet im Bundesgebiet mit der UISA punktuell noch immer zusammen. Die Partei hat ihren Sitz im Iran und ist in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend konspirativ tätig. Ihre Mitglieder und Sympathisanten sind in Zellen organisiert. Sie verfügt über enge Kontakte zu anderen ausländi-

schen orthodox-kommunistischen Parteien und arbeitet auf örtlicher Ebene mit der DKP zusammen. Öffentliche Aktivitäten konnten in Baden-Württemberg in **Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe** und **Stuttgart** festgestellt werden.

Die zahlenmäßig größte iranische Oppositionsgruppe in der Bundesrepublik Deutschland bilden die Sympathisanten der linksislamischen „**Volksmudjahedin**“, die sich in der „**Moslemischen Studenten-Vereinigung (M.S.V.) West-Germany**“ zusammengeschlossen haben. Vom 4. bis 11. Februar 1982 führten Anhänger dieser Gruppierung in 21 europäischen Städten, darunter auch in **Karlsruhe** und **Stuttgart**, eine Protestwoche durch, in deren Verlauf auf die Situation der politischen Gefangenen im Iran aufmerksam gemacht werden sollte. In Stellungnahmen zu den Auseinandersetzungen in Mainz am 24. April 1982 forderten die Sympathisanten der „Volksmudjahedin“ die Bestrafung und Ausweisung des iranischen Botschafters in Bonn, die Schließung der Botschaft und die Verweisung aller CHOMEINI-Anhänger aus den Studentenwohnheimen.

In Baden-Württemberg konnten Aktivitäten des M.S.V. in **Stuttgart, Karlsruhe** und **Heidelberg** festgestellt werden.

Anhänger der iranischen Widerstandsgruppe „**PEYKAR**“ („Arbeiterkampf“) schlossen sich 1980 in der „**Union Iranischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin**“ (U.I.S.) zusammen. Diese der „Neuen Linken“ zugehörige Gruppe agitiert im Bundesgebiet sowohl gegen das CHOMEINI-Regime als auch gegen den „westdeutschen Imperialismus“. Aktivitäten der U.I.S. wurden in unserem Lande in **Freiburg, Heidelberg** und **Karlsruhe** bekannt.

4. Araber

Der Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon am 6. Juni 1982 und die Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila am 17. und 18. September 1982 veranlaßten die extremen palästinensischen Gruppen auch in Baden-Württemberg ihre Aktivität spürbar zu steigern. Mit zahlreichen Demonstrationen, Vortragsveranstaltungen, Informationsständen und Flugblattaktionen protestierten die größtenteils in „**Palästinensischen Arbeitervereinen**“ (PAV) und „**Palästinensischen Studentenvereinen**“ (PSV) organisierten Anhänger der Mitgliedsorganisationen der „**Palästinensischen Befreiungsbewegung**“ (PLO) gegen das Vorgehen der Israeli. Dabei wurden sie teilweise massiv von Angehörigen anderer ausländischer sowie deutscher linksextremistischer Gruppierungen unterstützt.

An einer vom „**Palästina-Komitee Stuttgart**“ veranstalteten Protestdemonstration am 28. August 1982 in **Stuttgart**, an der etwa 2000 Personen teilnahmen, forderten die Demonstranten die Einstellung der deutschen Hilfe für Israel, einen sofortigen bedingungslosen Abzug der israelischen Armee aus dem Libanon und die Anerkennung der PLO als einzige

*Spürbare Zunahme der
Aktivitäten politisch
extremer Araber*

auf ruf zur landesweiten DEMONSTRATION

28.8.82
TREFFPUNKT: STGT
FEUERSEE - PLATZ
10.30



Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser
kann nicht zerbombt werden!

- Stoppt den Völkermord in Libanon!
- Sofortiger bedingungsloser Abzug der israelischen Armee aus dem Libanon!
- Kein Eingreifen von US-Truppen oder anderen imperialistischen Streitkräften in Libanon!
- Eventueller Einsatz und Zusammensetzung einer UNO-Friedenskommission nur mit Zustimmung und dem Einverständnis des palästinensischen und libanesischen Volkes!
- Behandlung der palästinensischen und libanesischen Gefangenen entsprechend den internationalen Schutzbestimmungen und der Genfer Konvention für Kriegsgefangene!
- Anerkennung der PLO als einzige rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes durch die Bundesregierung!
- Politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Israel durch die Bundesregierung, durch Institutionen in der BRD und durch die EG bis zum vollständigen Abzug der israelischen Armee aus dem Libanon!
- Keine weitere Wirtschaftshilfe und Militärhilfe an Israel durch die BRD!
- Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes!
- Für ein freies, demokratisches Palästina, in dem es keine religiöse, kulturelle und nationale Unterdrückung gibt!
- Für einen demokratischen arabischen ungeteilten Libanon!

VERANSTALTUNGSHINWEIS:

Geschichte des Kampfes des palästinensischen Volkes
gegen den Zionismus: Ziele und Aufbau der PLO
Termin: Freitag, 20.8.82 um 19 Uhr
Uni Stuttgart, Raum H3 Keplerstr. 17

Die Lage der Palästinenser in Israel, in den 1967
besetzten Gebieten und in den arabischen Länder
Freitag, 4.9.82 um 19 Uhr, Uni Stuttgart, Raum H3

V.i.S.d.P. Karin Volanos

PALÄSTINA-KOMITEE

rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes durch die Bundesregierung.

Angesichts der Niederlage der „Kampfverbände des palästinensischen Widerstands“ im Libanon mehrten sich unter den im Bundesgebiet lebenden Palästinensern Stimmen, die Gewaltaktionen gegen israelische Ziele auch auf deutschem Boden befürworteten. Dieser Forderung widersprachen indes maßgebliche Funktionäre der sozialrevolutionären **AL-FATAH** und der linksextremistischen „**Volksfront für die Befreiung Palästinas**“ (**PFLP**); sie betonten, daß man nicht wieder zu bewaffneten Anschlägen in Europa übergehen, sondern vielmehr den Kampf in den israelisch besetzten Gebieten verstärken werde. Dennoch muß auch künftig von einer latenten Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch Terrorkommandos palästinensischer Splittergruppen ausgegangen werden, wie die im Jah-

Plakat des
„Palästina-Komitees“

re 1982 verübten Anschläge in Madrid, Paris, London, Brüssel, Rom, Berlin, München-Riem und Frankfurt am Main beweisen.

Darüber hinaus bleibt die Besorgnis bestehen, daß kurzfristig einreisende syrische, irakische und libysche Terrorgruppen Anschläge auch gegen Angriffsziele in unserem Lande verüben könnten. Die am 1. März 1982 in **Stuttgart** erfolgte Festnahme dreier syrischer Staatsangehöriger, die dringend verdächtig waren, Attentate gegen im Bundesgebiet lebende syrische Mitglieder der islamisch-fundamentalistischen „**Moslebruderschaft**“ geplant zu haben, unterstreicht diese anhaltende Bedrohung.

5. Jugoslawen

Die immer wieder aufflackernden Unruhen in der jugoslawischen Provinz Kosovo bewirkten in der Bundesrepublik Deutschland eine weitere Zunahme sicherheitsgefährdender Aktivitäten albanischstämmiger Emigranten und Arbeitnehmer. Das Bundesgebiet ist denn auch in Gefahr, in noch steigendem Ausmaß zum Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen militanten Exilgruppen und den diese bekämpfenden Kräften zu werden. Einen neuerlichen Höhepunkt der Gewalttätigkeiten bildete das Attentat auf drei Exiljugoslawen albanischer Volkszugehörigkeit am 17. Januar 1982 in **Untergruppenbach**, Kreis Heilbronn. Dabei wurden die Brüder Isuf und Bardosh GERVALLA und der zuletzt in St. Gallen/Schweiz ansässige Zeka KADRI erschossen. Die Ermordeten waren führende Funktionäre einer pro-albanischen Widerstandsorganisation in der Provinz Kosovo.



Baden-Württemberg weiterhin Schwerpunkt militanter kroatischer und albanischer Extremistenorganisationen

Tatort in Untergruppenbach

Am 23. Januar 1982 fand in **Stuttgart** eine Demonstration zum Gedenken an die Ermordeten statt. Sie war von einem Funktionär der albanisch orientierten „Kommunistischen

Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ – KPD – angemeldet worden. Auf Transparenten und Flugschriften fordern die etwa 450 Teilnehmer unter anderem wirksame Maßnahmen gegen die „verbrecherische Tätigkeit ausländischer Geheimdienste in der Bundesrepublik Deutschland“ sowie die Erhebung der Provinz Kosovo in den Status einer jugoslawischen Teilrepublik.

Die „National-Demokratische Liga der Albanischen Treue“ (N.D.Sh.), die extrem nationalistische Tendenzen vertritt, entfaltet in Baden-Württemberg im Jahre 1982 nur noch geringe öffentliche Aktivitäten.

Die im Bundesgebiet tätigen kroatischen Exilgruppen setzen ihre gegen die Existenz des jugoslawischen Staates gerichtete Agitation fort:

Warnung vor Reisen nach Jugoslawien!

Häufige Polizeikontrollen



Kaufhausbrand



Bombenanschläge in Restaurants



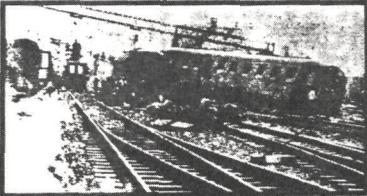
Weltverbreitete Umweltverschmutzung



Hotel „MEDENA“



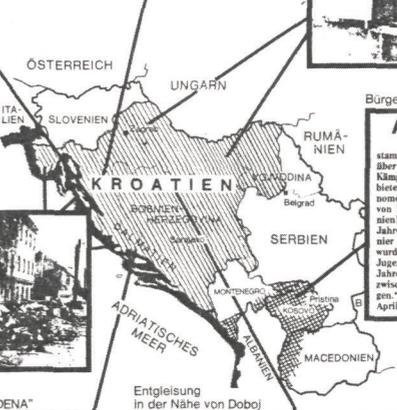
Entgleisung in der Nähe von Doboj



Bürgerkriegsgebiet Kosovo

AUFSTAND

Am kirchlichen Quellen stammt folgende Information über Todesopfer, als Folge der Kämpfe in den albanischen Gebieten Jugoslawiens (die autonome Region von Kosovo, Teile von Montenegro und Mazedonien): „Während des letzten Jahres sind 3.500 - 3.800 Albanier getötet worden. Ca. 8.000 wurden inhaftiert, darunter 500 Jugendliche im Alter von 16 - 20 Jahren, deren Freiheitsstrafen zwischen 7 - 15 Jahre betragen.“ (Nova Hrvatska, London, April 25, 1982).



Flugblatt kroatischer
Rechtsextremisten

Im Frühsommer 1982 versuchte der international operierende „**Kroatische Nationalrat**“ (HNV), mit einer Flugblattaktion deutsche Urlauber von Reisen nach Jugoslawien abzuhalten. Unter Hinweis auf die angeblich unsicheren politischen Verhältnisse in Jugoslawien wurden die Touristen vor möglichen Bombenanschlägen in den Urlaubszentren des Landes gewarnt.

Am 29. Juni 1982 gingen bei der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht **Stuttgart** und beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg gleichlautende Drohschreiben unbekannter Verfasser ein, in denen gegen die seit 24. November 1981 andauernde Inhaftierung dreier Kroaten protestiert wurde. Die drei Tatverdächtigen befinden sich im Zusammenhang mit einem Sprengstoffanschlag am 22. November 1981 auf die jugoslawische Arbeiteruniversität „Neu-Belgrad“ in **Friedrichshafen** in Untersuchungshaft. In dem Schreiben wird angedroht, daß „es keine Rücksicht mehr“ gebe, wenn diese Personen verurteilt würden, nachdem die „jugoslawischen staatlichen Mörder“ im Bundesgebiet nach Belieben schalten und walten könnten, ohne daß von deutscher Seite wirksame Maßnahmen dagegen unternommen würden.

In anonymen Schreiben an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und an die Münchner „Abendzeitung“ am 19. bzw. 20. September 1982 forderten „**Kroatische Revolutionäre**“ die Bundesregierung und ihre Sicherheitsorgane auf, geeignete Schritte zu unternehmen, mit denen den „blutigen Akten“ des jugoslawischen Geheimdienstes im Bundesgebiet Einhalt geboten werde. Auch in diesem Fall drohten die Absender „Vergeltung“ an, falls dies nicht geschehe.

Im Jahre 1982 nahm in unserem Lande die Zahl der Sprengstoffanschläge gegen jugoslawische Einrichtungen wieder zu. Sie richteten sich

– am 3. Mai 1982 gegen eine jugoslawische Buchhandlung in **Stuttgart**

(Sachschaden: DM 50 000,-),

– am 26. Mai 1982 gegen das Vereinsheim des jugoslawischen Kulturvereins in **Bietigheim-Bissingen**

(Sachschaden: DM 10 000,-),

– am 11. Dezember 1982 gegen eine jugoslawische Urlaubsreisevermittlung in **Stuttgart**

(Sachschaden: DM 5000,-) und

– am 27. Dezember 1982 gegen das Reisebüro „Jugo-Tours“ und ein jugoslawisches Lebensmittelgeschäft in **Stuttgart**

(Sachschaden: zusammen etwa DM 50 000,-).

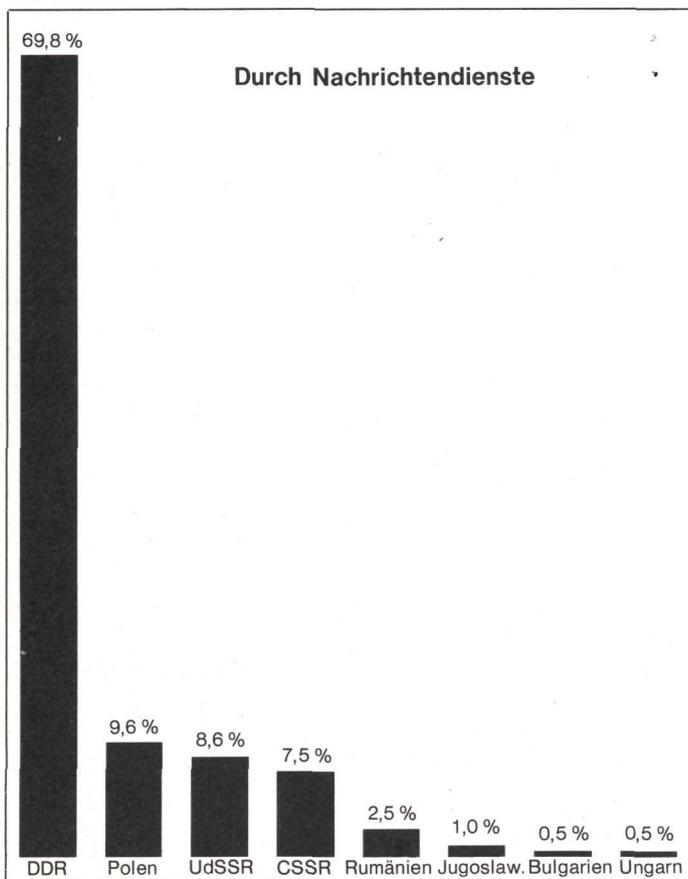
Personen kamen bei diesen Anschlägen nicht zu Schaden.

IV. Zur Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung

1. Allgemeiner Überblick

Auch im Zeitalter der Spionagesatelliten und anderer weitreichender technischer Überwachungsmöglichkeiten hat die herkömmliche Ausspähung, in der Agenten, Kuriere, tote Briefkästen und Geheimschriftverfahren eine wesentliche Rolle spielen, nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt.

Erkannte Aufträge gegen Baden-Württemberg 1982



*Verstärkte Spionage-
tätigkeit in lebens- und
verteidigungswichtigen
Bereichen*

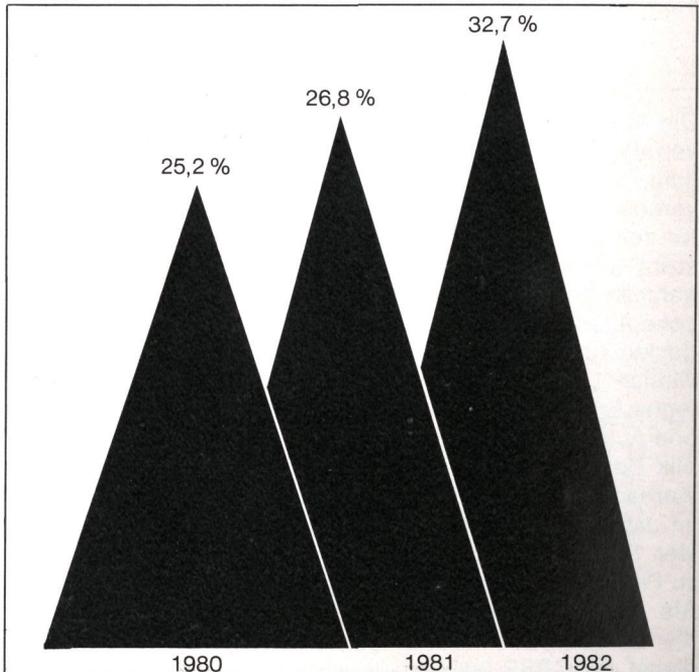
So sah sich auch Baden-Württemberg im Jahre 1982 wiederum Ausspähungsbemühungen gegnerischer Nachrichtendienste ausgesetzt, wobei die Aktivitäten der kommunistischen Staaten, insbesondere derjenigen des Warschauer Paktes, eine besondere Herausforderung für die Spionageabwehr darstellten.

Die Anstrengungen der Geheimdienste dieser Staaten sollen zum einen in absehbarer Zeit den Anschluß an den technologischen Standard der westlichen Industriestaaten im militärischen und wirtschaftlichen Bereich zustandebringen, zum anderen durch frühzeitiges Erkennen der Meinungs- und Willensbildung im politisch-gesellschaftlichen Leben des Westens Orientierungshilfen für eine Vielzahl von Entscheidungen des jeweiligen östlichen Auftraggebers vermitteln. Zur Erreichung dieser Ziele verstärkten die Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereichs ihre Ausspähungstätigkeit.

Erneut ging von der DDR die Mehrzahl dieser Aktivitäten aus. Das Ministerium für Staatssicherheit und der militärische Nachrichtendienst der DDR erteilten über zwei Drittel der von den Abwehrbehörden erkannten und gegen unser Land gerichteten Aufträge.

Erstmals seit 1971 stand die Spionage kommunistischer Nachrichtendienste gegen **militärische Ziele** wieder an er-

Erkannte Aufträge gegen Baden-Württemberg 1982 – Zielrichtung Militär –

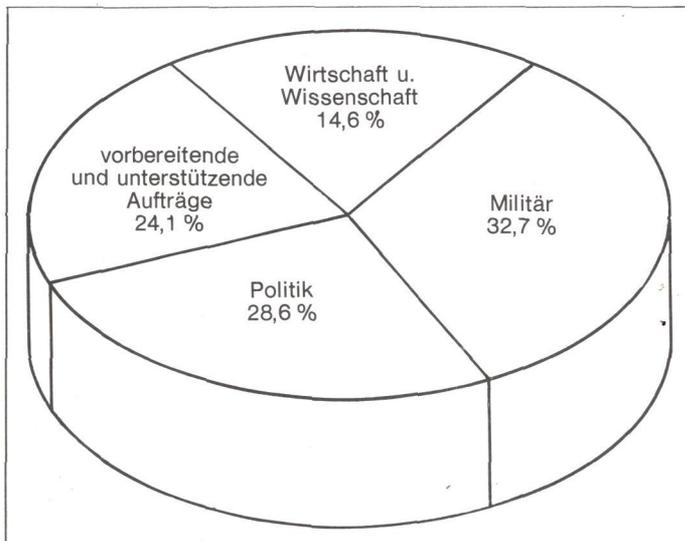


ster Stelle. Die gegenwärtig herrschenden konventionellen und atomaren Stärkeverhältnisse sowie die Überlegungen und Pläne für die Abrüstung in den beiden großen Machtblöcken dürften die entscheidenden Ursachen für diese Entwicklung sein.

Insgesamt stellt sich das sachliche Gewicht der Ausspähungsziele der Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereichs wie folgt dar:

1982

**Erkannte Aufträge gegen Baden-Württemberg
– sachliche Zielrichtung –**



Die Anzahl der Verurteilungen von Agenten wegen Landesverrats oder geheimdienstlicher Agententätigkeit verdeutlicht, daß Spionage mit einem kaum kalkulierbaren Risiko verbunden ist; sie stellt indes nicht den alleinigen Maßstab für den Erfolg der Spionageabwehr dar. Deren Aufgabe besteht neben der Ermöglichung und Unterstützung von Maßnahmen der Strafverfolgung unter anderem darin, gegnerische Agenten zu enttarnen und gegebenenfalls für eine verdeckte Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden zu gewinnen. Dadurch sowie mit Hilfe anderer methodisch angelegter Ermittlungen soll Klarheit über Arbeitsweise, Struktur und Ausspähungsziele der fremden, gegen die Bundesrepublik Deutschland operierenden Nachrichtendienste erreicht werden.

Im Jahre 1982 verurteilte das Oberlandesgericht Stuttgart vier Personen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu Freiheitsstrafen zwischen sieben und achtzehn Monaten. Als Auftraggeber konnten in drei Fällen die Nachrichtendienste der DDR, in einem weiteren Falle ein Nachrichtendienst der CSSR festgestellt werden.

2. Der Umfang der erkannten Tätigkeit kommunistischer Geheimdienste

Werbungsversuche, Werbungen und Aufträge sind operative Spionageaktivitäten, sie verdeutlichen die von fremden Nachrichtendiensten ausgehende Spionagebedrohung. Erkenntnisfälle schließen die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete nachrichtendienstliche Tätigkeit ein, berücksichtigen darüber hinaus aber auch Verbindungen zu gegnerischen Nachrichtendiensten, bei denen es weder zu Werbungen noch zur Erteilung von Aufträgen gekommen ist.

Werbungen und Werbungsversuche 1982

Nachrichtendienste	erkannter Anteil in Prozent	
DDR	71,9	(77,6)
CSSR	18,8	(7,4)
Rumänien	3,1	(6,0)
Jugoslawien	3,1	(3,0)
Polen	3,1	-
UdSSR	-	(6,0)

Aufträge 1982

Nachrichtendienste	erkannter Anteil in Prozent	
DDR	69,8	(62,8)
Polen	9,6	(5,5)
UdSSR	8,6	(7,6)
CSSR	7,5	(10,4)
Rumänien	2,5	(10,4)
Jugoslawien	1,0	(2,2)
Bulgarien	0,5	-
Ungarn	0,5	(1,1)

Erkenntnisfälle 1982

Nachrichtendienste	erkannter Anteil in Prozent	
DDR	38,9	(31,7)
Rumänien	20,3	(28,6)
CSSR	19,2	(13,1)
Polen	13,2	(13,6)
UdSSR	5,4	(7,5)
Ungarn	1,8	(3,0)
Bulgarien	0,6	(1,0)
Jugoslawien	0,6	(1,5)

() Zahlen des Vorjahres

3. Werbung von Agenten

3.1 Kontaktanlässe

Die gegnerischen Dienste nutzen jede günstig erscheinende Gelegenheit, um nachrichtendienstliche Kontakte herzustellen. Sie versuchen, sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch im eigenen Machtbereich wohnhafte Personen zu werben (vgl. zu den Kontaktanlässen die Übersichten S. 147).

3.2 Kontaktaufnahme

Die Führungsstellen der kommunistischen Nachrichtendienste vermeiden jedes Risiko. Sie führen die Mehrzahl der Ansprachen im eigenen Hoheitsbereich durch und sichern sich bei sogenannten Anbahnungen etwa in Baden-Württemberg durch die Benützung der von der Post zur Verfügung gestellten Kommunikationswege zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR weitgehend ab. Eine ablehnende Haltung gegenüber dem Ansinnen, für den „Frieden zu arbeiten“, wird ohne weitere Gegenmaßnahmen akzeptiert, sofern gegen die zu werbende Person kein Druckmittel vorhanden ist. Im übrigen wird den Angesprochenen in einer Vielzahl von Fällen Bedenkzeit für ihre Entscheidung eingeräumt.

3.3 Zielpersonen

Im Berichtszeitraum ist die deutliche, auch die Bundesrepublik Deutschland betreffende Konjunkturabschwächung vermehrt zum Anlaß genommen worden, Hinweise auf im Bundesgebiet lebende Personen zu gewinnen, die ihren finanziellen Verpflichtungen nur noch unter Schwierigkeiten oder gar nicht mehr nachzukommen vermögen, um ihre Notlage für eine Werbung zur Mitarbeit auszunutzen.

Für eine geheimdienstliche Tätigkeit sind Zielpersonen aus den in der Übersicht auf S. 148 aufgeführten Bereichen angesprochen worden.

3.4 Werbemethoden

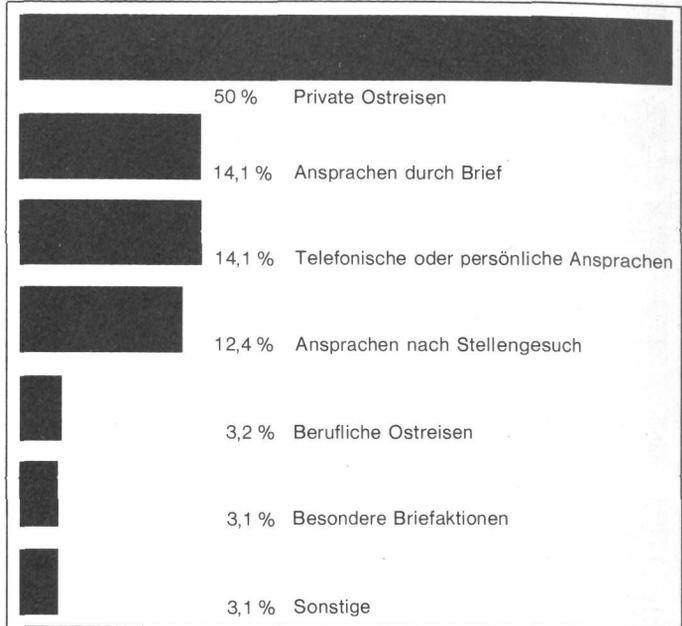
Bei den Methoden wird unterschieden zwischen **verdeckten** und **offenen** Werbungen; das Vorgehen richtet sich nach den Umständen des Einzelfalles.

Verdeckte Werbungen erfolgen unter Legenden, die sowohl in Werbungsgesprächen als auch bei Briefanbahnungen benutzt werden und häufig einen Bezug zum jeweiligen Tätigkeitsgebiet der Zielperson erkennen lassen.

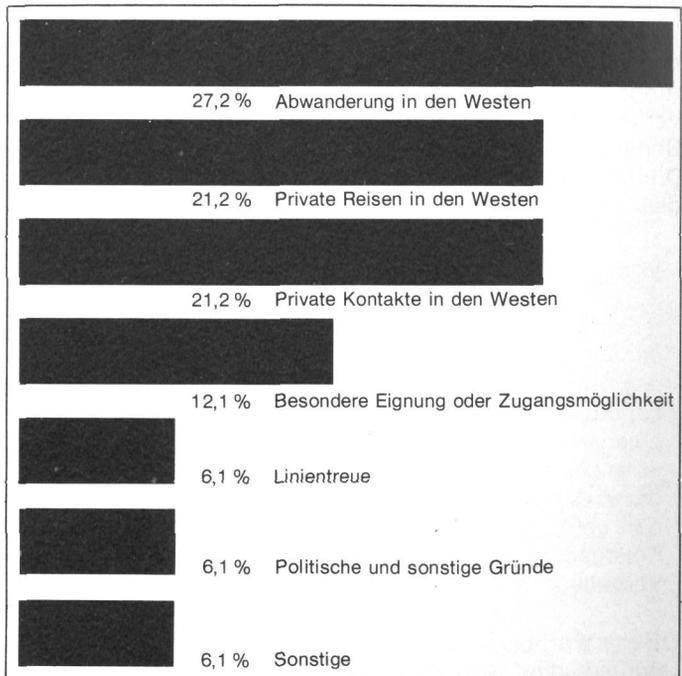
Der kontaktierten Person wird meist eine freiberufliche Tätigkeit auf Honorarbasis angeboten.

Legenden wie

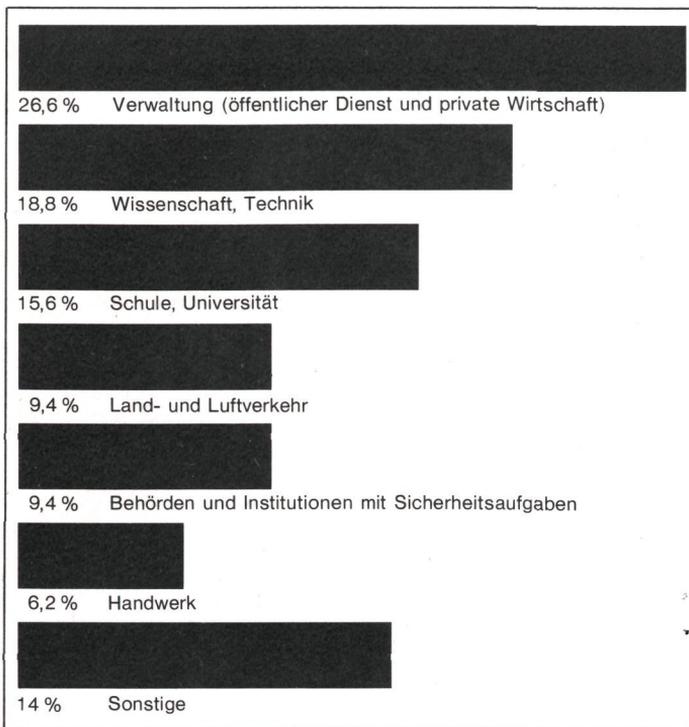
**Kontakthanlässe bei in Baden-Württemberg
wohnhaften Personen im Jahre 1982**



**Kontakthanlässe bei im kommunistischen Machtbereich
wohnhaften Personen im Jahre 1982**



Werbungen mit Wohnsitz in Baden-Württemberg 1982



sollen den ahnungslosen Bundesbürger über die wahren Aufgaben und zunächst auch über den tatsächlichen Niederlassungsort des Unternehmens, das sich regelmäßig in Berlin (**Ost**) befindet, hinwegtäuschen.

Die folgende Vorgehensweise zeigt eine der Werbungsarten des militärischen Nachrichtendienstes der DDR:

Von angeblichen Studentinnen wurden insbesondere Schüler und Studenten angeschrieben und um Briefaustausch gebeten. Dadurch sollten die vorher sorgfältig ausgewählten jungen Bundesbürger zu einem Besuch in der DDR bewogen werden. Sobald die Studentinnen erkannten, daß ihren Briefpartnern an einer festen Bindung gelegen war, wurde eine nachrichtendienstliche Werbung versucht. Spätestens nach der schriftlichen Verpflichtung der Zielperson zur Mitarbeit zogen sich die Anbahnerinnen unter einem Vorwand zurück und überließen einem Kollegen, den sie als Verwandten vorstellen, das weitere Vorgehen.

Offene Werbungen lassen den nachrichtendienstlichen Hintergrund sofort erkennen und bieten den Vorteil, daß die Re-

aktion des Angesprochenen alsbald sichtbar wird und besser beurteilt werden kann. Ansprachen unter „offener Flagge“ werden dann bevorzugt, wenn ein Druckmittel vorhanden ist.

Zielpersonen mit Schulden stellt der Werber finanzielle Zuwendungen in Aussicht. Nach der Verpflichtung wird diese Zusage häufig nicht in dem erwarteten Umfang eingehalten. Die dem Agenten laufend entstehenden Unkosten werden nur unzureichend und zögernd erstattet, unabhängig davon, ob ein Druckmittel vorhanden ist oder nicht.

4. Die Führung von Agenten

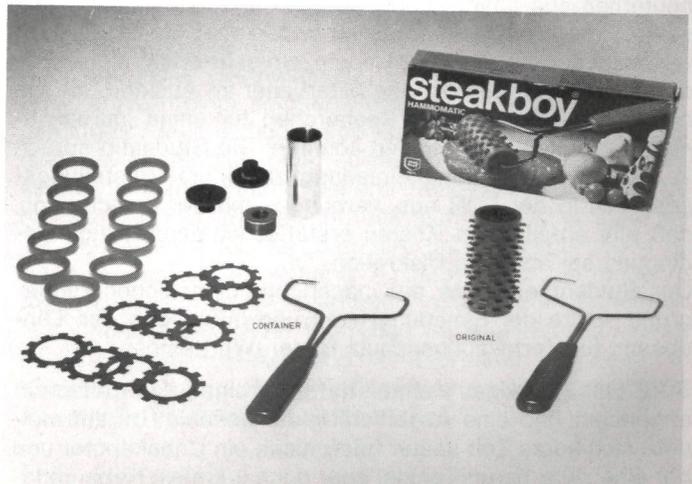
Die persönliche Sicherheit des Agenten steht in jeder Phase seiner Tätigkeit im Vordergrund. Bei der Vorbereitung wird er insbesondere in konspirativem Verhalten und in der Anwendung technischer Hilfsmittel geschult, um seine Enttarnung zu erschweren.

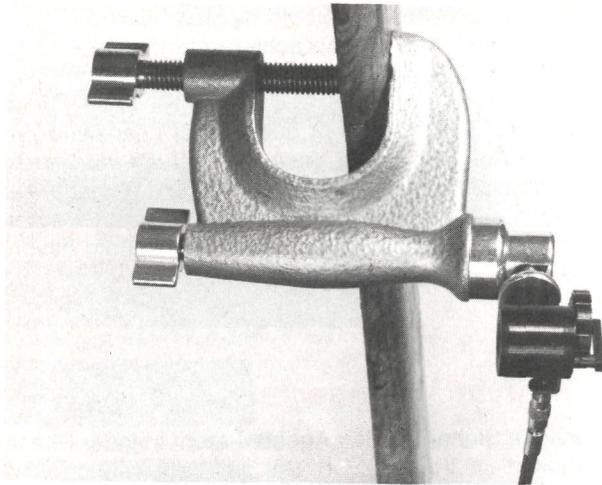
Solche Hilfsmittel, wie z. B.

- Spezialektras
- Funkgeräte
- Schlüsselunterlagen
- Geheimtinte
- Container

werden in eigens dafür eingerichteten Werkstätten gefertigt oder jedenfalls dem Verwendungszweck angepaßt. Die nachfolgenden Abbildungen zeigen einige bei der Führung von Agenten einsetzbare Geräte und Behältnisse:

Container





Spezialkamera

5. Einzelfälle

Vier aktuelle Einzelfälle veranschaulichen eindrucksvoll die Arbeitsweise kommunistischer Nachrichtendienste.

5.1 Nachrichtendienste der DDR

5.1.1 Ein 24-jähriger Student erhielt unerwartet Post von einer 23-jährigen Studentin aus der DDR, die um Briefkontakt bat. Sie behauptete, die Adresse von einer Freundin erhalten zu haben, die Anschluß an einen „Brieftauschring“ habe. Schon nach kurzem Briefwechsel wurde der Student zu einem Freundschaftsbesuch in die DDR eingeladen. Da er nicht über ausreichende Barmittel verfügte, um die Reise anzutreten, sagte er ab. Daraufhin brachte die Studentin ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß das persönliche Kennenlernen aus finanziellen Gründen nicht zustandekommen sollte, unterbreitete ihrem Briefpartner aber gleichzeitig ein verlockendes Angebot: Ihr Cousin, ein sehr erfolgreicher Redakteur, suche ständig freie Mitarbeiter im Ausland, die ihn bei den zeitaufwendigen Recherchen für seine journalistischen Arbeiten unterstützen könnten. Die Studentin sprach in seinem Namen eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch in der DDR aus, verbunden mit der Zusicherung, daß alle anfallenden Kosten erstattet würden. Einzige Bedingung sei absolute Diskretion.

Der Student erkannte den nachrichtendienstlichen Hintergrund, folgte der Einladung nicht und informierte das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

5.1.2 Ein 25-jähriger Kellner hatte in einer Fachzeitschrift annonciert und eine **Aushilfstätigkeit** gesucht. Darauf meldete sich kurze Zeit später **telefonisch** ein Unbekannter und bot eine zwar berufsfremde, aber doch lukrative Nebentätig-

keit für ein Ingenieurbüro in Berlin an. Nach weiteren Telefonaten wurde der junge Mann unter verbindlicher Zusage der Spesenvergütung zu einem ausführlichen Informationsgespräch in ein Hotel nach Berlin (**Ost**) eingeladen, da Einzelheiten am Telefon nicht erörtert werden könnten.

Bei diesem Treffen wurde der Kellner gebeten, Informationen über geplante oder im Bau befindliche staatliche Großprojekte (Straßen, Brücken u. a.) in der Bundesrepublik Deutschland zu beschaffen.

Der Kellner erkannte ebenfalls den nachrichtendienstlichen Hintergrund, brach die Kontakte zu dem Ingenieurbüro ab und unterrichtete das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

5.1.3 Als Journalist, der in Heidelberg zur Vorbereitung seiner Doktorarbeit weitere Studien betreiben wollte, stellte sich der Agent Walter ULMER seiner Zimmervermieterin vor. Zuvorkommend versprach er, die Anmeldeformalitäten zu erledigen, füllte in ihrer Gegenwart die Anmeldung aus, gab sie jedoch nicht bei der zuständigen Meldestelle ab.

Dies unterließ er bewußt, um so seiner Enttarnung als Agent des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR zu entgehen. Sein angenehmes Äußeres und seine Unauffälligkeit schufen für ihn eine zusätzliche Sicherheit. Walter ULMER bezahlte seine Miete pünktlich. Er besaß kein Auto und erklärte seine häufige Abwesenheit mit beruflichen Verpflichtungen.

Als sich der Agent durch Fragen der Vermieterin nach seiner Anmeldung gefährdet glaubte, kündigte er kurz darauf wegen eines angeblichen beruflichen Einsatzes in Zentralafrika.

Es besteht Grund zu der Besorgnis, daß ULMER amerikanische Dienststellen im Raum Heidelberg ausspähen sollte.

5.2 Nachrichtendienste der CSSR

Einem Diplomingenieur in Prag waren seit 1971 von der zuständigen Behörde mehrfach Reisen zu Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland genehmigt worden. Nach Rückkehr von einer solchen Reise wurde er von einem Angehörigen des tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienstes ausführlich über seine Kontakte befragt. Dieser stellte die Genehmigung weiterer Reisen in das Bundesgebiet für den Fall in Aussicht, daß sich der Diplomingenieur zur Zusammenarbeit bereit erkläre und Aufträge gegen die Bundesrepublik Deutschland ausführe. Um die begehrte Ausreisegenehmigung zu erhalten, ging er zum Schein auf das Angebot ein. Nach Eintreffen im Bundesgebiet beantragte er politisches Asyl und offenbarte dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg seine nachrichtendienstliche Verstrickung.

6. Hinweise für das Verhalten

6.1 ... vor Antritt einer Reise in den kommunistischen Machtbereich:

Wie in den Jahren zuvor wurden häufig Reisen in den kommunistischen Machtbereich für nachrichtendienstliche Werbungsversuche genutzt. Werbungsanlässe waren dabei hauptsächlich **Devisen- und Zollvergehen** sowie Verstöße gegen **Melde- und Verkehrsbestimmungen**. Für die Zusage der Straffreiheit wurde als Gegenleistung die Zusage der Mitarbeit erwartet.

WICHTIG:

Reisenden, die sich in Ostblockländer begeben wollen, wird empfohlen, sich rechtzeitig und gründlich über dort geltende wichtige Bestimmungen zu informieren, um behördlichem Einschreiten und häufig folgenden nachrichtendienstlichen Werbungsversuchen einigermaßen sicher zu entgehen.

Rechtzeitige und umfassende Information verringert Gefahr nachrichtendienstlicher Ansprachen

Zusätzliche Informationen über die Arbeitsmethoden gegnerischer Nachrichtendienste sowie Ratschläge betreffend das zweckmäßige eigene Verhalten im Falle einer Ansprache erteilen auf Anfrage der Geheimschutzbeauftragte oder Sicherheitsbevollmächtigte des Arbeitgebers, in besonderen Fällen das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

(Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg ist unter der Anschrift

Taubenheimstraße 85 A

7000 Stuttgart 50

sowie unter der Fernsprechnummer

(07 11) 56 61 01

erreichbar).

6.2 ... nach der Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland:

Der nachrichtendienstliche Hintergrund vieler, oft zufällig erscheinender Kontakte ist nicht immer rechtzeitig zu erkennen. Es ist deshalb vor allem auch im Interesse des Betroffenen ratsam, die bereits genannten sachkundigen Stellen alsbald über alle erwähnenswert erscheinenden Vorgänge zu unterrichten, damit eine beabsichtigte, bevorstehende oder bereits versuchte Ansprache entweder erkannt oder zweifelsfrei ausgeschlossen und einer nachrichtendienstlichen Verstrickung wirksam vorgebeugt werden kann.

7. Folgerungen

Es gehört zu den Elementen einer wirksamen Spionagebekämpfung, die Bevölkerung stets von neuem über ihre Aufgaben und Maßnahmen sowie über die Erscheinungsformen

und die Gefährlichkeit gegnerischer Ausspähungsoperationen aufzuklären und zur Wachsamkeit aufzurufen. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß viele Bürger auch im Jahre 1982 dazu beigetragen haben, in zahlreichen Fällen Werbungsversuche und Ausspähungsbemühungen aufzuklären oder zu vereiteln.

Gruppen-, Organisations- und Publikationsregister

	Seite
A	
ACILCILER	131
Aktion deutsche Einheit – AKON	113
Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)	113 ff.
Aktionsgruppe Albert Leo SCHLAGETER	100 f.
AL-FATAH ⁴ .	138
Anarchistische Zeitung Aktion	50
Antifaschistisches Einheitskomitee im Ausland (BIRKOM)	130
Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)	131
Arbeitsgemeinschaft Freies Landvolk	60
Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler	69
ATIF (PARTIZAN)	126 f.
ATIF (PARTIZAN BOLSEVIK)	127
Autonome Gruppe	48
Autonome Zelle	44
Autonomes Plenum	49
Autonomes Zentrum (AZ)	49
B	
Blätter für deutsche und internationale Politik	70
British Movement	104
British Nationalist and Socialist Movement (B.N.S.M.)	104
Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)	108 f.
Bürger- und Bauerninitiative e. V. (BBI)	95
Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)	118
Bund Kommunistischer Intellektueller (BKI)	56
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)	61
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)	22, 57 ff., 86
C	
CEPHE	131
Circulo Espanol de Amigos de Europa (CEDADE)	105 f.
kollektiv-Buchhandlungen	70
Column 88 (C 88)	104

	Seite
Comité Objectif entraide et solidarité avec les victimes de la Répression Antinationaliste (COBRA)	103
Courrier du Continent	105
<hr/>	
D	
Danmarks Nationalsocialistiske Ungdom (DNSU)	104
Das wahre Gesicht der Türkei	127
Der Schulungsbrief	107
Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e. V. (DAFG)	60
Deutsche Aktionsgruppen	94, 102 f., 117
Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)	94
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)	79, 82 ff.
Deutsche Friedens-Union (DFU)	70, 75, 79 ff.
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	23 f., 62 ff., 84, 126, 137
Deutsche National-Zeitung (DNZ)	90, 114, 119
Deutsche Stimme	120
Deutsche Volksunion (DVU)	89, 112 ff., 119
Deutsche Volkszeitung	70
Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ)	119
Deutscher Anzeiger (DA)	89, 114, 119
Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)	116, 118
Deutschland in Geschichte und Gegenwart	120
DEVRIMCI SOL (Revolutionäre Linke)	128 ff.
DEVRIMCI YOL (Revolutionärer Weg)	128
die tat	70
direkte Aktion	50
DKP – das argument	69
DKP-INFO für Arbeiter und Angestellte	69
DKP-Infodienst	68
DKP-Landrevue	68
DNSU-Nordland-Forlag	104
<hr/>	
E	
Europäische Neuordnung (ENO)	105
<hr/>	
F	
Faisceaux Nationalistes Européens (F.N.E.)	103
Föderation Anarchistischer Initiativen (FAI)	50
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)	127

	Seite
Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (KOMKAR)	131
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF)	124, 132 ff.
Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FIDEF)	125 f.
Föderation der Türkischen Demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e. V. (DIDF)	128
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen	50
Fortschrittlich-demokratischer Arbeiterverein Kurdistans e. V. (KKDK)	132
Freie Arbeiter-Union (FAU)	50 f.
Freiheitlicher Rat (FR)	113
Fuerza Nueva (FN)	106
<hr/>	
G	
Gesellschaft für freie Publizistik (GfP)	118
Grabert Verlag	120
graswurzelrevolution	50
„Graue Wölfe“	124
Gruppe Internationale Marxisten (GIM)	61
<hr/>	
H	
HALKIN KURTULUSU (Volksbefreiung)	128
HALKIN YOLU (Volksweg)	128, 131
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)	93, 96, 103
<hr/>	
I	
Information der HNG	94
Initiative Freie Arbeiter-Union (Anarcho-Syndikalisten) – IFAU –	50
Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)	113 ff.
Internationale Kommunistische Partei (IKP)	61
Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA)	61
Islamische Jugend in Europa e. V. (AIGT)	134
<hr/>	
J	
Junge Front (JF)	93
JN-Intern	111
Junge Nationaldemokraten (JN)	110 f.
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP)	77 ff.

	Seite
K	
KBW-Hochschulzellen	87
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)	74, 79
Kommune – Forum für Politik und Ökonomie	56
Kommunismus und Klassenkampf (KuK)	56
Kommunistische Hochschulgruppe (KHG)	59, 86 f.
Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD)	60
Kommunistische Liga (KL)	61 f.
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) – KPD –	22 f., 57, 59 f., 88, 139 f.
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (Neue Einheit) – KPD/ML (Neue Einheit) –	61
Kommunistische Studenten (KS)	60, 88
Kommunistische Studentengruppen (KSG)	56, 87
Kommunistische Volkszeitung (KVZ)	56
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)	23, 52 ff., 87
Kommunistischer Bund (KB)	22, 61
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	22, 56 f., 86
Kroatischer Nationalrat (HNV)	141
Kurdische Volkshäuser (KVH)	132
<hr/>	
L	
Liberty Bell Publications	107
<hr/>	
M	
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	23, 52 ff., 59, 87
Marxistische Arbeiterbildung (MAB)	69
Marxistische Blätter	68, 70
Marxistische Gruppen (MG)	88
Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI)	88
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus)	76, 84 ff.
Moslembruderschaft	139
Moslemische Studenten-Vereinigung (M.S.V.) West-Germany	137
Motor-Club National (MCN)	112
Motorradclub Kuhle Wampe (MC Kuhle Wampe)	77
Motorradclub „Stander Greif“	96 ff.
Motorradfreunde „Werwolf“ Tuttlingen e. V.	98
MUT	120

N	
Nachrichten-Austausch-Dienst (NAD)	104
NATION EUROPA	120
National Front (NF)	104
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	89 f., 108 f., 115, 118 ff.
National-Demokratische Liga der Albanischen Treue (N.D.Sh.)	140
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)	111
Nationale Aktivisten Nagold	98
Nationale Heilspartei (MSP)	134 f.
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)	107
Nationalsozialistische Deutsche Befreiungsfront (NSDBF)	100
Nouvelle Droite (Neue Rechte)	104
NS-Gruppe Curt MÜLLER	94
NS-KAMPFRUF	107
O	
Organisation Nationaler Standpunkt (MGT)	134
P	
Pahl-Rugenstein-Verlag	70
Palästina-Komitee Stuttgart	137
Palästinensischer Arbeiterverein (PAV)	137
Palästinensische Befreiungsbewegung (PLO)	137
Palästinensischer Studentenverein (PSV)	137
Partei der Nationalen Bewegung (MHP)	132
PARTIZAN	126 f.
PARTIZAN BOLSEVIK	127
PEYKAR (Arbeiterkampf)	137
Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH	70
Politische Berichte	58
praxis	68, 70, 78
R	
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)	60
Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP)	126, 128
Revolutionäre Zellen (RZ)	21 f., 38, 42 ff.
Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD)	56
Revolutionärer Zorn	42, 45
Rote Armee Fraktion (RAF)	21 f., 24 ff.
Rote Fahne	55

Rote Hilfe Deutschlands e. V. (RHD)	Seite 60
Roter Morgen	59
Roter Pfeil	87
S	
Samisdat Publishers Ltd.	106 f.
s'Blättle	47
SIEG	104
SIEG Aktuell-Jugend-Presse-Dienst	104
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)	61
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	75 ff.
Sozialistische Liga	61
Sozialistischer Hochschulbund (SHB)	86
Spartacusbund	62
Südwest-Kontakte	83
Schrittmacher	68
schwarzer FADEN	51
Stadtstreicher	49
Stadtzeitung für Freiburg	48
Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V. (ATÖF)	127
T	
The Liberty Bell	107
Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)	61
TUDEH-Partei	136 f.
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)	126
Türkische Kommunistische Partei (TKP)	125
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten- Leninisten (TKP/ML)	126, 130
Türkische Union Europa e. V.	134
Türkische Volksbefreiungspartei – Front (THKP-C)	126, 128
U	
Union der Islamischen Studentenvereine in Europa (UISA)	135
Union Iranischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (U.I.S.)	137
UNSERE ZEIT (UZ)	63, 68, 70
V	
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	70, 79, 81 f.
Vereinigung für revolutionäre Volksbildung (VrV)	57

	Seite
Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten (VrV-SR)	59
Verlag Marxistische Blätter	70
Vlaamse Militanten Orde (VMO)	104
Völker im Kampf	127
Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)	113, 115
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)	138
VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT)	60 f.
Volksmudjahedin	137
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/ Partei der Arbeit (VSBD/PdA)	93
Vollautonom	46
<hr/>	
W	
White Power Publications	107
Wiking-Jugend (WJ)	116 ff.
Wikinger	117
Willibald	79

Impressum

**Herausgeber und
verantwortlich
für den Inhalt:**

Innenministerium
Baden-Württemberg
Dorotheenstraße 6
7000 Stuttgart 1

Layout und Produktion:

Klaus Grundgeiger
Welfenstraße 54 a
7000 Stuttgart 70

Fotos:

Joachim Bertsch
Kirchheimer Straße 73
7000 Stuttgart 75
6 Fotos dpa

Gesamtherstellung:

VUD Verlag und Druck GmbH
7290 Freudenstadt-Grüntal

Nachdruck nur
mit Genehmigung
des Herausgebers

ISSN 0720-3381

